DIE FRONT

Zeitschrift zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker des Nahen Ostens

Herausgegeben vom SOZIALISTISCHEN PALÄSTINA KOMITTEE - Heidelberg

1/73 DM 1.-

INHALT :

- Editorial S. 2
- Die Lehren des Junikrieges und der Weg der Widerstandsbewegung zur Nationalen Einheit S. 4
- Die FPDLP zu den letzten Verhaftungen in Israel S. 12
- Alle Demokratie dem Volk - Alle Opfer für das Vaterland S. 14
- Die wirtschaftliche Entwicklung Palästinas 1930 bis 1945 S. 18
- Zum Achten Jahrestag der Al-Fatah S. 21
- Die arabische Reaktion S. 23
- Der Befreiungskampf des kurdischen Volkes im Irak S. 29
- Pressemeldungen über Nahost S. 43

Massendemonstrationen in Ägypten

Die "FRONT" - Zeitschrift zur Unterstützung des Kampfes der Völker des Nahen Osten
Herausgegeben vom SOZIALISTISCHEN PALÄSTINA-KOMITEE, Heidelberg
Presserechtlich verantw.: Jochen Noth, 69 Heidelberg, Lutherstr. 44a
Erscheint im Verlag Neues Rotes Forum
Druck: CARO-Druck, Heidelberg

Editorial

Die Verabschiedung eines politischen und eines organisatorischen Programmes der Nationalen Einheitsfront auf dem außerordentlichen palästinensischen Nationalkongress vom April 72 stellte einen gewaltigen Schritt vorwärts dar. Die arabischen Regimes, vor allem das ägyptische, hatten all ihre Kräfte mobilisiert, um diesen Schritt zu verhindern. Die von diesen Regimes ideologisch und materiell abhängigen Führungskräfte der Widerstandsbewegung beugten sich jedoch dem Druck ihrer eigenen Massenbasis und der revolutionären Kräfte aus den Reihen ihrer eigenen Organisationen auf dem Nationalkongress, die sich hinter das von der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP) ausgearbeiteten Programm der Nationalen Einheitsfront stellten.

Der Zehnte Nationalkongress vom Januar 73 bestätigte, was die FPDLP vorausgesagt hatte: Der Aufbau einer konsequent revolutionären Einheitsfront auf der Grundlage des Programms vom April 72 stößt auf die noch ungelösten Widersprüche innerhalb der Widerstandsbewegung. So fielen die Ergebnisse des Zehnten Kongresses um 10 Schritte hinter die Ergebnisse des April-Kongresses zurück. Dennoch entsprechen diese Ergebnisse dem gegenwärtigen Stand der wirklichen Bereitschaft aller Führungskräfte der Widerstandsorganisationen. Trotz dieses Rückschrittes, der in einer Umgehung der Organisationsstatuten der Einheitsfront, die im April verabschiedet worden sind, stellen die Ergebnisse des Zehnten Kongresses einen Schritt vorwärts dar, wenn man sie nicht an der euphorischen Einmütigkeit vom April sondern am realen Entwicklungsstand des Reifungsprozesses der Widerstandsbewegung mißt. Denn es galt in erster Linie, die rechten und offenen Liquidatoren, vor allem die sog. "Unabhängigen", die das April-Programm mit aller Kraft torpedieren wollten, zu isolieren. Das gelang auch endgültig auf dem Zehnten Kongress, der sich zu diesem Programm nachdrücklich bekannte und dessen Bestandteile noch einmal hervorhob. Auch wurden beachtliche Schritte zum Aufbau der Organe der Einheitsfront unternommen. Wenn diese Schritte hinter die Organisationsstatuten vom April zurückfallen und zeigen, daß der Aufbau der Einheitsfront langsamer vor sich geht, als der April-Kongress vorgesehen hatte, so zeigen sie dennoch zusammen mit dem Sieg über die Liquidatoren und dem klaren Bekenntnis zum April-Programm eine Vorwärtsentwicklung auf dem Weg zur vollständigen Verwirklichung dieses Programms an. Die FPDLP zog auch die richtigen Konsequenzen. Sie hob diese Vorwärtsentwicklung hervor, übte gleichzeitig offen scharfe Kritik an der Umgehung der Organisationsstatuten vom April und rief alle revolutionären Kräfte auf, das Programm und die demokratischen Prinzipien der Organisationsstatuten verstärkt in den Massen zu propagieren und den Kampf bis zur vollständigen Verwirklichung dieses Programms und bis zum Aufbau der Nationalen Einheitsfront auf der Grundlage der Statuten entschlossen weiterzuführen.(1)

Es ist das historische Verdienst der palästinensischen Widerstandsbewegung, einen großen Beitrag zur Entlarvung der Kapitulationspolitik der bürgerlichen arabischen Regimes geleistet zu haben. Daß die Widersprüche und Ideologien dieser Regimes selbst in den Reihen der Widerstandsbewegung eine starke Widerspiegelung fanden, ändert nic an dieser objektiven Tatsache. Für die arabischen Massen ist die Idee und die Praxis des bewaffneten Widerstandes d palästinensischen Volkes eine Verkörperung, eine praktische Realisierung der revolutionären Alternative zur Kapitulationspolitik der Herrschenden. Auch nach den harten Schlägen, die die Widerstandsbewegung in Jordanien im September 70 und Juli 71 hinnehmen mußte, ist sie nach wie vor ein lebendiger Ausdruck des revolutionären Kampfwillens der arabischen Völker. Sie bleibt der Vortrupp dieser Völker im Kampf gegen die sog. "friedliche" Lösung. Sie hat einen revolutionären Prozess in Gang gesetzt, der immer breitere Volksmassen in der arabischen Welt erfaßt und so auch auf die politische Linie und die Kraft der Widerstandsbewegung selbst korrigierend und stärkend zurückwirkt.

Das ägyptische Regime wird von der kraftvollen nationaldemokratischen Bewegung immer mehr in die Ecke gedrängt und verliert mehr und mehr seine patriotische Maske die ihm in den letzten Jahren zur Ausübung eines starken Druckes auf die Widerstandsbewegung mit dem Ziel, sie in seine Kapitulationspolitik einzubeziehen, verholfen hatte. Die gegenwärtige Krise der ägyptischen Bourgeoisie (siehe Artikel "Alle Demokratie dem Volk" in dieser Nummer) drängt auch die von ihr ideologisch abhängigen Kräfte in der Widerstandsbewegung tendenziell in den Hintergrund und versetzt deren Strategie der blinden Zusammenarbeit mit den sog. "progressiven" arabischen Regimes eine praktische Niederlage. Das ägyptische Regime dokumentiert immer offener seinen nationalen Verrat: die Unterdrükkung und Terrorisierung der patriotischen und revolutionären Kräfte, massive Annäherung an die imperialistischen Staaten und umfassende Versöhnung mit der arabischen Reaktion.

Auf der letzten arabischen Außenminister-Konferenz in Kuweit ist bereits die "Normalisierung" der Beziehungen aller arabischen Staaten zum jordanischen Marionettenregime unter dem Vorwand der "Wiederbelebung der Ostfront" (d.h. der jordanisch-israelischen) beschlossen worden. Das syrische Regime öffnete auch die Grenzen zu Jordanien. Ein Besuch König Husseins in Kairo, der für März angekündigt worden ist, soll diese Normalisierung unterstreichen.

Die Konstituierung einer "Arabischen Unterstützungsfront für die palästinensische Revolution" in Beirut im vergangenen November ist ein erster Schritt auf dem Weg zur Akti-

vierung und Mobilisierung aller demokratischen Kräfte und Massenorganisationen der arabischen Länder für den antiimperialistischen Kampf. Wenn auch diese Front die Widersprüche der arabischen Kleinbourgeoisie, deren Ideologie und deren Schwankungen widerspiegelt, so ist sie doch ein Ausdruck der verschärften Widerspüche zwischen der Kleinbourgeoisie als Klasse und den aus ihr ursprünglich hervorgegangenen und sich inzwischen zur Groß- und Staatsbourgeoisie erhebenden herschenden Gruppen. Die Plattform dieser Front bringt diese Widersprüche sowie eine deutliche Tendenz zum demokratischen Kampf gegen die Unterdrückungspolitik der eigenen Regimes zum Ausdruck. Neben der entschiedenen Ablehnung aller "liquidatorischen Lösungen" der Palästina-Frage und der verstärkten Unterstützung des bewaffneten Kampfes des palästinensischen Volkes und aller anderen bewaffneten revolutionären Bewegungen enthält die Plattform auch den "Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung der Volksbewegungen in der arabischen Welt" und die Forderung nach den "demokratischen Freiheiten für die arabischen Massen, ihrem Recht auf die Äußerung ihres selbständigen nationalen Willens und den demokratischen Rechten für alle politischen und gewerkschaftlichen Massenorganisationen".

Die Widerstandsbewegung bleibt in diesem revolutionären und demokratischen Prozess eine treibende Kraft, obwohl ihre unmittelbaren Erfolge im eigenen Feld heute noch nicht zu vergleichen sind etwa mit den Erfolgen der Revolution in Südarabien (Demokratische Volksrepublik Jemen und Oman). Die tiefen Verbindungen zwischen diesen beiden Brennpunkten der arabischen Revolution hat eine wechselseitige Stärkung und einer enorme Ausstrahlung in der gesamten arabischen Welt zur Folge.

Der revolutionäre Prozess hat inzwischen nicht nur die arabischen Völker erfaßt. Er hat auch auf die Hochburg des Imperialismus, auf Israel selbst übergegriffen. Unter dem Vorwand, einen "syrischen Spionagering" aufgedeckt zu haben, ist in Israel eine ununterbrochene Verhaftungswelle gegen die revolutionären jüdischen und arabischen Kräfte des "Revolutionären Kommunistischen Bundes" im Gang (vgl., Erklärung der FPDLP). Dies ist von der zunehmenden Revolutionierung der arabischen Massen in den besetzten Gebieten und in Jordanien begleitet. Der bewaffnete Widerstand hat seinen Tiefpunkt vom Jahr 1972 bereits überwunden.

Dies alles sind Anzeichen eines den gesamten Nahen Osten erfassenden revolutionären Prozess, in dem die Ideologie der Kleinbourgeoisie von den Lehren des Marxismus-Leninismus verdrängt werden. Die Niederlage der arabischen Armeen im Krieg von 67 und der Widerstandsbewegung in Jordanien im September 70 bewiesen das Versagen der Kleinbourgeoisie als Führungskräft der arabischen Befreiungsbewegung. Die Überwindung ihrer Ideologie geht historisch Hand in Hand mit dem Sieg der Marxisten-Leninisten und deren klaren revolutionären Programms, das die nationale Befreiung mit der national-demokratischen Revolution unter der Führung der werktätigen Massen verknüpft. Gerade diese Verknüpfung ist in allen neuesten Erhebungen in der arabischen Welt die herrschende Leitidee. Sie ist eine reale Kraft geworden, die die Herrschaft der Bourgeoisie immer unmöglicher macht.

1) vgl. Die Erklärung der FPDLP in der FRONT Nr. 1

Freiheit für Gen. Saleh Raafat und alle politische Gefangenen

Zehntausende patriotische und revolutionäre Gefangene werden in den Gefängnissen und Konzentrationslagern der Zionisten und der jordanischen Reaktion täglichen Folterungen ausgesetzt. Die Zahl der politischen Gefangenen wächst in dem Maß, in dem die Revolutionierung und Organisierung der Volksmassen für den Befreiungskampf voranschreitet. Unter den gefangenen Genossen in Jordanien befindet sich auch Genosse Saleh Raafat, Mitglied des ZK der FPDLP. Er war im Juli 1971 von den Beduinentruppen des jordanischen Marionettengegimes gefangen genommen worden, als er die Einheiten der Widerstandsbewegung im Kampf gegen den Vernichtungsfeldzug des Regimes führte. Die Generalunion Palästinensischer Arbeiter beantragte Anfang dieses Jahres, Gen. Raafat als Repräsentant aller gefangen gehaltenen Revolutionäre die Ehrenmitgliedschaft im Exekutivkomittee der PLO zu verleihen. Der Antrag ist nicht zur Abstimmung auf dem 10. Nationalkongreß vorgelegt worden, weil eine Widerstandsorganisation Einwände erhob. Dennoch ist der Antrag allein eine große Ehrung für Gen. Raafat, die ihm von der Massenorganisation der palästinensischen Arbeiterklasse verliehen wurde.

Die Lehren des Junikrieges und der Weg der Widerstandsbewegung zur nationalen Einheit

Die Doppelherrschaft, in Jordanien von 1968 bis 1970 war in der Geschichte der arabischen Welt und unter den Bedingungen der extremen, vom Zionismus und der jordanischen Reaktion historisch konservierten ökonomischen Unterentwicklung des palästinensisch-jordanischen Volkes einzigartige und ungewöhnliche Erscheinung. Die Durchsetzung einer revolutionären Herrschaft auf demselben Boden, auf dem gleichzeitig das erzreaktionäre haschemitische Regime herrschte, war ein historischer Erfolg für die von der Widerstandsbewegung geführten palästinensisch-jordanischen Massen. Heute aber liegt die Bedeutung dieses Erfolges nicht im Weiterbestehen oder gar in einem errungenem Sieg dieser revolutionären Bewegung, sondern in den Lehren, die aus der Erfahrung dieser Epoche gezogen werden können.

Die vernichtende Niederlage der arabischen Armeen im Krieg gegen Israel vom Juni 1967 hatte das Versagen der herrschenden Klassen in der arabischen Welt so sehr entlarvt und sie zugleich militärisch so sehr geschwächt, daß sie das Erstarken dieser Massenbewegung nicht aufhalten konnten. Noch mehr: sie versuchten, ihr eigenes Versagen mit zahlreichen Lobhymnen auf den palästinensischen Widerstand propagandistisch zu kompensieren und die Diskusssion über die Ursachen der Niederlage mit spektakulären und oft übertriebenen Erfolgsmeldungen über die Aktionen der Widerstandsbewegung zu übertönen. Wenn man bedenkt, daß dieselben herrschenden Klassen den palästinensischen bewaffneten Widerstand, und zwar die Organisation, die sie danach am stärksten unterstützten, nämlich El-Fatah, vor der Juni-Niederlage entschieden bekämpft und überall verfolgt hatten, dann wird man den heuchlerischen Charakter dieser neuen Politik erkennen können.

Die verbale und teilweise auch materielle Unterstützung der Widerstandsbewegung durch die arabischen herrschenden Klassen waren nur der Ausdruck der Machtlosigkeit dieser Klassen. Aus dieser Tatsache heraus wird der taktische und provisorische Charakter dieser Unterstützung deutlich. Die unter diesen Bedingungen in Jordanien entstehende revolutionäre Herrschaft wurde also zunächst mit Duldung und Unterstützung der arabischen herrschenden Klassen außerhalb Jordaniens (aber auch in den ersten Monaten mit Duldung des jordanischen Regimes), nicht aber gegen sie durchgesetzt.

Unter diesen Bedingungen stand die Widerstandsbewegung von anfang an in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu den arabischen Regimen. So wurden die Widersprüche der arabischen Welt in die Widerstandsbewegung hineingetragen und mit ihnen auch die ideologischen und politischen Kämpfe. Hinzu kam der Widerspruch zwischen ihrem revolutionärem, antiimperialistischen und antizionistischen Charakter einerseits und ihrer Abhängigkeit von den arabischen Regimen andererseits, die seit der Juni-Niederlage die Versöhnung mit dem Imperialismus und dem Zionismus suchten. Diese Abhängigkeit bestimmte auch weitgehend das Verhältnis der Widerstandsbewegung zu ihren Hauptfeinden, dem Staat Israel und dem Regime in Jordanien. Die ablehnende Haltung der Widerstandsbewegung gegenüber der "friedlichen Lösung", das heißt der Versöhnung mit Israel, wurde von den arabischen Regimen als taktisches Druckmittel zur Durchsetzung einer ihrer Interessen entsprechenden "friedlichen Lösung" mißbraucht. Diesen verhängnisvollen Mißbrauch der Widerstandsbewegung versuchten die arabischen Regime ideologisch auf der Ebene von "Taktik" und "Strategie" zu rechtfertigen. Der Widerstandsbewegung und jedem militärischem Kampf schlechthin wurde eine "taktische" Funktion im Rahmen der übergeordneten arabischen Strategie zugewiesen. Ebenfalls der antagonistische Widerspruch der Widerstandsbewegung zum jordanischem Regime wurde im Rahmen dieser Strategie, in der dieses Marionettenregime als Verbindungsglied zum Imperialismus und zum Staat Israel fungieren sollte, auf derselben ideologischen Ebene bestimmt. So wurde das Verhältnis der Widerstandsbewegung zu diesem Regime als "brüderliche Einheit" hingestellt und mit allen materiellen und propagandistischen Mitteln sanktioniert.

Dieser Widerspruch zwischem dem Selbstverständnis und der Abhängigkeit der Widerstandsbewegung von Kräften, die sie letzten Endes liquidieren wollen, schlug sich in harten Auseinandersetzungen und ideologischen Kämpfen nieder, die sowohl die Herstellung einer nationalen Einheitsfront verhinderten, als auch das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Führungskader hielten, deren Klassenlage und deren Ideologie objektiv dazu geeignet waren, diesen Widerspruch zu verschleiern und die Abhängigkeit der Widerstandsbewegung von den arabischen Regimen aufrechtzuerhalten und zu rationalisieren. Den von diesen Führungskadern aufgestellten, scheinbar richtigen Parolen, wie die der "Nicht-

einmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten", fehlte die klare und selbständige strategische Linie, die die Grenzen zwischen revolutionären und konterrevolutionären Kräften hätte genau bestimmen, die revolutionären Kräfte in der arabischen Welt hätte mobilisieren und selbst die Politik der arabischen Regime und ihre unfreiwillige Unterstützung für die Widerstandsbewegung hätte taktisch ausnützen können.

Die Widerstandsbewegung nahm unter dem dominierenden Einfluß dieser Führungskader eine von den arabischen Regimen weitgehend bestimmte Haltung gegenüber dem jordanischen Regime ein, die durch "Nichteinmischung" und "passive Selbstverteidigung" gekennzeichnet war. Sie wurde ideologisch untermauert mit der Idee, daß die Revolution eine rein palästinensische Angelegenheit wäre und den bewaffneten Kampf nur gegen den zionistischen Feind zu führen hätte. Diese Ideologie, in der der Einfluß der arabischen Regime deutlich zum Ausdruck kommt, trug entscheidend zur Spaltung des jordanisch-palästinensischen Volkes und zur Isolierung der Widerstandsbewegung von den breiten Massen in Jordanien bei.

Trotz der zunehmenden Stärke der Widerstandsbewegung, die sie bis Mitte 1970 erlangen konnte, vermochte sie nicht, gegenüber dem Regime und den Massen in Jordanien eine klare Linie zu entwickeln. Als der massive Vernichtungsangriff des Regimes im September 1970 einsetzte, traten die Folgen dieser falschen Politik und der Einflüsse der arabischen Regime deutlich ein. Obwohl die Widerstandskämpfer und die Volksmiliz ihre Stellungen erfolgreich verteidigten und sogar das gesamte Gebiet nordwestlich von Amman bis zum Jordan und zur syrischen Grenze befreiten, hielten die meisten Führungskader an ihren Theorien der "Nichteinmischung" und der "passiven Selbstverteidigung" fest. Schließlich beugten sie sich dem Willen der in Kairo zu einer "Gipfelkonferenz" versammelten Oberhäupter der arabischen Staaten und vereinbarten mit König Hussein einen Waffenstillstand, der die Kämpfer selbst überraschte und von ihnen drei Tage lang völlig ignoriert wurde. Eine taktische Bedeutung hätte dieses Abkommen nur erlangen können, wenn es auf der Grundlage einer klaren revolutionären Strategie zur Weiterführung des Kampfes bis zum Sieg über das Marionettenregime in Amman zustande gekommen wäre. Es zeigte sich aber bald, daß es von den arabischen Regimen diktiert wurde, um die Widerstandsbewegung zur "Koexistenz" mit dem jordanischen Regime zu zwingen. In der Folgezeit führte dieses Abkommen zu einer ununterbrochenen Kette von Rückzügen und Konzessionen, die schließlich zur Vertreibung der Widerstandsbewegung aus Jordanien und zur Entwaffnung der Volksmiliz führten.

Die Folgen dieser Niederlage wirkten sich nicht nur auf die Widerstandsbewegung, sondern auch auf die gesamte arabische Welt aus. Wir wollen im Folgenden die wichtigsten zusammenfassen:

1. Dem jordanischen Regime war es gelungen, die Politik der "Palästinisierung" der Widerstandsbewegung auszunutzen, um die Revolution von den jordanischen Massen zu isolieren und vor allem in den Reihen der Armee eine wütende Hetzkampagne gegen alle revolutionären und demokratischen Kräfte zu betreiben. Das grausame Vorgehen der jordanischen Beduinentruppen gegen die Widerstandsbewegung und gegen die mit ihr sympathisierende Bevölkerung und die Passivität der jordanischen Massen während der Massaker gehen ökonomisch und historisch auf die ungleichmäßige Entwicklung der beiden Volksgruppen zurück. Die extreme ökonomische Unterentwicklung des jordanischen Volkes und die vorherrschenden patriarchalischen Verhältnisse bilden das Rückgrat des haschemitischen Regimes. Das gesamte Staatsgebilde Jordaniens, das ursprünglich in den zwanziger Jahren unter dem Namen "Emirat Transjordanien" vom britischen Kolonialismus installiert wurde gründete sich auf einer teils freiwilligen, teils militärisch erzwungenen Übereinkunft des damaligen Emir Abdullah mit den verschiedenen Stammesführern, womit die Loyalität der Stammesangehörigen von da an automatisch auch dem Monarchen galt. Diese Loyalität dem Monarchen gegenüber bekam auch nach und nach eine materielle Grundlage, als das Regime, besonders nach dem Palästina Krieg 1948 und der Annexion der "Westbank", mit Hilfe des britischen Kolonialismus einen ausgedehnten Verwaltungsapparat und eine starke Armee aufbaute. Diese beiden vom britischen (jetzt vom US-amerikanischen) Imperialismus direkt finanzierten Institutionen bildeten allmählich die materielle Hauptquelle für den Lebensunterhalt der meisten jordanischen Dorfbewohner. Wenn man die Löhne und Gehälter der Beduinen und der Angehörigen der armen Bauernfamilien, die sie aus dem Armee- und Staatsdienst beziehen, die staatlichen Gehälter, die regelmäßig an die Stammesoberhäupter gezahlt werden, und die staatlichen Subventionen, mit denen das Regime zusätzlich die blinde Loyalität der Dorfarmut und der Beduinen sichert, zusammenrechnet, dann wird man feststellen können, daß fast die Hälfte der Dorfbewohner und mindestens 80% der Beduinen in ihrer materiellen Existenz vom Regime abhängig sind

Die Angliederung der "Westbank" an das "Emirat" und die Proklamation des "Haschemitischen Jordanischen Königreiches" im Anschluß an den Krieg von 1948 brachte den größten Teil des palästinensischen Volkes (die Bewohner der Westbank und etwa 700 000 Flüchtlinge) unter die Herrschaft des haschemitischen Regimes. Damit kamen neue ökonomische und politische Kräfte in die jordanische Gesellschaft. Die relativ höhere Entwicklungsstufe der Produktionsweise der palästinensischen Volksgruppe, ihre lange Erfahrung im antiimperialistischen und antizionistischen Kampf und die im Kern revolutionären, wenn auch unreflektierten und von halb feudalen und bourgeoisen Anschauungen noch überdeckten politischen Strömungen, die die ruinierte palästinensische Kleinbourgeoisie und die entwurzelten palästinensischen Bauernmassen mit sich brachten, gaben der jordanischen nationalen Bewegung gewaltige Anstösse. Die Verschmelzung der revolutionären Kräfte des jordanischen und palästinensischen Volkes führte zur Gründung der politischen fortschrittlichen Organisationen wie die KP Jordaniens und die Nationale Sozialistische Partei, die den natio-

nalidemokratischen Kampf des palästinensisch-jordanischen Volkes führten. Ihr großer politischer Erfolg war die Verhinderung des Beitritts Jordaniens zum imperialistischen Bagdad-Pakt im Jahr 1955, der zwischen König Hussein und dem britischen Imperialismus bereits vereinbart worden war. Die meisten Führungskräfte und Mitglieder dieser Organisationen schlossen sich später der palästinensischen Widerstandsbewegung an.

Das haschemitische Regime verfolgte eine systematische chauvinistische und rassistische Politik zur Spaltung dieser revolutionären Kräfte und des palästinensisch-jordanischen Volkes. Es gewann dabei auch große Teile der palästinensischen Groß- und Kompradorenbourgeoisie. Mit Hilfe dieser Gruppen, der jordanischen Großgrundbesitzer und Kompradorenbourgeoisie und gestützt auf die direkte Unterstützung des britischen und US- Imperialismus und auf die israelische Interventionsdrohung im Falle eines Aufstandes oder eines Umsturzversuches sowie auf die blinde Loyalität seiner Beduinentruppen und der Stammesführer errichtete das Regime einen Terrorapparat, der jeder fortschrittlichen und revolutionären Bewegung feindlich gegenübertrat und sie mit grausamsten Mitteln unterdrückte.

Die Widerstandsbewegung vermochte auf Grund der "Palästinisierung" und der ausschließlichen Ausrichtung auf den Kampf gegen Israel nicht, die Herstellung der Einheit des palästinensisch-jordanischen Volkes, die Lösung der Probleme der jordanischen Massen und ihre Mobilisierung für den gemeinsamen Kampf gegen dieses erzreaktionäre Regime und gegen die zionistischen Agressoren als eine ihrer vordringlichen Aufgaben zu erkennen. Diese Erkenntnis setzte sich jedoch nach ihrer Vertreibung aus Jordanien allmählich durch. Dies ist nicht so sehr den Beschlüssen des ZK zu entnehmen, die in den Wochen vor dem Septembermassaker bereits die Notwendigkeit des Sturzes des Marionettenregimes und der Verwandlung Jordaniens in eine feste Basis der Revolution hervorhoben. Das sind momentane Reaktionen auf unmittelbar bevorstehende Agressionen des Regimes, artikuliert in Abwesenheit des Druckes der arabischen Staaten. Vielmehr ist dies ein langwieriger Erkenntnisprozeß, der in erster Linie in den Massen und in den unteren und mittleren Kadern vor sich geht und sich allmählich auf die Führung, auf deren politische Linie und personelle Zusammensetzung auswirkt.

Zugleich aber auch hatte die Vertreibung der Widerstandsbewegung aus Jordanien eine spürbare Bewußtwerdung der jordanischen Massen zur Folge. Sie sind heute nicht nur schutzlos dem Terrorapparat des Regimes ausgeliefert. Sie entlarven auch mehr und mehr die Heuchelei der Hetzpropaganda gegen die Widerstandskämpfer, indem sie aus eigener Erfahrung sehen, daß die Korruption, Plünderung, willkürliche Enteignung, Erschießung und Verelendung, die das Regime den Widerstandskämpfern zugeschoben hatte, heute keineswegs aufgehört haben, sondern vielmehr zunehmen.

2. Mit der Niederlage der Widerstandsbewegung in Jordanien war die entscheidende Kraft, die der "friedlichen Lösung" im Wege gestanden hatte, vorübergehend ausgeschaltet. Als das ägyptische Regime im Juli 1970 den "Rogers-Plan" annahm, der die stufenweise Verwirklichung der UNO- Resolution vom November 1967 und eine befristete Einstellung des Zermürbungskrieges am Suezkanal vorsah, waren die arabischen herrschenden Klassen militärisch und politisch bereits stark genug, um die revolutionären Massenbewegungen niederzuhalten und gegen die in Jordanien über die Grenzen eines taktischen Druckmittels zunehmend hinauswachsende Widerstandsbewegung den Kampf anzutreten. Die Absicht des ägyptischen Regimes, die Widerstandsbewegung zu schwächen, aber sie als taktisches Druckmittel zu erhalten, deckte sich jedoch nicht mit der Absicht des jordanischen Regimes, sie ganz zu liquidieren. Für das ägyptische Regime bedeutete die Liquidierung der Widerstandsbewegung nicht nur den Verlust eines taktischen Druckmittels und eine schwächere Position in den Friedensverhandlungen. Weit gefährlicher war die Duldung dieser Liquidierung, die in den Augen der ägyptischen Massen als offener Verrat angesehen werden könnte. Die Unterstützung der Widerstandsbewegung war für das ägyptische Regime die wichtigste Legitimation seines Fortbestandes seit der Juni-Niederlage. Die Erschütterung dieser Legitimation würde den Widerspruch des Regimes zu den Massen und damit unausweichlich die Widersprüche innerhalb der herrschenden Bourgeoisie zum offenen Ausbruch bringen.

Auch für den herrschenden Flügel der Baath-Partei in Syrien, der im Gegensatz zum ägyptischen Regime von Anfang an die "friedliche Lösung" ablehnte, bedeutete die Liquidierung der Widerstandsbewegung eine empfindliche Schwächung seiner Position gegenüber dem rechten, mit der ägyptischen Linie sympathisierenden Flügel. Diese Folge trat tatsächlich einige Wochen nach dem September-Massaker ein, als der rechte Flügel um General Assad den fortschrittlichen Flügel um Atassi und General Djedid mit einem Staatstreich absetzte und die Macht übernahm. Der offene Ausbruch der Machtkämpfe innerhalb der ägyptischen Bourgeoisie wurde jedoch durch den Tod Nassers am 28 Sept. 1970 um einige Monate aufgeschoben, um dann im Mai 1971 um so krasser zum Vorschein zu kommen.

Die herrschenden Klassen in Ägypten, Syrien, Libyen und im Sudan versuchten, ein Bündnis zu schließen, um sich gegenseitig bei der Niederhaltung der Massen und der oppositionellen Kräfte zu unterstützen und ihre Position in den Friedensverhandlungen, v.a. die Position des ägyptischen Regimes, zu stärken. Der Beitritt des Sudans sollte aber dann zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, da doch erst "besondere Schwierigkeiten" überwunden werden mußten

(Frage der Kommunisten, die Süden-Frage, usw.). Die von den übrigen drei Bourgeoisien am 1. Sept. 1971 proklamierte "Union der Arabischen Republiken" scheint heute mehr und mehr an den Widersprüchen zwischen diesen Bourgeoisien und an zahlreichen, zuvor von ihnen ungeahnten "besonderen Schwierigkeiten" zu zerfallen.

Das ägyptische Regime unternahm im Juli 1971 im Schutz der traditionellen Bourgeoisie und seiner arabischen Bündnispartner und nach der Ausschaltung der Gruppe der Arabischen Sozialistischen Union (ASU) um Ali Sabri einen intensiven Versuch, eine "friedliche Lösung" bis Ende des Jahres 1971 herbeizuführen. Dazu verkündete Sadat eine eigene "Initiative" und leitete eine Reihe von intensiven Gesprächen mit Vertretern der US Regierung, u.a. mit Rogers, ein. Gleichzeitig drohte er, das Jahr 1971 würde nicht ohne eine politische oder militärische "Entscheidung" vorübergehen. Beide Initiativen ergänzten sich. Denn für die von den ägyptischen und arabischen Massen als Kapitulationsverhandlungen angesehenen Gespräche mit den US- Imperialisten brauchte das Regime eine "innere Ruhe", die es nun mit der Vorbereitung der "inneren Front" auf die angeblich unmittelbar bevorstehende "Entscheidungsschlacht" herbeizuführen glaubte.

Das Jahr 1971 endete weder mit einer politischen noch mit einer militärischen "Entscheidung", sondern mit dem Wiedererwachsen der ägyptischen Arbeiterbewegung. Sie war der Neubeginn einer revolutionären Massenerhebung gegen die neue Bourgeoisie und ihre friedliche Kapitulationslösung. Sie war die konsequente Antwort auf die Selbstentlarvung dieses Regimes während und nach dem Massaker der jordanischen Reaktion an der Widerstandsbewegung.

---

3. Als unmittelbare Reaktion auf das grausame Vorgehen des jordanischen Regimes gegen die Widerstandsbewegung breitete sich in den Massen der besetzten West Bank eine starke, unreflektierte separatistische Neigung aus, die sowohl von Teilen der palästinensischen Großbourgeoisie als auch von den israelischen Okkupanten genährt und zur Propagierung der Idee eines palästinensischen Vasallenstaates mißbraucht wurde. Unter den Bedingungen der Okkupation traten allmählich zwei Konzeptionen dieses Vasallenstaates auf. Die eine wurde von den Teilen der palästinensichen Bourgeoisie propagiert, deren Interessen mit denen der israelischen Bourgeoisie heute eng verknüpft sind. Ihre Konzeption zielt daher auf die Beibehaltung der israelischen Vorherrschaft und auf die Erlangung einer gewissen "Autonomie" ab, die ihnen mehr und mehr die selbstständige Ausbeutung der palästinensischen Massen und eine größere Konkurrenzfähigkeit gegenüber der vom jordanischen Regime abhängigen Bourgeoisie sichert. Das Verhältnis dieses Vasallenstaates zum jordanischen Regime bleibt in dieser Konzeption unbestimmt. Diese Konzeption war die Grundlage von intensiven Verhandlungen, die Mitte 1971 in Beirut zwischen einigen "Friedenstiftern" verschiedener Nationalitäten, einigen Agenten der israelischen Regierung und Vertretern dieser Teile der palästinensischen Bourgeoisie unter Auschluß des jordanischen Regimes geführt wurden. Sie scheiterten jedoch am Widerstand des jordanischen Regimes und der von ihm abhängigen palästinensischen Bourgeoisie sowie an zahlreichen anderen Widersprüchen im Lager der Reaktion. Die Widerstandsbewegung führte eine breite Massenkampagne zur Entlarvung dieser und aller anderen Ideen des "palästinensischen Staates" und der hinter ihnen stehenden Kräfte durch.

Die zweite Konzeption wurde von den anderen Teilen der palästinensischen Kompradorenbourgeoisie und Großgrundbesitzer propagiert, deren Interessen mit denen der jordanischen Reaktion enger verknüpft sind. Sie geht ebenfalls von der Idee einer begrenzten Autonomie für einen separaten palästinensischen Staates aus, zielt aber auf die Wiederherstellung normaler Beziehung zum jordanischen Regime ab und läßt die Beziehung zum zionistischen Staat undefiniert. Diese Konzeption entspricht weit mehr als die erste den Interessen der israelischen Bourgeoisie und bildet die eigentliche Grundlage für eine separate Übereinkunft mit dem jordanischen Regime. Die Zionisten gehen davon aus, daß ihre dauerhafte Herrschaft über die besetzten Gebiete westlich des Jordans und ihre Zustimmung zu jeder friedlichen Regelung als Voraussetzung für ihre Verwirklichung Selbstverständlichkeiten sind. Daher bleibt für sie die Unklarheit ihres Verhältnisses zu diesem vorgesehenen Staat in dieser Konzeption unbedeutend. Wichtiger für sie ist die Überlegung, daß ein solches Staatsgebilde ihnen erstmalig den seit 1948 ersehnten Brückenkopf zur ausgedehnten Kapital- und Warenexpansion in der arabischen Welt sichern würde.

Diese Konzeption muß auch die Grundlage der geheimen Verhandlungen im Laufe des Jahres 1971 zwischen Hussein einerseits und Vertretern der israelischen Regierung sowie dem König noch loyalen Teilen der palästinensischen Bourgeoisie und Großgrundbesitzer gewesen sein. Bereits im Juni 1971 skizzierte die israelische Zeitschrift "Maarchot" die Vorstellungen der israelischen Bourgeoisie, die sich vollständig mit dieser Konzeption decken und sie durch die notwendigen Er-

gänzungen präzisieren. So wird dieses konzipierte Staatsgebilde als "autonomes Gebilde innerhalb des jordanischen Königreiches" definiert. Dann heißt es: "Dies erfordert im voraus und selbst vor der friedlichen Regelung zwischen Israel und Jordanien die entsprechende Zusicherung des Königs und die Schaffung representativer lokaler Organe mit Initiative der Bevölkerung und mit Zustimmung der israelischen Behörden."

Genau das trat mit dem Beginn des Jahres 1972 ein. Die israelischen Behörden begannen mit der Vorbereitung von sog. "Stadtratswahlen" zur Bildung dieser "repräsentativen lokalen Organe". Am 12. März verkündete König Hussein seinen Plan eines sog. "Vereinigten Arabischen Königreiches", indem er jedoch, entweder aus taktischen Gründen oder wegen noch bestehender partieller Differenzen, auf das Verhältnis dieses "Königreiches" zum Staat Israel mit keinem Wort einging. Er definierte jedoch den Status der gegenwärtig besetzten West-Bank im Rahmen seines Planes ebenfalls als "autonomes Gebilde im Rahmen des Vereinigten Arabischen Königreiches".

4. Die Verkündung dieses Planes ist zugleich der Ausdruck der sich seit der Vertreibung der Widerstandsbewegung aus Jordanien zuspitzenden Widersprüche zwischen dem jordanischen und dem ägyptischen Regime. Mit dieser Zuspitzung wurden die zuvor gemeinsam unternommenen Bemühungen um eine umfassende "friedliche Lösung" auf der Grundlage der UNO-Resolution und des Rogers-Plans abgelöst durch die Bemühungen des ägyptischen und des jordanischen Regimes um jeweils eine "separate Lösung" auf der Grundlage der Sadat-Initiative vom Juli 1971 und des "Hussein.-Plans vom März 1972.

In diesem Wettrennen der beiden Regimes um eine "separate Lösung" hatte das jordanische Regime die besseren "Erfolgs"chancen. Die Vertreibung der Widerstandsbewegung aus Jordanien schwächte den inneren oppositionellen Druck auf das jordanische Regime in dem Maße, in dem sie diesen Druck auf das ägyptische Regime verstärkte. Dies führte auf der einen Seite zur Intensivierung der Verhandlung zwischen den imperialistischen Mächten und dem jordanischen Regime, das sogar zu direkten Verhandlungen mit den Zionisten überging, auf der anderen Seite aber zum Mißerfolg und schließlich zum Abbruch der Verhandlungen der US-Imperialisten mit dem ägyptischen Regime, das unter dem verstärkten und immer bedrohlicher werdenden Druck der Massen zu keinen Konzessionen mehr fähig war und sogar seine Initiative vom Juli 1971 praktisch einfrieren ließ.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in Folge der Niederlage der Widerstandsbewegung in Jordanien im September 1970 und Juli 1971 zunächst eine Phase der Konsolidierung und der gemeinsamen intensiven Bemühungen der herrschenden Klassen um die Durchsetzung einer umfassenden "friedlichen Lösung" einsetzte. Dies war begleitet von der Verschärfung der Widersprüche innerhalb der herrschenden Bourgeoisien und mündete schließlich dann in die zweite Phase, in die Phase der separaten Lösungsversuche und der verschärften Widersprüche zwischen diesen Bourgeoisien und zwischen ihnen und den Reaktionären, v.a. dem jordanischen Regime. Durch diese beiden Phasen hindurch wuchs das revolutionäre Bewußtsein der arabischen Massen. Sie erkannten allmählich den wahren Charakter der herrschenden Klassen, den sie unmittelbar nach der Juni-Niederlage nur geahnt hatten. Die Widerstandsbewegung zog die Lehren aus der Erfahrung und konnte sich wieder reorganisieren. Sie geht heute wieder dazu über, den bewaffneten Widerstandskampf in Jordanien und in den besetzten Gebieten unter äußerst schwierigen Bedingungen zu führen.

Die meisten Basen der Widerstandsbewegung befinden sich heute im Libanon und in den syrischen Golanhöhen. Das syrische Regime unter General Assad betreibt seit Oktober 1970 eine der Widerstandsbewegung gegenüber feindliche Politik. Es schaltete alle fortschrittlichen Kräfte der Baath-Partei aus, fügte sich den Kräften der "friedlichen Lösung" und betreibt heute eine Politik der intensiven Annäherung an die arabische Reaktion und den Imperialismus. Es kann jedoch angesichts des noch latenten Drucks der inneren Opposition, der prekären Situation seines ägyptischen Verbündeten und der harten Auseinandersetzung mit der herrschenden Baath-Gruppe im Irak keinen offenen Schlag gegen die Widerstandsbasen richten. Aus der von der syrischen Baath-Partei abhängigen Widerstandsorganisation "El-Saika" wurden bis Mitte 1971 alle Linken entfernt. In Syrien hat jedoch die Widerstandsbewegung, abgesehen von dieser genannten Organisation keine direkte Verbindung mit den politischen Gruppierungen und übt auch keinen direkten Einfluß auf die Klassenkämpfe aus.

Der Staatsstreich von Oktober 1970 bewies noch mehr als die Juni- Niederlage und auch später die Entmachtung der ASU-Gruppe in Ägypten, daß die von der Sowjetunion unterstützten und abhängigen Gruppen innerhalb der herrschenden Bourgeoisien völlig unfähig sind, sich selbst an der Macht zu halten, geschweige denn die revolutionären Kräfte zu gewinnen oder eine demokratische Entwicklung einzuleiten. Das Verhältnis der Sowjetunion zu den arabischen Bourgeoisien

läßt sich nur aus dem Konkurrenzkampf mit dem US-Imperialismus um die Gewinnung von Einflußsphären auf der einen, und aus ihrem gemeinsamen Interesse an der Durchsetzung der "friedlichen Lösung" auf der anderen Seite heraus erklären. Für die Behauptung ihres Einflusses in der arabischen Welt scheint die Sowjetunion auf die objektive Tatsache zu vertrauen, daß die herrschenden Bourgeoisien noch auf lange Sicht von der sowjetischen militärischen und politischen und ökonomischen Unterstützung abhängig sind. Von daher ist ihr es auch gleichgültig, welche Gruppe oder welcher Parteiflügel an der Macht ist. Für das Verhältnis der Sowjetunion zu diesen Gruppen bleibt nur noch die Einstellung dieser Gruppen zur Frage der "friedlichen Lösung" entscheidend. Das zeigte die sowjetische Forderung an den fortschrittlichen Baath-Flügel während der September-Kämpfe, die zur Unterstützung der Widerstandsbewegung nach Jordanien entsandten syrischen Truppen wieder abzuziehen, was sich dann praktisch als eine Intervention zugunsten des rechten Flügels erwies. Das zeigte auch später der sowjetisch-ägyptische Vertrag, der unmittelbar der Entmachtung der Gruppe der ASU auf Drängen der Sowjetunion abgeschlossen wurde.

Die revisionistischen Theorien eignen sich auch vorzüglich zur Rechtfertigung dieses Opportunismus. Denn nach diesen Theorien ist der "friedliche Übergang" zum Sozialismus ein objektiver Prozess, der zunächst nicht vom Kampf des Proletariats in den jeweiligen Ländern, sondern solange von der "nationalen Bourgeoisie und von der Präsenz der Sowjetunion vorangetrieben wird, bis ein Proletariat entsteht. Die von der nationalen Bourgeoisie in Schutz der Sowjetunion eingeleitete, angeblich nicht kapitalistische Entwicklung würde dann sozusagen automatisch in den Sozialismus hinüber wachsen.

Die letzten Aktionen der ägyptischen Arbeiter und Studenten zeigen, daß die arabischen Massen sowohl die imperialistische Politik der Sowjetunion als auch den Opportunismus der von ihr abhängigen Gruppen innerhalb der herrschenden Klassen entlarvt haben und mehr und mehr ihren eigenen Weg zur national-demokratischen Revolution und zur nationalen Befreiung erkennen. Die arabischen revolutionären Kräfte haben den Kampf gegen den Imperialismus und die herrschenden Bourgeoisien wieder verstärkt angetreten und sind entschlossen, den Kampf des palästinensich-jordanischen Volkes und der Widerstandsbewegung mit allen Kräften zu unterstützen und alle Versuche der "friedlichen" Kapitulation zum Scheitern zu bringen.

Die Widerstandsbewegung konnte sich im Libanon im Laufe des Jahres 1971 reorganisieren und ihre Basen wiederaufbauen. Die libanesische Bourgeoisie stieß bei ihren Versuchen, die Kraft der Widerstandsbewegung zu brechen, auf ein breites und festes Bündnis aller revolutionären und demokratischen Kräfte des Libanon mit dem palästinensischen Volk. Wie die jordanische Reaktion hatte auch die libanesische Bourgeosie immer wieder versucht, die Kampfeinheiten dieser Kräfte und der Palästinenser zu zerstören und die libanesische Bevölkerung gegen die Widerstandsbewegung und die Flüchtlingsmassen aufzuhetzen. Das eher durch Spontaneität gekennzeichnete, aber dennoch starke Bündnis der libanesischen arbeitenden und verelendeten Massen und der revolutionären Intelligenz mit dem palästinensischen Volk brachte nach der Juni- Niederlage die Frage des Verhältnisses der palästinensischen Revolution zum Klassenkampf im Libanon in den Mittelpunkt der programmatischen Erklätungen und der Strategien aller sozialistischen und demokratischen Organisationen. Das war auch die revolutionäre Antwort auf die Versuche der Bourgeoisie, ihre chronische, durch ihren Kompradorencharakter und ihre unproduktive Akkumulationsweise bedingte Krise den palästinensischen Flüchtlingsmassen zuzuschieben.

Die libanesische Finanz- und Kompradorenbourgeoisie stellt den wichtigsten Brückenkopf des ausländischen Kapitals in der arabischen Welt dar. Allein von daher steht sie in einem krassen Widerspruch zur israelischen Bourgeoisie, die im Falle der Öffnung der arabischen Grenzen diese Funktion selbst übernehmen und die libanesische Bourgeoisie ruinieren müßte. Diese ist jedoch mit dem Imperialismus so verflochten, daß sie zum einen keinen direkten Konflikt mit Israel wagen kann und zum anderen sich auf die Schutzgarantie der Westmächte verlassen muß. Dies erklärt das Festhalten der libanesischen Bourgeosie an der von der arabischen Liga gegen Israel verhängten Wirtschaftsblockade und zugleich ihre "Neutralität im Konflikt zwischen den arabischen Staaten und Israel.

Während des Jahres 1969 kam es zu gewaltigen Aufständen der libanesischen Massen, in denen ein heroischer Kampf zum Schutz des palästinensischen Widerstandes gegen die Angriffe der Armee und die Vernichtungspläne des Regimes geführt wurde. Für dieses Regime bedeutet das Erstarken der Widerstandsbewegung auf libanesischem Boden eine doppelte Gefahr: die Gefahr der Revolutionierung der libanesischen Massen und die Gefahr, von den sogenannten Vergeltungsschlägen der Zionisten direkt bedroht und in den Konflikt mit Israel hineingezogen zu werden. Nach der blutigen Zerschlagung des ersten großen Aufstandes vom 23. April 1969 bereiteten sich beide Seiten auf die nächste Schlacht vor. Im November griff die libanesische Armee direkt die Basen und Flüchtlingslager sowie die libaneischen Dörfer im Süden an. Die Widerstandskämpfer und die libanesischen Revolutionäre schlossen sich zu einer Kampffront zusammen. Der Angriff im Süden wurde zurückgeschlagen und das Regime mußte in Kairo ein Abkommen mit den Führern der Widerstandsbewegung unterzeichnen, in dem dieser alle errungenen Freiheiten im Libanon zugestanden wurden.

Damit sicherte sich die Widerstandsbewegung eine feste

schen Reaktion zurückziehen und auf der sie ihre Kräfte wieder reorganisieren konnte. Diese Wiederaufbauarbeit ging während des Jahres 1971 so intensiv vor sich, daß die jordanische Reaktion aus der berechtigten Angst, daß dies auf lange Sicht ihre separaten Lösungspläne durchkreuzen und die Gegenoffensive der Revolution in Jordanien bedeuten muß, die Verfolgung der Widerstandsbewegung mit Hilfe von Agenten auf den Libanon ausdehnte. Die israelische Regierung richtete mehrere Drohungen an das libanesische Regime, in denen sie ihre Absicht bekräftigte, im Falle der weiteren Tatenlosigkeit gegenüber der wachsenden Stärke und den militärischen Aktionen der Widerstandsbewegung selbst zu intervenieren. Die libanesische Bourgeoisie konnte sich jedoch ein direktes Vorgehen gegen die Widerstandsbewegung nicht leisten, nicht aus Treue zum Kairoer Abkommen, sondern vielmehr aus politischer und militärischer Schwäche gegenüber dem ungebrochenen Bündnis der revolutionären und demokratischen Kräfte und der Widerstandsbewegung. Im Hinblick auf die für April 1972 angesetzten Parlamentswahlen konnte auch keine der rivalisierenden Parteien selbst ein kalkuliertes Risiko eingehen.

Im Februar dieses Jahres setzten die Zionisten ihre Drohungen in die Tat um und marschierten mit starken militärischen Verbänden in den Süden des Libanon ein. Ungewöhnlich war dabei jedoch, daß sie nicht nur mit Panzern und Geschützen aller Gattungen, sondern auch mit Bulldozern und anderen Straßenbaugeräten einmarschierten und sich eine Straße durch die Dörfer bahnten. Damit demostrierten sie, daß der Libanon nicht nur mit normalen "Vergeltungsaktionen", sondern auch mit der Besetzung des Südens durch die Israelis rechnen muß. Die Kämpfe dauerten mehrere Tage. Die Widerstandskämpfer, und nur sie, leisteten einen erbitterten und entschlossenen Widerstand, versetzten den Zionisten eine Niederlage und schlugen ihren Angriff zurück.

Dies war das Zeichen einer Wiedergeburt der Widerstandsbewegung, die ganz entscheidend zu einer tiefgreifenden Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der arabischen Welt zugunsten der revolutionären Bewegungen beitrug. Dies kam auch in einer Zeit, wo die Widersprüche innerhalb der arabischen Bourgeoisien sich mehr und mehr zuspitzten und wo die revolutionären Massenbewegungen unaufhaltsam wuchsen. Die syrische Luftwaffe griff israelische Stellungen im Anschluß an einen israelischen Luftangriff auf syrische Gebiete während der Kämpfe im Libanon an. In den ägyptischen Zeitungen und Nachrichtensendungen rückten wieder, nach langem Schweigen, die Meldungen über die Aktionen der Widerstandsbewegung in den Vordergrund. Die arabischen Regime überschlugen sich wieder in Solidaritätserklärungen und in Bekenntnissen zum bewaffneten Kampf und zum Selbstbestimmungsrecht des palästienensischen Volkes. Im Libanon und in Syrien strömten die Massen in die Büros und Basen der Widerstandsorganisationen, um sich ihnen anzuschließen. Weit bedeutender ist jedoch die Tatsache, daß sich eine Einmütigkeit und Geschlossenheit der Feddayin aller Widerstandsorganisationen zeigte, eine faktische nationale Einheit auf der Ebene der mittleren und unteren Kader.

Die Kräfte der Konterrevolution geben jedoch ihre Pläne zur Zerschlagung der Widerstandsbewegung nicht auf. Im Gegenteil. Diese Pläne nehmen gegenwärtig konkrete und bedrohliche Gestalten an. Wir erwähnen nur die Wichtigsten:

1. Der Plan König Husseins zur Bildung eines sogenannten "Vereinigten Arabischen Königreiches". Mit diesem "Plan" versucht die jordanische Reaktion, der Revolutionierung der jordanischen und palästinensischen Massen durch das Wachsen der Widerstandsbewegung zuvorzukommen, eine separate Lösung mit Israel zu erreichen und gemeinsam mit den israelischen Okkupanten, dem Imperialismus und der palästinensischen Reaktion die Spaltung des palästinensisch-jordanischen Volkes zu verewigen und seine revolutionären Kräfte zu liquidieren.

2. Die Versuche der Zionisten, mit Hilfe der palästinensischen Reaktion in den besetzten Gebieten die Massen zu demoralisieren, um sie zur Akzeptierung der Idee eines Vasallenstaates zu zwingen, der sie der gemeinsamen Terrorherrschaft der israelischen Okkupanten und der jordanischen Reaktion ausliefern würde. Mit den Stadtrats-"wahlen" in der "west-bank" haben die Israelis bereits eine Scheinlegitimation für den Besatzungsstatus fabriziert und damit die "repräsentativen Organe" geschaffen, die im Namen des palästinensischen Volkes an den Verhandlungen über die Bildung dieses Vasallenstaates beteiligt werden sollen.

3. Die libanesische Bourgeoisie versucht mit einem neuen "Parteiengesetz", die von den Massen erkämpften demokratischen Freiheiten einzuschränken, die Kraft der Revolutionäre und Demokraten zu brechen und damit die Verbündeten der Widerstandsbewegung politisch zu liquidieren. Damit will sie den Weg zur Annulierung des Kairoer Abkommens bereiten. Die Annulierung dieses Abkommens ist bereits offen von mehreren Kräften der Bourgeoisie und der Regierung, unter anderem vom Staatspräsidenten und vom Regierungschef gefordert worden. Das neue Parteiengesetz verbietet u.a. jede politische Betätigung in den Gewerkschaften und beruflichen Verbänden und an den Hochschulen sowie jede Partei, die mit ausländischen oder übernationalen Parteien in Verbindung steht. Die Behörden haben das Recht, sich über die ideologische Orientierung von Personen, die eine Partei gründen oder sich in irgendeiner Form politisch zusammenschließen wollen, Informationen zu holen. Dieses Gesetz liegt bereits dem neuen Parlament zur Verabschiedung vor.

4. Das ägyptische Regime versucht heute, sowohl mit Hilfe der mit ihm traditionell verbundenen Widerstandsführer als auch mit Hilfe von direkten Agenten wie Schukeiri und einer Reihe von palästienensischen "Unabhängigen" und Technokraten den Einfluß der Widerstands-

organisationen in den Gremien der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und in der Nationalversammlung, eine Resolution zu erwirken, die die Erweiterung der Mitgliederzahl um 50% vorsieht. Damit sollen die revolutionären Kräfte des palästinensischen Volkes in diesem höchsten Entscheidungsgremium von einer gewaltigen Mehrheit von Fachidioten, Reformisten und gefügigen Kompromißlern überflügelt werden. Diese Versuche der Unterwanderung und der inneren Liquidierung sind gefährlicher als die offenen Liquidierungspläne. Sie würden nicht nur die Widerstandsbewegung an die Beschlüsse dieses Gremiums binden, die im Falle seiner Erweiterung kaum den Weisungen des ägyptischen Regimes und der arabischen Staaten widersprechen dürften. Sie würde darüberhinaus das palästinensische Volk spalten und die Widerstandsbewegung durch diese angeblich legitime Vertretung des gesamten palästinensischen Volkes in die Isolation treiben oder zum offenen Kampf gegen die Mehrheit dieses Gremiums zwingen. Die arabischen Staaten könnten dann der Widerstandsbewegung ihre Unterstützung versagen und sie auch offen bekämpfen, ohne dabei ihre patriotische Maske zu verlieren.

Diese Angriffe stellen insgesamt die Widerstandsganisationen vor gewaltige Aufgaben, die sie nur mit vereinten Kräften, mit äußerster Wachsamkeit und mit Unterstützung der palästinensisch-jordanischen und der arabischen Volksmassen bewältigen können. Der Kampf um die Bildung einer palästinensisch-jordanischen Einheitsfront ist untrennbar verknüpft mit dem ideologischen Kampf zur Durchsetzung einer konsequent revolutionären Strategie und eines revolutionären Aktionsprogrammes.

Die FPDLP arbeitete ein detailliertes Programm der Nationalen Einheitsfront und ein Aktionsprogramm aus. Beide wurden vom Exekutivkomitee und dann von der Nationalversammlung angenommen. Die überraschende Verabschiedung des Erweiterungsbeschlusses machte jedoch die konsequente Durchführung dieser Programme unmöglich. Dennoch bleiben sie Kampfprogramme für die palästinensisch-jordanischen Massen und für alle revolutionären Kräfte in der Widerstandsbewegung.

Die Einheitsfront muß das Selbstbestimmungsrecht des palästinensisch-jordanischen Volkes wahren und den Plan des "Vereinigten Reaktionären Königreiches" entschieden bekämpfen. Sie muß die jordanischen Massen bewaffnen und organisieren und den Kampf bis zum Sturz des Regimes und der Verwandlung Jodaniens in eine feste Basis der Revolution führen. Sie muß die Einheit des palästinensisch-jordanischen Volkes herstellen, die Revolution in die besetzten Gebiete hineintragen und den Widerstandskampf gegen den Zionismus und Imperialismus organisieren und ihn bis zur Errichtung eines freien, sozialistischen Palästina führen. Und sie muß auf die Schaffung des festen Bündnisses mit allen revolutionären arabischen Bewegungen sowie mit allen Kräften der weltweiten, antiimperialistischen Revolution hinarbeiten.

Die Widerstandsbewegung hat große Schritte in der Erkenntnis ihrer Fehler und ihrer Aufgaben gemacht. Sie hat auch von ihren Fehlern vieles korrigiert und von früheren Einheitsexperimenten vieles gelernt. Der unausweichliche Kampf gegen alle gegenwärtigen Liquidierungsversuche wird ihr Bewußtsein noch mehr schärfen und in dieser konkreten Kampfpraxis wird sie mit der Kraft der revolutionären Volksmassen und mit der Unterstützung aller Revolutionäre der Welt ihre Feinde besiegen.

Diese Kampfpraxis wird sie vereinen.

Sami Khaldun

(Referat, gehalten im Juni 1972)

ROTE ROBE

Die ROTE ROBE bringt zweimonatlich auf ca. 40-50 Seiten Beiträge zur materialistischen Kritik des bürgerlichen Rechts, Analysen zur Entwicklung des staatlichen Herrschaftsapparats, Berichte zu politischen Prozessen.

Aus dem Inhalt von Heft 5/72
-Araberhetze, Deportationen, Aufrüstung, Bericht und Dokumentation über die Ereignisse seit dem Massaker in München
-Ausweisung: "Arbeitspolitisch untragbar

Aus dem Inhalt des Heft 6/72
- Die Bourgeoisie reformiert die Hochschule: Polizei und Hausverbote
- Vietnamkrieg und Völkerrecht

ROTE ROBE 1/73
erscheint demnächst

Einzelheft DM 1.50 Jahresabonnement DM 8.- plus Porto
Probeheft anfordern !
ROTE ROBE-Verlag
69 Heidelberg Werrgasse 7, Tel. 06221/43863

Rechtshilfefonds
VOLKSBANK HEIDELBERG 9980

Die FPDLP zu den letzten Verhaftungen in Israel:

ERKLÄRUNG DER DEMOKRATISCHEN VOLKSFRONT ZUM KAMPF DES "REVOLUTIONÄREN KOMMUNISTISCHEN BUNDES" IN ISRAEL UND ZUR AUFDECKUNG EINES ANGEBLICHEN SYRISCHEN SPIONAGERINGS

Seit den Aggressionen Israels im Jahre 1967 sind sich weite Kreise der Öffentlichkeit der westlichen Länder des rassistischen und repressiven Wesens des Staates Israel bewußt geworden. Der Expansionsdrang Israels, der sich aus dem aggressiven Charakter des Staates und der internationalen zionistischen Bewegung herleitet ist auch diesen Kreisen immer klarer erkennbar geworden.
Heute unterstützen alle freien Völker und alle diejenigen, die für ihre Freiheit kämpfen, die Sache des von seinem Land vertriebenen palästinensischen Volkes und seinen Kampf um die Rückkehr in die besetzten Gebiete. Selbst einige Teile der israelischen Öffentlichkeit, haben begonnen, diesen Kampf anzuerkennen und zu unterstützen. Diese Entwicklung hat die Kräfte gestärkt, die gegen den Zionismus und den rassistischen, faschistischen Staat, sowie gegen jegliche Form der Unterdrückung des palästinensischen Volkes innerhalb und außerhalb Palästinas kämpfen.
Seit einiger Zeit schon fordern gewisse demokratische und sozialistische Kräfte in Israel selbst, daß die Rechte des palästinensischen Volkes anerkannt werden und daß die von der Besatzungsmacht konfiszierten Gebiete zurückgegeben werden.
Diese Forderungen erregen bei der israelischen Regierung große Sorge, weil sie fürchten mußte, daß auch die israelischen Juden den Kampf gegen die nationale Unterdrükkung der Palästinenser und gegen den rassistischen und aggressiven Staat Israel aufnehmen könnten.
Die zionistische Regierung hat gegenüber der arabischen Bevölkerung alle Formen von Einschüchterung und Unterdrückung angewandt: Sie hat sie von ihren Ländereien vertrieben, sie hat Felder mit der Ernte verbrannt, Häuser gesprengt. Aber dieser Terror hat das Volk nicht von seinem Kampf für Freiheit aufhalten können. Vor einigen Wochen wurden daher die israelischen Machthaber in Sorge und Schrecken versetzt, als die Dörfer von Galiläa mit Flugblättern überschwemmt wurden, Flugblätter die sich an die Bevölkerung des Gebietes wandten und sie für die Rückeroberung der von den Zionisten konfiszierten Ländereien und die Rückkehr der Bauern in ihre Dörfer mobilisierten.
Diese breitangelegte Aktivität wurde von internationalistischen Kämpfern des "REVOLUTIONÄREN KOMMUNISTISCHEN BUNDES" von Galiläa geführt. Ihre Arbeit konnte eine Reihe linker Kräfte, demokratischer und revolutionärer Juden für sich gewinnen und ihnen helfen, sich von der Herrschaft der zionistischen Expansionsideologie zu befreien und den Kampf des palästinensischen Volkes zu stärken. Das hatte zur Folge, daß die israelische Regierung falsche Beschuldigungen von Spionage gegen einige aktive Genossen in die Welt setzte, um ihre Diffamierungs- und Rachekampagnen zu rechtfertigen, mit der sie die Gruppe zerschlagen wollte.
Die zionistischen Behörden sahen sich in ihren Erklärungen gezwungen, zuzugeben, daß die Gefahr, die von diesem angeblichen Spionagenetz ausging, in den politischen und ideologischen Positionen seiner Mitglieder bestand. Die zionistischen Behörden konnten die Existenz dieses Spionagenetzes nicht beweisen, selbst nicht unter Anwendung aller Arten von Folter und Einschüchterungen gegenüber den gefangengenommenen Genossen.
Wir begrüßen den Kampf der arabischen und jüdischen Genossen in Palästina für die Zerschlagung des rassistischen und expansionistischen Staates Israel, dieser Vorhut des Imperialismus im Nahen Osten, und für die Errichtung eines demokratischen Staates Palästina.
Wir wenden uns an alle sozialistischen und demokratischen Kräfte in der Welt: setzt Euch mit aller Kraft dafür ein, daß die gefangenen Genossen wieder freigelassen werden. Diese mehr als 40 Revolutionäre haben sich nur eines Verbrechens schuldig gemacht: sie haben entschlossen den zionistischen und imperialistischen Kräf-

→

ten Widerstand geleistet und haben die Rechte der Völker auf freie Selbstbestimmung verteidigt.

ES LEBE DER KAMPF DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES FÜR DIE RÜCKEROBERUNG SEINER FREIHEIT UND SEINES LANDES.!

ES LEBE DER GEMEINSAME KAMPF GEGEN DEN RASSISTISCHEN UND ZIONISTISCHEN STAAT, DEN STÜTZPUNKT DES IMPERIALISMUS.!

ES LEBE DER KAMPF ALLER VÖLKER DER WELT FÜR BROT, ARBEIT UND SOZIALEN FORTSCHRITT !

NEUES ROTES FORUM

Sondernummer

INHALT

DAS PROGRAMM DER WESTDEUTSCHEN KOMMUNISTEN
Stellungnahme der Programmkommission der Kommuniqué-organisationen

1. Noch einmal unsere Auffassung zum Parteiaufbau

2. Kritik falscher Linien in der Programmdiskussion
2.1. Die Liquidatoren
2.2. Die Schematiker (KPD/ML - Rote Fahne)
2.3. Die Richtung der programmatischen Beliebigkeit: "KPD"
2.4. Parteigründer auf Pump: KPD/ML(Roter Morgen)
2.5. Verwechslung von programmatischen und taktischen Fragen
2.6. Die Erhebung einer rechtsopportunistischen Praxis zum Programm: KB - Nord

3. Welche Grundlagen haben wir für die gemeinsame Programmarbeit geschaffen?

4. Aufbau und Bestandteile des Programms
4.1. Unsere Vorbilder
4.2. Westdeutschland ist ein imperialistisches Land
4.3. Die Entwicklung des Kapitalismus und die Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft in Klassen
4.4. Der proletarische Klassenkampf
4.5. Die Aufgaben der Kommunisten
4.6. Exkurs: Wie wird die neue Mittelklasse im Programm berücksichtigt?
4.7. Der Imperialismus
4.8. Die Ära der proletarischen Revolution
4.9. Der Kampf gegen den Opportunismus
4.10. Die demokratischen Forderungen
4.11. Wirtschaftliche Forderungen für die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen

5. Aufbau der Organisation und das Programm der Kommunisten

Bestellungen an Dietrich Hildebrandt, 69 Heidelberg, Postfach 834

ALLE DEMOKRATIE DEM VOLK ALLE OPFER FÜR DAS VATERLAND

DIE FORTSCHRITTLICHEN STUDENTEN IN ÄGYPTEN SETZEN DEN KAMPF GEGEN DIE KAPITULATIONSPOLITIK DES REGIMES FORT

Die Krise der ägyptischen Bourgeoisie verschärft sich von Tag zu Tag. Gleichzeitig wächst die Kraft und die Massenbasis der revolutionären Kräfte. Das ist die Tendenz, die die letzte Konfrontation zwischen dem Regime und den fortschrittlichen Studenten erneut bestätigt hat.

Seit dem Studentenaufstand vom Januar 1972 ergreift die national-demokratische Bewegung des ägyptischen Volkes immer breitere Massen. Die Forderungen, mit denen die Studenten damals den Kampfwillen des Volkes artikulierten, hallten das ganze Jahr hindurch im ganzen Land nach. Mit jenen Forderungen, einem beinah geschlossenen politischen Programm (vgl. Die Front Nr.2), hatten die fortschrittlichen ägyptischen Studenten den Platz des passiven Zuschauers verlassen und dem nach der Niederlage von 1967 eingeschlagenen Kapitulationskurs des Regimes die revolutionäre Alternative entgegengehalten. Damit traten sie in die revolutionäre Aktion ein, die mit dem Arbeiteraufstand vom November 1971 in Heluan machtvoll eingeleitet worden war.

Nichts muß das Regime so befürchten wie gerade die gemeinsame revolutionäre Aktion der Arbeiter und Studenten. Obwohl die Arbeiter nicht aktiv an der Vorbereitung des Januaraufstandes der Studenten beteiligt waren, ließ ihre Solidarität nicht lange auf sich warten. Die Aktionen der Arbeiter und Studenten waren so machtvoll, daß selbst Liberale und sonst regimetreue Kräfte (Gewerkschaftsführung, Berufsverbände, Universitätsprofessoren etc.) sich dem Druck des Regimes nicht zu beugen wagten, das gerade diese Kräfte gegen die Bewegung mobilisieren wollte. Die Ereignisse und Entwicklungen nach dem Januaraufstand markieren einen konsequenten und unaufhaltsamen Vormarsch der nationaldemokratischen Bewegung :

1. Das Regime wurde unter dem Druck der Volksmassen gezwungen, alle verhafteten Studenten freizulassen und alle gegen sie bereits eingeleiteten gerichtlichen Verfahren einzustellen..
2. Nach der Schließung der Universitäten strömten die Flugblätter, zur Überraschung des Regimes, aus den Industriebetrieben. Alle Versuche des Regimes, die Wiederherstellung der revolutionären Arbeiter-und Studentenfront zu verhindern, waren endgültig gescheitert.
3. Im Sommer kam es in Schubralcheimah (Industrieviertel in Kairo) zu einer gewaltigen Arbeiterdemonstration, in der der Wagen des Ministerpräsidenten Sidki mit Steinen beworfen wurde. Sidki selbst wurde gezwungen, aus dem Wagen auszusteigen und den Arbeitern Rede und Antwort zu stehen
4. Die Studenten gingen während der Ferien in die Landbevölkerung und trugen ihre revolutionären Forderungen in die breitesten Volksmassen hinein.
5. Die Führungskräfte der Studentenbewegung trieben den Organisierungsprozess innerhalb und außerhalb der Universität voran. Sie zogen die Lehren aus dem Aufstand, vertieften die Verbindung mit der Arbeiterklasse und führten zahlreiche Diskussionen mit demokratischen Kräften (Schriftstellern, Journalisten, Gewerkschaften etc.), um für die Bewegung eine Unterstützung auf breiter Massenbasis zu gewinnen.
6. Unmittelbar nach Wiederaufnahme des Lehrbetriebes verwandelten sich die Universitäten in politische Diskussions-und Agitationszentren. Allen Bestimmungen und Kontrollorganen der Ausnahmegesetzes und des universitären Ordnungsdienstes zum Trotz wurden täglich Diskussionsveranstaltungen und Kongresse ab-

gehalten und zahlreiche Wandzeitungen herausgegeben, in denen in vollständiger Freiheit die Probleme des Volkes und die nationale Frage diskutiert und die Kapitulationspolitik des Regimes kritisiert und entlarvt wurden.

Das Regime wurde in der Universität faktisch entmachtet. Seine Anstrengungen richteten sich darauf:

1. Mit Hilfe von "opportunistischen "linken" Elementen die konsequente revolutionäre Front innerhalb der Bewegung zu desorientieren und zu spalten.
2. Die Rechten, vor allem die faschistischen Moslembrüder zu mobilisieren und gegen die Bewegung von innen einzusetzen. Sie traten in Schlägertrupps auf, rissen Wandzeitungen ab und versuchten die Diskussionen zu sprengen.
3. Die ganze Bewegung außerhalb der Universität zu isolieren und jede Meldung über sie in der Presse zu untersagen.
4. Die politische Diskussion im Volk selbst durch künstlich inszenierte und von den Moslembrüdern angestachelte konfessionelle Auseinandersetzungen abzulenken, die auch zugleich dem Regime den Vorwand für den Einsatz von Gewalt gegen "alle", die den "Zusammenhalt der inneren Front gefährden", liefern sollten.
5. Eine Spezialtruppe "zur Bekämpfung von Unruhen" aufzubauen, die der Stärke der Bewegung innerhalb und außerhalb der Universität gewachsen ist. Der Beginn des laufenden Studienjahres wurde mehrmals verschoben, bis der Aufbau dieser Truppe abgeschlossen war.

Die letzte Rede Sadats, in der er zum hunderstenmal den unmittelbar bevorstehenden Befreiungskrieg ankündigte, vermochte wohl niemanden über die wirkliche Kapitulationspolitik des Regimes hinwegzutäuschen. Die Krise des Regimes auf dem bis jetzt noch blockierten Weg der "friedlichen Lösung" sowie seine nicht mehr zu verschleierden widersprüche sind so offenkundig geworden, daß er sich mit seiner wütenden Verleumdungskampagne gegen die fortschrittlichen Studenten in noch mehr Widersprüche verwickelte.

So lief die Terror-und Verhaftungswelle gegen die demokratischen Kräfte unmittelbar nach der feierlichen Erklärung Sadats vor dem "Volksrat" (Parlament) an, in der er meinte, daß "noch mehr Freiheit die einzige Garantie für die Freiheit sei".
Der reaktionäre Charakter des Regimes kommt schon in der wichtigsten und am lautesten propagierten Anklage gegen die verhafteten Studenten zum Ausdruck, sie hätten mit "universitätsfremden Elementen" zusammengearbeitet. Man weiß eigentlich nicht, nach welcher Rechtsordnung in der ganzen Welt eine solche "Zusammenarbeit" strafbar wäre. Das Regime hat, nachdem die Studentenbewegung auf die Straße gegangen und nicht mehr zu verheimlichen war, eine eiserne Nachrichtensperre über die Forderungen der Studenten verhängt und das Volk mit hohlen verleumderischen Phrasen überhäuft, für die es keinen einzigen Beweis liefern kann. Um diese Sperre zu vervollständigen, wurden die Verteidiger der Verhafteten von den Verhören ausgeschlossen. Die Gerichtsverhandlungen werden unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Der gesamten Presse wurde untersagt, eine Erklärung des Journalistenverbandes zu veröffentlichen, in der sich die Journalisten mit den fortschrittlichen Studenten solidarisierten und die Aufhebung der Pressezensur forderten. Ein Journalist, der auf einer Studentenversammlung gesprochen hatte, wurde verhaftet.
Das alles bringt nur die Krise und die politische Ohnmacht des Regimes gegenüber der wachsenden nationaldemokratischen Bewegung des Volkes zum Ausdruck.
Auf die Frage der fortschrittlichen Studenten, wie die Entscheidung für den Befreiungskrieg ausgefallen sei, wenn in der Tat ein Zugeständnis nach dem anderen an die Imperialisten und an Israel gemacht und von den Großmächten eine "Initiative" nach der anderen erbettelt wird, wie die "Vorbereitung der inneren Front auf die Schlacht" erfolgen soll, wenn in der Tat dem Volk systematisch jede Möglichkeit genommen wird, sich für den Kampf zu organisieren und zu bewaffnen, wie eine Kriegswirtschaft betrieben werden soll, wenn die Produktion von Luxusgütern für die Bourgeoisie und die oberen Beamten und Offiziere nach wie vor den größten Teil der Investitionen verschlingt, wie die Regierung am Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes festhalten soll, wenn dieses Recht in der Tat schon mit der Zustimmung zur Resolution des Weltsicherheitsrates und zum Roger-Plan mit Füßen getreten worden ist, wie die Interessen des Imperialismus "zerstört" werden sollen, wenn in der Tat ein Geschäft nach dem anderen mit den amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten abgeschlossen und die früheren Gestze (aus den Friedenszeiten) zur Einschränkung der ausländischen Kapitalinvestitionen fast vollständig aufgehoben worden sind, wie die Mobilisierung der gesamten arabischen Welt für den Kampf gegen Israel und den US-Imperialismus aussehen soll, wenn die Beziehungen gerade mit den Marionettenregimes des US-Imperialismus immer tiefer und "herzlicher" werden; auf alle diesen politischen Fragen weiß das Regime keine politische Antwort, sondern nur die Antwort der Polizeigewalt und des offenen Terrors. Mit dieser Antwort entlarvt sich das Regime noch offener, als es die Fragen selbst vermocht hätten.

Tatsächlich hat die nervöse Reaktion des Regimes und die hohlen Phrasen aus dem Munde Sadats den Massen die Augen noch weiter geöffnet. Für die Massen genügte schon die Nachricht von der Schließung aller Universitäten und Hochschulen, um die Äußerung Sadats, daß es sich

um nicht mehr als 70 Studenten handle, während die übrigen 250 000 ägyptischen Studenten mit der Bewegung nicht zu tun hätten, als Lüge zu entlarven.

Ein Versuch des Regimes, nachträglich die Forderungen der Studenten gegenstandslos zu machen, kam einer Bankrotterklärung gleich. Es wurden überall im ganzen Land in aller Eile sogenannte "Komitees für die Schlacht" gebildet, die-bzw. deren Leitung-identisch sind mit der jeweiligen Verwaltungsbürokratie. (dem Rektorat in der Univ., dem Dekanat in der Fakultät, dem Gouverneur in der Provinz, dem Verwaltungsrat im Betrieb usw). Es genügt schon der Anblick dieser dickbäuchigen Gestalten, die das Volk in die Schlacht führen sollen, um das volle Ausmaß dieses Bankrotts zu überblicken.

Mit diesen "Komitees" ist der Bankrott des Regimes vor den Augen des ganzen Volkes leibhaftig geworden. Sie haben den Forderungen der Studenten nicht den Boden entzogen, sondern eher den Weg in das Bewußtsein der breitesten Volksmassen geebnet. Die Verhaftung von fortschrittlichen Studenten, Arbeitern Journalisten, Schriftstellern und anderen (ihre Zahl ist inzwischen auf 150 gestiegen) kann die national-demokratische Bewegung auf ihrem heutigen Entwicklungsstand nicht mehr schwächen, sondern eher stärken. Gerade dieser offene Terror wird eine breite Solodarität entstehen lassen. Diese Bewegung verwandelt sich immer mehr von einer Bewegung von lokalen Avantgarden in eine Massenbewegung. Die fortschrittlichen Studenten sind also nicht nur in ihrem politischen Selbstverständnis, sondern auch auf Grund der objektiven Verankerung ihrer Bewegung im Volk ein Teil dieser Massenbewegung.

Deshalb sind ihre Forderungen lauter als die ohrenbetäubende Verleumdungskampagne des Regimes und machtvoller als sein ganzer Unterdrückungsapparat.

DOKUMENTE

Aufruf an alle nationalen fortschrittlichen Kräfte

Die national-demokratische Bewegung, insbesondere ihr studentischer Flügel, ist heute einer maßlosen polizeilichen Repression der staatlichen Organe ausgesetzt. Im Morgengrauen des Freitags, 29.12.1972, sind die besten Kräfte der studentischen, national-demokratischen Bwegung in sämtlichen ägyptischen Universitäten verhaftet worden. Sie sind während des Studentenaufstandes vom Januar 1972 hervorgetreten und haben mit ihrem täglichen Kampf die offene Kapitulation des Regimes vor den Feinden des ägyptischen Volkes, dem US-Imperialismus und Israel, abgelehnt. Sie haben die Ablehnung der Politik, die das ägyptische Volk vom Kampf um die Verteidigung seiner elementaren Rechte abhält, zum Ausdruck gebracht.

Die polizeiliche Kampagne bestätigt, daß das Regime die Freiheiten ablehnt, die von den demokratischen Kräften, insbesondere von ihrem studentischen Flügel, gefordert, und der Polizeidiktatur des Regimes entgegengehalten worden sind. Die Antwort des Regimes auf diese Forderungen war eine Reihe von Versuchen, diese Bewegung in den Reihen der Studenten zu zerstören. Das Regime mobilisierte seine Agenten in der Universität, um gegen die demokratischen Kräfte mit terroristischen Methoden vorzugehen, die von allen fortschrittlichen Studenten verworfen worden sind. Nachdem diese vom Regime finanzierten und unterstützten Elemente entlarvt worden sind, setzt das Regime nun die direkte Unterdrückungsgewalt ein, um die national-demokratische Bewegung zu liquidieren und ihre führenden Kräfte in der Universität auszuschalten.

Heute, am ersten Jahrestag des Januaraufstandes von 1972, startet das Regime seine Unterdrückungskampagne, um erneut seine offene Feindschaft gegenüber den demokratischen Freiheiten und allen national-demokratischen Kräften zu bestätigen. Das ständige Gerede des Regimes und seiner Handlangerinstitutionen über demokratische Freiheiten ist nichts anderes als ein fauler Täuschungsversuch, der die wirkliche Diktatur verbergen soll.
Diese Kampagne wird uns nicht einschüchtern, welche Ausmaße sie auch immer annimmt. Sie wird nur unsere Entschlossenheit stärken, den Kampf gegen die Kapitulationspolitik des Regimes und gegen seine Verbindungen mit der arabischen Reaktion, für die demokratischen Freiheiten und für das Selbstbestimmungsrecht des ägyptischen Volkes weiterführen.

Wir fordern :

1. Die sofortige Freilassung aller verhafteten Studenten
2. Die Ablehnung aller Kapitukationslösungen
3. Das Recht des Volkes, aus eigener Initiative bewaffnete Volkskomitees zu bilden, die die Verteidigung des Landes übernehmen.
4. Den Abbruch aller Beziehungen zur arabischen Reaktion, die als Wachhunh für die amerikanischen Interessen im Nahen Osten fungiert.
5. Unser Recht auf die Freiheit der Meinung, der Rede, der Veröffentlichung und der Versammlung ohne jede Kontrolle durch die polizeilichen Staatsorgane u.ä.
6. Aufhebung der staatlichen Kontrolle über die Gewerkschaften, Verbände und Vereine.
7. Unser uneingeschränktes Recht auf die Herausgabe von Wandzeitungen und die Organisierung von Diskussionsveranstaltungen und Kongressen, ohne jegliche polo-

zeiliche oder administrative Einmischung.

Kommilitonen !
Wir müssen dem Angriff mit Entschlossenheit entgegentreten!
Wir müssen als ein Teil der nationalen Bewegung unsere Aufgaben wahrnehmen, trotz der Abwesenheit unserer Kommilitonen in Konzentrationslagern und Gefängnissen.

Unsere Fahne ist nicht gefallen. Sie wird in den Händen aller Studenten weiterwehen, trotz der Unterdrückung und des Terrors. Mit ihr werden wir den Weg weitergehen, auf den wir seit dem Januaraufstand unseren Fuß gesetzt haben.
Alle Demokratie dem Volk!
Alle Opfer für das Vaterland!
Es lebe die Einheit der fortschrittlichen Studentenbewegung!

Resolution des Studentenkongresses vom 1.1.1973

Die Verhaftung der patriotischen Studenten und der anderen fortschrittlichen Kräfte wie Schriftsteller, Rechtsanwälte, Journalisten, ist die Fortsetzung der Politik des Regimes, die auf die Liquidierung der politischen Freiheiten in Ägypten abzielt. Während das Schweigen der Gewehre andauert, richten die Machthaber ihre Anstrengungen auf das Erbetteln der Kapitulationslösungen von der UNO usw. Die Resolution des Weltsicherheitsrates, der Rogers Plan, der Waffenstillstand, die ägyptische Initiative und die Resolution der letzten UNO-Vollversammlung bilden alle eine zunehmende Kette von Zugeständnissen an den Imperialismus. Wenn die nationale Bewegung diese Zugeständnisse ablehnt und die Mobilisierung für den Kampf fordert, entlarvt sich das Regime, das sich dem Feind gegenüber wie ein friedfertiges Schaf verhält, indem es die Methoden der Unterdrückung und Bevormundung gegen die Massen einsetzt. Schließlich stellen die letzten Verhaftungen von Studenten und anderen fortschrittlichen Kräften einen Höhepunkt in der feindlichen Politik des Regimes gegenüber der nationalen Bewegung des ganzen ägyptischen Volkes dar.
Die am 1.1.1973 in der Nasser-Aula versammelten Studenten sehen in dem Schlag gegen die Demokratie in der Universität einen Schritt zur Zerschlagung der nationalen Bewegung des ganzen ägyptischen Volkes. Sie fordern:

1. Die sofortige Freilassung aller verhafteten Patrioten, seien sie Universitätsangehörige oder andere, die Veröffentlichung aller Untersuchungsergebnisse, die Gewährung des vollen Rechtsschutzes für alle Verhafteten.
2. Wir wiederholen unsere Forderungen, die in der Charta vom Januar enthalten sind (Ablehnung aller Kapitulationslösungen, Mobilisierung des Volkes für den Kampf, eine wirkliche Kriegswirtschaft, die Unterstützung der palästinensischen Revolution, die demokratischen Freiheiten für die Massen und ihre Organisationen.)
3. Wir fordern unser Recht auf die Gründung von unabhängigen Jugendorganisationen außerhalb der Generalunion der Studenten ohne jede Kontrolle durch die staaatlichen Organe.
   Wir rufen die Massen auf, Komitees zur Verteidigung der Demokratie zu bilden.
4. Wir lehnen die Terrorisierung der nationalen Bewegung des Volkes ab:
   a) Die disziplinaren Ordnungsausschüsse in den politischen Angelegenheiten
   b) Die willkürlichen Verhaftungen
5. Wir lehnen die Gesetze ab, die gegen die demokratischen Freiheiten gerichtet sind und fordern ihre Abänderung.
   a) Die Ausnahme-und Notstandsgesetze
   b) Gesetz zur nationalen Einheit
   c) Die Universitätssatzung und die Satzung der Studenten-Union
6. Aufhebung der Pressezensur und ihre Beschränkung auf militärische Information
7. Die Auflösung der Polizeibüros in der Universität.

Die Erkämpfung unseres Rechts auf die Bildung von Massenorganisationen und auf die Durchführung von demokratischen Diskussionen über die nationalen Probleme, über die Befreiung des Vaterlandes und über den Fortschritt, der von den Söhnen Ägyptens aufgebaut wird, ist der Weg zur wirklichen nationalen Einheit.

darmstädter studenten zeitung

Nr. 130
Nr. 131

ZUR PALÄSTINAFRAGE

Anschrift von Redaktion und Verlag:
61 Darmstadt, Hochschulstraße 1,

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG PALÄSTINAS 1930—1945

1. DIE EINWANDERUNG

Der industrielle Aufschwung des britischen Mandatsgebietes Palästinas ist auf die verstärkte Einwanderung von Juden in den Jahren 1933 - 39 besonders aus Zentraleuropa zurückzuführen. Waren vorher vor allen Dingen mittellose Juden eingewandert, die nur ihre Arbeitskraft besaßen, so strömten nun, nach der Machtergreifung der Nazis 1933, sehr viele Juden, die privates Kapital zur Verfügung hatten, in Palästina ein. Die Einwandererverordnung der britischen Verwaltung teilte die Einwanderer in vier Kategorien auf:

Kategorie A: Personen, die über eigene Mittel verfügen (mehr als L1,000), genannt "Kapitalist"

Kategorie B: Studenten, Waise, deren Unterhalt gesichert ist.

Kategorie C: Personen, die eine sichere Aussicht auf Beschäftigung haben nach dem "Arbeitsbedarfsplan", "Arbeiter".

Kategorie D: Abhängige der o.g. Kategorien,

In den Jahren 1930 -33 betrug die Zahl der unter Kategorie C einwandernden 17,545, der unter Kategorie A 4,825 Von 1934 bis 36 kamen 32,516 Personen unter Kat. C, 15,695 unter Kat. A. In den Jahren 1937 - 39 war die Zahl der Einwanderer beider Kategorien gleich. Während des Zeitraums 1930 bis 39 ließen sich ungefähr 216,000 Juden in Palästina nieder (1), während diese Zahl für den Zeitraum 1920 -29 75,829 betrug (2).

Am Ende des Jahres 1931 zählte die Bevölkerung von Palästina gemäß einer Volkszählung 1,033,314 Einwohner, davon 174,606 Juden, was ungefähr ein Sechstel war. Ende 1939 wohnten 445,457 Juden in Palästina bei einer Bevölkerung von 1,501,698 , was nahe ein Drittel ausmachte (3).

2. DIE INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG

A. Periode 1930 -1939

Nach Schätzungen wurden zwischen 1933-39 L 63,000,000 jüdisches Kapital nach Palästina importiert (4). Im selben Zeitraum wanderten 23,287 Juden mit mehr als L1,000 Kapital in Palästina ein (5). Große Beträge hiervon wurden in der Industrie investiert, und schufen so viele neue Arbeitsplätze. Der größte Teil dieses Kapitals wurde von Einwanderern aus Deutschland und der Tschechoslowakei eingeführt, die auch Geschäftserfahrungen besaßen. Zugleich mit den kapitalkräftigen Einwanderern erhöhte sic der Anteil der einwandernden Facharbeiter auf dem Gebie der Metall-, Textil- und Chemieherstellung, und der Architekten und Ingenieure.

Als Folge setzte ein industrielle Diversifizierung ein, und die Produktion umfaßte nun Nahrungsmittel, Textilien, M tallwaren, Industrieausstattungen, Holzprodukte, Lederwaren, Druck- und Papiererzeugnisse und elekrische Ware Eine Erhebung der Jewish Agenca Ende 1936 zeigte 5,606 jüdische Betriebe auf, sowohl industrielle als auch handwe liche. Von diesen beschäftigten 540 zehn oder mehr Arbeiter, es gab 1,016 Werkstätten mit fünf oder mehr Arbe tern, und 4,050 Ateliers mit dem Besitzer als einzigem A beiter.(7). Der Wert der industriellen jüdischen Produktic betrug 1929 L 2,510,000, im Jahre 1933 L 5,352,000 und 1937 L 9,109,000 (8).

Dem massiven Kapitalaufwand und dem Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte konnten die Araber aus verschiedene Gründen nichts gleichwertiges entgegensetzen. Zum einer war die arabische Gesellschaft agrar-feudal und ohne Unte nehmerschicht. An der Spitze der arabischen Gesellschaft befand sich die zahlenmäßig geringe Schicht der "Effendis", der Eigentümer, die von ihren Gütern abwesend lebten, und deren Hauptfunktion im Verpachten und der Kreditvergabe lag . Mit ihnen war liiert die zahlenmäßig ebe falls geringe städtische Elite der Anwälte, Ärzte und Architekten. (9). Die Masse der Bevölkerung lebte auf dem Lande. 1931, mit dem Beginn der rapid ansteigenden Kapitaleinwanderung ,lebten 75,2 % der arabischen Bevölke rung auf dem Lande; 1942 machte die Landbevölkerung in noch 72,8 % aus(10). Diese Fellachen waren aus mehrere Gründen nicht in der Lage, den Boden produktiv zu nützen: a) im Musha-System, einem Pachtsystem im Dorfrahmen, wurden die Landanteile des Einzelnen alle zwei Jah

re neu verteilt. b) der Fellache war stark verschuldet aufgrund des dauernd steigenden hohen Zinsbetrages, was durch Heuschreckenschwärme, Dürre bedingte Mißernten und die niedrigen Preise für Agrarprodukte noch verschlimmert wurde. c) Das Steuersystem benachteiligte den Landbewohner gegenüber dem Stadtbewohner (Landsteuer etc.) (11). Im Gegensatz dazu verringert sich der Anteil der jüdischen Bevölkerung, die in einer arbeitsintensiven, industrialisierten Landwirtschaft tätig war, ständig (1939: 26-28 %, 1942: 21,6 %) (12).
Zum anderen wurden die Araber vom Aufschwung der jüdischen Wirtschaft ferngehalten. Vor allem die Einwanderer der zweiten Aliya, ausgelöst 1903 - 1905 durch in Rußland wütende Pogrome, bestimmte das zukünftige Verhältnis zu den Arabern. Sie gaben die Losung "Eroberung der Arbeit" aus, und das Prinzip, daß "Palästina durch jüdischen Schweiß" aufgebaut werden müsse (13). Die Zionisten riefen die Boykott arabischer Arbeitskräfte in Landwirtschaft und Industrie und den Boykott arabischer Produkte auf dem jüdischen Markt aus. Es mag zu Beginn des Aufbaus der jungen jüdischen Industrie im Sinne einer kapitalistischen Entwicklung logisch erschienen haben, sie als jüdische zu schaffen, indem man die doppelte Konkurrenz - die des höher bezahlten jüdischen Arbeiters mit dem niedererbezahlten Araber und die der billigeren arabischen Produkte- ihr fernhielt(14), spätestens jedoch bei der Hochkonjunktur in den Mittdreißigern wurde die Tendenz klar, die Araber vollständig aus dem wirtschaftlichen Leben Palästines auszuschließen, sie nicht einmal auszubeuten, sondern ihnen jegliche Existenzsgrundlage zu nehmen. Gegen diese Tendenz vermochten es die Araber nicht, wirksam anzugehen. Im Jahre 1935 z.B. wurden nur 6,5,% der Investitionen von der arabischen Industrie getätigt (15), einer aus den Kleinateliers hervorgegangenen Kleinindustrie, die, wie im Falle der alteingesessenen Seifenindustrie in Nablus, erhebliche Einbußen aufgrund der industriellen Entwicklung sowohl der Juden als auch der Ägypter erlitt (16). Dies hinderte die Zionisten aber nicht, mit den Arabern in wirtschaftlichen Kontakt zu treten, wo dies für die reibungslose, schnelle Entwicklung erforderlich, wie z.B. auf dem Bausektor. Der Bausektor stellte zu dieser Zeit, neben Landwirtschaft, die wichtigste Einzelbeschäftigung dar. In der Herstellung von Baumaterial hatten die Araber ein Monopol, da sie die Steinbrüche besaßen, die Steine bearbeiteten und auch den Kalk lieferten. Zwischen 1930 bis 1939 wurden über L 42,000,000 für Bauen in Palästina ausgegeben. Die Investitionen in der Bauindustrie expandierten mit der jüdischen Einwanderung. 1929 belief sich der Betrag auf nur L 700,000,000 ; 1930 stieg er bereits auf L 2,500,000, und einen Höhepunkt erreichten diese Ausgaben mit L 8,500,000 im Jahre 1935. In den fünf Jahren 1933-37, Jahren großer jüdischer Einwanderung, betrugen diese Investitionen über L 30,000,000. Die Beschränkung der jüdischen Einwanderung nach 1936 führte zu einer Abnahme, und im Jahre 1939 kamen die Investitionen nur auf L1,800,000. (17) Von diesem Sektor profitierten also auch die Araber, aber er reichte bei weitem nicht aus, die Araber auf wirtschaftlichem Gebiet beträchtlich aufholen zu lassen, ihnen eine Chance zu geben, wirtschaftlich ebenbürtig zu werden.

B. Periode 1940 - 1945

Der Beginn des 2. Weltkrieges löste mit einem Schlag die wirtschaftlichen Probleme, die sich aus den Beschränkungen des Weißbuches 1939 ergeben hatten. Palästina wurde die wirtschaftliche Basis Großbritanniens für den Kriegsschauplatz im Nahen Osten. Die Militärausgaben der britischen Streikräfte in Palästina werden für die Periode 1939-1944 auf L 113,000,000 geschätzt (18). Da die Handelswege aufgrund der Kriegslage unterbrochen waren, förderte Großbritannien die lokale Produktion. Die Industrie nahm einen ungeheuren Aufschwung. Während die industrielle jüdische Produktion 1937 L 9,000,000 betrug, kam sie 1942 auf L 20,000,000 (19). Die Zahl der jüdischen Betriebe vermehrte sich um 400 , und brachte ihre Gesamtzahl auf 6,000. Deutlicher läßt sich dieses Wachstum an der Zahl der Arbeiter ablesen. Im Jahre 1936 waren ungefähr 30,000 jüdische Arbeiter in Industrie und Handwerk beschäftigt. 1943 wurde ihre Zahl auf 61,000 geschätzt, von denen 46,000 in größeren Industriebetrieben arbeiteten und 15,000 in Werkstätten (20). Die Industrie, die während der Dreißigerjahre meist Kleinindustrie war und Komplementär zur britischen- viele britischen Fertigwaren wurden eingeführt-, verlagerte sich nun zur Schwerindustrie: Werften, Stahlwerke und hochmoderne Textilfabriken entstanden. Flüchtlinge aus Holland, Belgien und Deutschland (Idar-Oberstein) begründeten die Diamantschleiferei, die heute 6,1 % des Bruttosozialprodukts Israels produziert (21). Mit anderen Worten, die jüdische Industrie löste sich aus der Abhängigkeit der britischen Metropole und wurde selbständig.
Die arabische Wirtschaft befand sich ebenfalls in rapidem Wachstum. Die Landwirtschaft wurde intensiviert, und die Zahl der arabischen Betriebe, wenn auch noch sehr klein, war im Wachsen begriffen (22), aber dies war im ganzen gesehen eine marginale Erscheinung, wie dies die Aussage des Vorsitzenden der Palästinakriegsbeschaffungsbehörde in einem Bericht vom April 1943 verdeutlichte: "Der jüdische Anteil sowohl in Investitionen als auch Produktion in der Industrie ist ungefähr 85%. Der jüdische Anteil an der industriellen Produktion für die Armee übersteigt jedoch 95%" (23).
Die Zahl der unterbezahlten arabischen Arbeitskräfte, besonders auf dem Bausektor, mochte dank der öffentlichen und militärischen Aufträge gestiegen sein. Das entscheidende war, daß die neue herrschende jüdische Wirtschaft eine Änderung der politischen Zustände nach sich führen mußte.

Die wirtschaftliche Hochkonjunktur des Krieges stattete den Yishuv mit seinem wirtschaftlichen Substrat aus; alle anderen Staatsmerkmale besaß er schon: Die Sprache, die

sozialen und kulturellen Institutionen, die Miliz, und eine Quasi-Regierung (24). Die Araber in Palästina besaßen dagegen faktisch keine Existenzgrundlage mehr. Es mag ihnen besser gegangen sein, als in den anderen arabischen Staaten, aber ökonomisch betrachtet, sah ihre Lage so aus, als ob sie in einem fremden Land lebten.

W.

Anmerkungen

Nach Angaben der Jewish Agency wurden im Jahre 1929 L 2,235,000 jüdisches Kapital investiert, im Jahre 1933 L 5,371,000 und 1937 L 11,637,000 (6).

(1) s. Palestine, A Study of Jewish, Arab and British Policies. Esco Foundation for Palestine, New Haven 1947, p. 675
(2) s. ibd. , p. 318
(3) s. ibd., p. 664
(4) s. Horowitz, D., Bermuda and Palestine, in: Palestine and the Middle East, May 1943, p. 84, in: Palestine, op. cit., p. 693
(5) Palestine, Department of Migration, Annual Report 1939 in : Palestine, op. cit., p. 693
(6) Horowitz, D., Industry in Palestine. Achievements and Possibilities, Economic Research Institute, Jewish Agency, Tel Aviv, 1941, in :Palestine, op. cit., p. 696
(7) Government of Palestine, Statistical Abstract of Palestine 1935- 37, pp. 162 ff., in: Palestine, op. cit., pp. 694/5
(8) Horowitz, D., Industry in Palestine, op. cit., p. cit., in: Palestine, op. cit., p. 696
(9) s. Weinstock, N., Le sionisme contre Israel, Paris 1969, pp. 163/4
(10) s. Palestine, op. cit., p. 1050
(11) s. ibid., p. 704 ff.
(12) s. ibid., p. 685 und 1050 resp.
(13) s. Swet, G., Russian Jews in Zionism and the Building of Palestine, New York 1966, p. 246
(14) s. Weinstock, op. cit., pp. 186-190
(15) s. ibid., p. 155
(16) s. Palestine, op. cit., p. 822
(17) s. ibid., p. 697
(18) s. Weinstock, op. cit., p. 209
(19) s. ibid. p. 209
(20) Palestine Review, January 1945, p. 63, in: Palestine, op. cit., p. 1053
(21) s. Lockwood, L. Imperialism and the Israeli Economy, 1971, p. 14
(22) s. Economist, June 12, 1943, in: Palestine, op. cit., pp. 1058
(23) Report on Palestine War Supply , April 23, 1943, Palestine War Supply Board, in: Palestine cit. op., p. 1053
(24) s. Weinstock , op. cit., p. 211

دار ابن خلدون

صدر عن الدار :

يعيش أهل بلدي (اشعار مصرية ثورية) أحمد فؤاد نجم
(غناء الشيخ امام)
- صوت نقمة الجماهير بعد هزيمة ٥ حزيران .
- عمل فني رائع خرج من صلب التحرك الجماهيري واندمج فيه (٤٠٠ ق.ل)

حقائق الصدام مع الحزب الشيوعي السوداني : حسين عبد الرازق (٢٠٠ ق.ل)

الإنتفاضة الطلابية في قصر (يناير ١٩٧٢)
الوثائق الكاملة للإنتفاضة الطلابية (٣٠٠ ق.ل)

نحن التوباماروس (تجربة حرب عصابات المدن في الأرغواي) (٥٠٠ ق.ل)
كتاب الفه الثوار بأنفسهم !! مع دراسة عنهم للكاتب اليساري : ريجيس دوبريه .

قضايا الخلاف في الحزب الشيوعي السوري
سجل ضخم يتضمن الوثائق الكاملة من المؤتمر الثالث حتى المجلس الوطني .
(٦٥٠ ق.ل)

اليمن : الدكتور محمد علي الشهاري
الثورة في الجنوب والإنتكاسة في الشمال . (٦٥٠ ق.ل)

مناقشات حول المجالس العمالية
غرامشي - تولياتي وعدد من العمال والنقابيين الايطاليين (٤٥٠ ق.ل)

شهدي عطية الشافعي
تطور الحركة الوطنية المصرية (١٨٨٢ — ١٩٥٦)

DIESE ARABISCHEN BÜCHER SIND ÜBER FOLGENDE BUCHHANDLUNG ZU BEZIEHEN

POLITISCHE BUCHHANDLUNG
Rupp – Grunow
Heidelberg, Untere Straße 9

ALLEINVERTRIEB ALLER PUBLIKATIONEN DER KG (NRF) UND KHG (NRF)
KEINE PRIVATEN PROFITE
GROSSES ZEITSCHRIFTENANGEBOT

ZUM ACHTEN JAHRESTAG DER AL FATAH

Vorbemerkung der Redaktion:

Mit den reaktionären Angriffen der westdeutschen Behörden gegen fortschrittliche palästinensische Arbeiter und Studenten und dem Verbot von GUPA und GUPS im vergangenen Jahr ist es arabischen Antiimperialisten in der BRD zunehmend schwierig, ihre politische Meinung in der westdeutschen Öffentlichkeit zu verbreiten. Einige palästinensische Studenten haben uns die folgende Erklärung zum 8. Jahrestag des bewaffneten Kampfes der Al-Fatah geschickt und gebeten, sie in der FRONT abzudrucken.

Aus Solidarität mit allen antiimperialistischen Kräften des palästinensischen Volkes sowie auf Grund unserer Einschätzung der historischen Verdienste der Al-Fatah drucken wir diese Erklärung trotz erheblicher Vorbehalte gegenüber der darin enthaltenen politischen Analyse ab. Wir hoffen damit einen Beitrag zur offenen demokratischen Diskussion, die die FPDLP mit den anderen Widerstandsorganisationen im revolutionären kritischen Geist immer geführt hat und noch führt, leisten zu können.
Unsere Vorbehalte beziehen sich in erster Linie auf die Darstellung der Al-Fatah als <u>die</u> palästinensische Revolution. Denn gerade auf diesem Verständnis beruht eine der großen Schwierigkeiten, die der Bildung einer festen, ihre Widersprüche und ihrer gemeinsamen Aufgaben bewußten Einheitsfront bis heute im Wege gestanden hat: Die Negierung der Klassen- und der ideologischen Widersprüche zwischen den Widerstandsorganisationen, die Darstellung des palästinensischen Volkes als in seiner Gesamtheit antizionistisch und folglich revolutionär und die Selbstdarstellung der Al-Fatah als Repräsentant dieses Volkes in seiner Gesamtheit. Daraus folgt das gefährliche Verständnis der Nationalen Einheit als "Einverleibung der anderern Widerstandsorganisationen in die AL-Fatah. Aus diesem Verständnis heraus wurde die FPDLP und alle anderen Widerstandsorganisationen eine Zeit lang von einigen Kräften der Al-Fatah als "Spalter"-Organisationen dargestellt und diffamiert. Die Niederlagen der Widerstandsbewegung in Jordanien wurde im Lichte dieser Theorie vielfach auf deren "Zersplitterung" zurückgeführt.

Dementsprechend lag auch der Politik der "Palästinisierung" der Revolution, die dem jordanischen Regime zur Vertiefung der Spaltung des palästinensisch-jordanischen Volkes verholfen hatte sowie der Politik der "Nichteinmischung" in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten die Mystifizierung des "palästinensischen Volkes" zugrunde, aus der Al-Fatah ihr Verständnis von der ebenso mystischen Nationalen Einheit und von sich selbst als deren Verkörperung ableitete.
Die nachfolgend abgedruckte Erklärung enthält bemerkenswerte Elemente der Kritik an der früheren Linie der Al-Fatah. Wenn auch diese Kritik im Widerspruch zur Darstellung der Al-Fatah steht, die den kritisierten Fehlern zugrunde gelegen hat, so drückt sie jedoch den seit dem September-Massaker vorangetriebenen Reifungsprozess innerhalb der Widerstandsbewegung aus. Außerdem enthält sie Ansätze der Erkenntnis von Klassenwidersprüchen, die in der Bestimmung des Widerspruches zur jordanischen Reaktion als Hauptwiderspruch und in der Forderung nach der Wiederherstellung der Einheit des palästinensisch-jordanischen Volkes zum Ausdruck kommen.
Es sind gerade die selbstkritischen und revolutionären Kräfte der Al-Fatah und aller anderen Widerstandsorganisationen, die im April 72 die Annahme des Programms der Nationalen Einheitsfront erkämpft haben und bis heute den Kampf für dessen Verwirklichung führen.
Wir hoffen, daß dieser Prozess der Kritik und Selbstkritik weitergeführt und vertieft wird.

Vor acht Jahren, am 1.1.1965, drangen die ersten palästinensischen Kommandos in die besetzten Gebiete ein und führten die erste Militäraktion aus. Man nahm den bewaffneten Kampf auf, weil man erkannt hatte, daß die Führer der arabischen Staaten nur großartige demagogische Reden hielten und niemals die Befreiung Palästinas wirklich beabsichtigten. Dies bestätigten ihre fortlaufenden Niederlagen gegen Israel: im arabisch-israelischen Krieg 48, im Sinai-Feldzug -56 und im Juni-Krieg -67. Den Palästinensern war nach den ersten zwei Niederlagen klar, daß die Befreiung Palästinas nur durch den bewaffneten revolutionären Kampf, durch den Volkskrieg, an dem sich alle revolutionären Kräfte im arabischen Raum beteiligen, zu erreichen ist. Dieser Kampf hat zum Ziel, das rassistische, zionistische Israel zu zerschlagen und einen demokratischen Staat in Palästina aufzubauen, in dem alle Palästinenser, Mohammedaner, Christen und Juden ohne Rassismus, Zionismus und ohne jegliche Diskriminierung miteinander leben können. Des weiteren wird der Kampf zur Verwirklichung der arabischen Einheit und zum Aufbau der fortschrittlichen panarabischen Gesellschaft, befreit von Imperialismus und arabischer Reaktion, zum Ziel gesetzt.

Die Annahme der UNO-Resolution vom 22.11.67 und des Rogers-Planes im Juli 70 durch die arabischen Staaten bedeutet die völlige Kapitulation und die Ignorierung der Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung und auf ihre Heimat.
Die reaktionären arabischen Regimes in ihrer derzeitigen Struktur stehen nicht für die Volksmassen, sondern nur für

die herrschende Klasse in ihren Ländern. Eine Massenbewegung wie Al Fatah stellt für sie ein Gefahrenmoment dar, denn sind die Massen erst einmal mobilisiert und politisch aufgeklärt, so ist ihre Existenz als Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes ernsthaft bedroht. Von 65-67 wurde deshalb Al Fatah von allen arabischen Regimes bekämpft. Das Arabische Vereinigte Oberkommando (Ägypten, Irak, Syrien und Jordanien) gab den Befehl, sofort auf Fedajin zu schießen, wenn sie bei der Grenzüberschreitung nach Israel erwischt würden. Nach der Juni-Niederlage bis 1970 unterstützten die arabischen Staaten mit Einschränkungen den Widerstand, denn sie dachten Al Fatah als Druckmittel gegen Israel zu benutzen. Nach der Annahme des Rogers-Planes hatte Al Fatah für die arabischen Staaten ihren Zweck erfüllt und sollte als störendes Moment bei der friedlichen Lösung vernichtet werden: es folgten die ständigen Liquidierungsversuche in Jordanien und in Libanon, die Einschränkungsversuche der Bewegungsfreiheit in Syrien und die mehrmaligen Schließungen der Al Fatah-Büros und Ausstrahlverbote für die Sender in Ägypten.

Besonders natürlich den Imperialisten (USA und Israel) ist der Volkskrieg ein Dorn im Auge. Rogers erzielte in Kairo 1970 mit den Arabern ein gentlemen agreement: "Wir (USA) sorgen dafür, daß Israel die UNO-Resolution annimmt und ihr (arab. Staaten) liquidiert dafür den Widerstand, der die Friedliche Lösung unmöglich machen will." Damit hatte Hussein den Freibrief für sein Massaker und die sonst so geschwätzigen arabischen Regierungschefs blieben dieses Mal ungewohnt stumm, und die Sender, außer dem syrischen, brachten darüber keine Nachrichten, als Husseins Beduinen und Söldner Flüchtlingslager, Krankenhäuser des Palästinensischen Roten Halbmondes und Städte mit Napalm- und Phosphorbomben bewarfen.
Auch die sozialimperialistische SU ist und war Freundin der "friedlichen Lösung": ein ZK-Mitglied für arabische Angelegenheiten zu einem ZK-Mitglied von Al Fatah: "Genossen, Ihr seid Opfer eines internationalen Arrangements."
Jordanien war und ist die günstigste Ausgangsbasis für den Kampf gegen Israel, auf Grund seiner geographischen Lage und da viele Palästinenser in Jordanien leben. Deshalb muß Jordanien als Basis wiedergewonnen werden. Dies kann nur erreicht werden durch den Sturz des Jord. Regimes und der Einsetzung einer fortschrittlichen Regierung. Dazu dient:

1. Der Guerilla-Krieg gegen die jord. Armee und
2. Die Revolutionisierung und Organisierung der jordanischen und palästinensischen Volksmassen und die Reorganisierung der politischen und militärischen Organisationen des Widerstandes, so daß die Volksmassen in der Lage sind, ihre Unterdrücker zu beseitigen.

Der Widerstand muß in den besetzten Gebieten wieder erstarken, um den Kampf zwischen den Hauptkontrahenten, dem palästinensischen Volk und den Zionisten zu forcieren.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die von Al Fatah aufgestellte Parole der Nichteinmischung falsch war. Es gibt eine nicht zu leugnende Verflechtung zwischen den palästenensischen Massen und den arabischen. Der Kampf gegen Israel ist identisch mit dem Kampf gegen Imperialismus und arabische Reaktion. Folglich ist es unmöglich, die Befreiung Palästinas von der Befreiung der arabischen Massen von ihren Unterdrückern zu trennen. Deshalb stellt Al Fatah jetzt die Parole von der Arabischen Kooperationsfront auf, die alle revolutionären arabischen Kräfte vereinigen soll und deren Aufgabe die Mobilisierung der Volksmassen, die Bekämpfung der reaktionären arabischen Regimes und die Solidarisierung beim Kampf zur Befreiung Palästinas sein soll.

NEUES ROTES FORUM 4/5 72

THEMEN:

-Bundestagswahlen
-Kritik des Sozialimperialismus
-Zu Fragen des Parteiaufbaus

NEUES ROTES FORUM 6/72

ZUR GRÜNDUNG DES KABD
DIE FASCHISMUSTHEORIE DES KB-NORD
DIE ENTWICKLUNG TANSANIAS
KEINE ZUGESTÄNDNISSE AN DEN REVISIONISMUS IN DER KLASSENANALYSE
DIE ERGEBNISSE DER BUNDESTAGSWAHLEN UND UNSERE TAKTIK

Zu beziehen über: D. Hildebrandt
69 Heidelberg
Postfach 834

DIE ARABISCHE REAKTION

EINLEITUNG

Zweifellos ist die alte kolonialistische Politik, die das Verhältnis der kapitalistischen Industriestaaten zu den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas einst prägte durch die politische Verselbständigung der Letzteren nicht einfach aufgehoben (1). Im Nahen Osten verteidigt der Imperialismus immer noch vitale Interessen, deren Bedeutung in mancher Hinsicht eher noch wächst. Ein Grund dafür ist der ungeheure wirtschaftliche Reichtum dieses Gebietes. Die Energiereserven der imperialistischen Staaten und ein beträchtlicher Teil ihres Kapitaleinkommens hängen von den Petroleumquellen dieser Region ab. Hier befinden sich noch - zum Teil unerschlossen - die größten Ölreserven der Welt, - fast ausschließlich in Händen westlicher Konzerne. Außerdem sind Phosphate, Eisenerze, Mangan sowie Blei und Zink von größter Bedeutung.(2) Zum anderen liegt die strategische Bedeutung dieser Region in ihrer Funktion als Bindeglied zwischen den beiden großen Militärpaktsystemen NATO in Europa und SEATO in Asien, während der Suez-Kanal seit seiner Eröffnung 1869 eine unentbehrliche Versorgungsstraße für die westlichen kapitalistischen Staaten ist.

Zur Absicherung seiner politischen und wirtschaftlichen Hegemonie und zur Erhaltung seiner Kontrolle über die für seine Herrschaft unentbehrlichen Rohstoffquellen, muß der Imperialismus sich mannigfaltiger Taktiken bedienen. Neben den militärischen Stützpunkten und Basen und dem Aufrechterhalten einer mobilen, dauernd bereiten Armee zur sofortigen Intervention in "Krisenherden", ist er auf den Ausbau von Brückenköpfen angewiesen, die als Bollwerke seine Interessen permanent gegen die aufkommende Revolution schützen sollen. Die Achse Pretoria/Salisbury/Cabora Bassa/Tel Aviv ist hierzu das deutlichste Beispiel(4) Unentbehrlich bleibt für ihn aber die Zusammenarbeit mit den lokalen herrschenden Reaktionären. Der auf internationaler Ebene bestehende Gegensatz zwischen armen und reichen Ländern reproduziert sich in den zurückgebliebenen, traditionell agrarischen, halbfeudalistischen Entwicklungsgesellschaften als Antagonismus zwischen der großgrundbesitzenden und der kommerziellen Oberschicht - den herrschenden Klassen, und der breiten Masse der Bevölkerung, deren materielle und kulturelle Verelendung gerade die Existenzbedingungen der kleinen Ausbeuterschicht ausmacht. (5)

1. DAS BEISPIEL DES LIBANON

Der libanesische Kapitalismus war auch in seiner Entstehungszeit nur reaktionär "Eingeführt" in der französischen Kolonialzeit fand eine bürgerliche Revolution, die konsequent den rückständigen Feudalismus überwunden hätte, fand nie statt.

Nach einer französischen militärischen Intervention im Jahre 1860 zum angeblichen Schutze libanesischer Christen war das System der "Mutasarrifiya" eingeführt worden, das die Grundlage des heutigen Konfessionalismus im Libanon stellte. Danach sollte das Land von einem überregionalen, christlichen Regenten, der der Kontrolle eines Rates aus 12 Mitgliedern unterstand, regiert werden. (Im Libanon gibt es 16 Religionen und Sekten.(7) Das feudalistische System wurde damit in einem neuen Gewand in die neue staatliche Verwaltung integriert. Hauptsächlich die Scheichs und Fürsten wurden zu hohen Staatsposten nominiert. So entstand nach dem libanesischen Historiker Salibi eine Verwaltungsaristokratie, die feudalistischer Herkunft blieb und daher dem Feudalismus stark verbunden war.(8) Unter kolonialer Herrschaft Frankreichs wurde nach dem konfessionellen Proporzprinzip 1922 das erste Parlament gewählt und 1926 das erste Kabinett gebildet. Alle Mitglieder dieser und der folgenden Parlamente sind zum größten Teil bis auf den heutigen Tag noch Mitglieder feudalistischer Familien. Der Zwist unter ihnen um Macht und Herrschaft wird daher als Streit unter den verschiedenen Konfessionen, denen sie angehörten, verschleiert. (9) Aus diesem System ist das heutige parlamentarische System des Libanon hervoegegangen. Die Verteilung der 99 Sitze sieht wie folgt aus: Maroniten 30, Griechisch-Ortodoxe 11, Griechisch-Katholische 6, Armenisch-Orthodoxe 4, Armenisch-Katholische 1, Protestanten 1, (=53), Sunniten 20, Schiiten 19, (=39), Drusen 6, kleine Sekten einschließlich Juden 1.(10) Die Parlamentsmandate und alle Verwaltungsstellen werden nach diesem System verteilt. Auch die libanesischen Parteien vertreten, wenn auch inoffiziell, je eine Konfession: so vertritt die faschistische Falange-Partei die Maroniten, die Sozialistische Fortschrittspartei die Drusen, und die Nadschade die Mohammedaner.

Nach Kischli kann man von einer "kapitalistisch-feudalistischen Synthese" im Libanon reden.(11) Die libanesische Großbourgeoisie entwickelte sich demnach direkt aus dem Feudalismus. Die Bodenverteilung macht dies am deutlichsten. 91% der Landeigentümer bewirtschaften weniger als 5 Hektar, die meisten von ihnen kaum ein Hektar, 0.5% bewirtschaften mehr als 100 Hektar.(12) Nur den armen Bauern ist es bisher gelungen, den Teufelskreis konfessioneller Rivalität zu brechen, die von der Bourgeoisie zur Verschleierung ihrer Herrschaft aktiv aufrechterhalten wird. Im Jahr 1858 brach eine Bauernrevolte aus, die zur Bildung der Kommune von Kasrawan führte. Bauern und Feudalherren waren Christen. Die Kommune hielt zwei Jahre, bis sie durch die Vermittlung des Klerus aufgelöst werden konnte. Die Entwicklung der palästinensischen Revolution und deren Übergreifen in die libanesischen Massen hob von neuem die Organisierung und Mobilisierung der Massen auf eine sekulare Klassenkampfebene. So brach im November 1970 unter der Parole "Alles Land den Bauern" eine Revolte der Landarbeiter und armen Bauern im Süden des Landes, unterstützt von großen Massendemonstrationen, aus. Sie verweigerten die Arbeit für die Großgrundbesitzer und die kostenlose Übergabe ihrer Ernteanteile an sie. Im Norden bildeten sich erste Bauernräte, die sich gegen die Vertreibung der kleinen Bauern aus ihren Ländereien organisierten. Die Revolte wurde mit Einsatz von Panzern brutal zusammengeschlagen (13)

Die Wirtschaft

Die libanesische Wirtschaft ist primär eine unproduktive Dienstleistungswirtschaft. Aus dem Dienstleistungssektor allein fließen 68% des Volkseinkommens.(14) Die Ökonomie stützt sich wesentlich auf den Kapitalzufluß aus den benachbarten, ölproduzierenden Ländern. Erst mit der Hilfe dieses Kapitals konnte sich die libanesische Wirtschaft entfalten und das Defizit der Handelsbilanz ausgeglichen werden. Trotz des rapiden Aufschwungs der Wirtschaft bis zur Mitte der 6oer Jahre mit einer jährlichen Zuwachsrate von 5-6% und einem Anstieg des Volkseinkommens um jährlich 2% liegt das jährliche Pro-Kopf Einkommen von 13oo. --LL weiterhin weit unter dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der hochindustrialisierten Länder.

Der Banksektor ist zu 8% am Volkseinkommen beteiligt. Die Banken sind die Hauptfinanzquelle des Dienstleistungssektors. Ihre Zahl wuchs von 9 im Jahre 1954 auf 93 im Jahre 1966 (16). Sie stützten sich ihrerseits wiederum auf die hohen Einlagen aus den ölproduzierenden Ländern. Die Höhe der Einlagen betrug 1966 122% des Volkseinkommens das ist die höchste Rate in der Welt. Zum Vergleich: Schweiz 78%, übrige Länder bei 36% (17). 64% dieser Einlagen kommen aus dem Ausland. Aufgrund des hohen Einlagenvolumens waren die libanesischen Banken in der Lage, hohe Kredite zu gewähren. Der Bank- und Finanzsektor, dem Gesetz der raschen Gewinnmaximierung folgend, mußte seine Investitionen in kurzfristigen Projekten, vor allem im Bausektor realisieren lassen. Industrie und Landwirtschaft blieben daher weitgehend ausgeschlossen. Die Wachstumsfähigkeit des Dienstleistungssektors ist also bedingt durch die hohe Kreditfähigkeit der Banken, die ihrerseits bedingt ist durch die Kapitalzufuhr aus den reaktionären ölproduzierenden Ländern. Die Krisen, die sich aus den systemimmanenten Widersprüchen unweigerlich ergeben mußten, und die seit 1964 die Banken heimsuchten, kam 1966 bei dem Konkurs der Intra-Banken- die größten des Landes- zum Ausbruch. Sie resultierten aus dem Fehlen flüssiger Mittel, als eine Reihe von Scheichs- durch die politische Lage unsicher geworden- größere Summen auf einmal abziehen wollten. Die Verflechtung der Intra-Bank mit der libanesischen Wirtschaft- über sie wurden allein 54% aller Bankgeschäfte des Landes abgewickelt(18)- brachte eine große nationale Krise hervor. Die Folge war die Stärkung der hegemonialen Stellung des ausländischen Finanzkapitals. Mit dem Konkurs der Intra-Bank wanderten die Bankeinlagen in die libanesischen Filialen ausländischer Banken, sodaß sie nach vorläufigen Schätzungen nunmehr 85% der gesamten Bankeinlagen auf sich vereinigen, nachdem diese vor der Krise etwa gleichmäßig auf beide Gruppen verteilt gewesen waren. (19)

Darüberhinaus gelangte Eigentum libanesischer Banken in die Hände des ausländischen Kapitals. So wurde ein grosser Teil der Al-Alih-Bank von amerikanischen, westdeutschen und holländischen Konzernen aufgekauft.(2o)Hinzu kam, daß der Kapitalzufluß aus den Ölländern nahezu vollständig nach dem 6-Tage-Krieg, hauptsächlich nach dem israelischen Großangriff auf den Beiruter Flughafen im Dezember 1968, versiegte. Die Auswirkungen jener Krise sind bis heute noch spürbar. Auch das neugebildete Technokratenkabinett hat mit diesen Schwierigkeiten zu kämpfen, es muß das vollständige Vertrauen der imperialistischen "Geldgeber" erwerben. Um diese Interessen zu wahren, muß es mit deren unmittelbaren Unterstützung jede revolutionäre Bewegung zerschlagen. Hierzu einen kurzen historischen Rückblick:

Als Ägypten 56 den Suez-Kanal verstaatlicht hatte, mußten die von den Ausmaßen der damit entfachten antiimperlialistischen Massenbewegung erschreckten Imperialisten um ihre Ölfelder und Rohrleitungen, Basen und Konzessionen bangen. Der Bagdad-Pakt vom Februar 1955 dessen Hauptziel die Eingliederung von Araberstaaten in ein imperialistisches Bündnissystem war, um auf diese Weise für die Erhaltung gefügiger prowestlicher Regime zu sorgen, mußte sich als Schlappe erweisen. Schon Anfang 1956 mußte sich Hussein unter dem Druck einer Massenerhebung, gegen die die von den Engländern finanzierten Beduinentruppen brutal vorgegangen waren, von

dem Beitritt zum Pakt zurückhalten und den englischen Kommandeur seiner Armee General Glub entlassen. Eine nationale Regierung unter Nabulsi wurde zum ersten Mal durch freie Wahlen gewählt. Andererseits sicherte die im Januar 1957 proklamierte Eisenhower-Doktrin den US-Imperialisten direkte Intervention zum Schutze der "willigen" Staaten vor dem "Eindringen des völkerfeindlichen, aggressiven Kommunismus". (21) Als Nabulsi während der 3-Mächte-Aggression in Ägypten seine Sympathie für Nasser und den Übergang seines Landes ins Lager der blockfreien Staaten und dazu noch den Stützpunkt-Vertrag mit England kündigte, schnitten die Amerikaner prompt die Hilfsgelder ab und verlangten die Beseitigung Nabulsis. Unter dem Schutze der vor der israelischen Küste postierten US-Flotte und der offenen Drohung, einzugreifen, falls die jordanischen Nationalisten die Monarchie antasten sollte, wurde Nabulsi in einem konterrevolutionären Putsch unter dem Vorwand der Beteiligung an einer Verschwörung abgesetzt. Die libanesische Kompradorenbourgeoisie, erschreckt durch das Ausmaß der antiimperialistischen Massenbewegung, die die gesamte Region erfaßt hatte, schlossen sich der Eisenhower-Doktrin an. Unter Führung des rechtsradikalen Staatspräsidenten Shamun hatte sich der Staat zu einer Operationsbasis für den CIA umgewandelt, um den Kampf gegen die aufkommende nationale Bewegung zu organisieren. Im Libanon hatte die nationale Bewegung breite Volksschichten erfaßt und mündete 1958 in einen offenen Bürgerkrieg gegen das pro-westliche Engagement. Gegen diese aufkommende nationale Bewegung formierte sich die Linie der Reaktion. Nach vorliegenden Dokumenten beschlossen Nuri As-Said, der despotische irakische Ministerpräsident, und historischer Handlanger der Imperialister und Shamun, daß die irakische Armee den nördlichen Teil der grade ausgerufene VAR (Syrien) angreife, das nationale System dort zerschlage und dann in den Libanon einfalle, um der Opposition in den Rücken zu fallen (22).

Die Verwirklichung dieser "Solidaritätsoffensive" der arabischen Reaktionäre scheiterte aber, als die ausersehenen irakischen Einheiten stattdessen am 14. Juli nach Bagdad marschierten und die Republik ausriefen. Dieser Putsch der irakischen Armee beseitigte eins der massenfeindlichsten reaktionären Regimes Als der Plan der Reaktionäre gescheitert war, war die direkte Intervention der US-Imperialisten die letzte Rettung. Im August desselben Jahres landeten zehntausend US-Marines im Libanon, britische Luftlande-Einheiten in Jordanien. Israel, der angebliche Feind dieser Regimes erwies sich plötzlich als Freund in der Not: es drohte mit einer Invasion in Jordanien, falls der König gestürzt werden sollte.

Eine konterrevolutionäre Strategie der libanesischen Reaktion ist Voraussetzung und Garant ihrer Herrschaft. So mußte sie sich angesichts der Entwicklung der palästinensischen Revolution mit der gesamtarabischen Reaktion und dem Imperialismus zu einer gemeinsamen Front zur Zerschlagung der Befreiungsbewegung zusammenschließen. Auch hierbei erwies sich Israel als der wahre Freund in der Not. Als die ersten Versuche der Zerschlagung der palästinensischen Einheiten im April 1969 in einen Solidaritätsaufstand der libanesischen Massen mündete, der 30 Todesopfer forderte, kurz darauf die weiteren Versuche zu einer bürgerkriegsähnlichen Situation im November führten, die die Staatsherrschaft ernsthaft gefährdete, drohte Israel mit Intervention, falls an der Staatsstruktur gerüttelt werden sollte. (23) Dieses existentielle Interesse Israels an der Unterstützung der arabischen Reaktion ist inzwischen offenkundig. Es manifestierte sich nicht zuletzt während der September-Massaker am deutlichsten, als Israel mit der Besetzung Jordaniens drohte, falls der Kampf zugunsten der Fedajin enden sollte.

2. Zur Rolle der reaktionären ölproduzierenden Länder

Die Golf-Staaten

Diese sind: Abu Dhabi, Dubai, Fudjaira, Sharja, Ajman, Umm Al-Quaiwain und Ras al-Khaima (Föderation der Golf-Emirate), sowie die Ölinseln Bahrain und Katar, das sog. Sultanat Maskat und Oman und Kuweit.

Bis zur Entdeckung des Öls hatte dieses Gebiet vornehmlich nur eine strategische Bedeutung in der Sicherung der Handelswege des britischen Imperiums nach Indien. Seit 1820 war es Niederlassung der berüchtigten East-India-Company, nachdem England schon 1819 das Zentrum der aufständischen Stämme, Ras al-Khaima, mit grausamen Ausrottungsaktionen gegen die Bewohner des Gebietes erobert hatte. Bis Ende des Jahrhunderts sicherte England seine Vorherrschaft durch Protektoratsverträge. (24)

Mit der Entdeckung der ersten Ölfelder in Kuweit 1938 gewann das Gebiet große Bedeutung für den Imperialismus (25). Damit verwandelten sich die mittelalterlichen Despoten, Stammeshäupter und Emire in unmittelbare Handlanger des britischen Imperialismus, abhängig von dessen Schutz und Apanage. Ihr wichtigstes Ziel wurde damit die Verteidigung von Interessen imperialistischer Mächte, so daß sie damit in einen scharfen Widerspruch zu den revolutionären Interessen des Volkes traten. Deren brutale Unterdrückung, physisch und kulturell, war die Folge: Bis zum heutigen Tag liegt der Anteil der Analphabeten zwischen 98,5 u. 99 %. (26) Hauptsächlich in Oman - hier existiert ein fruchtbarer Boden - befindet sich ein mittelalterliches Feudalsystem, vertreten durch die Imame von Oman und die Sultane von Muskat und deren unzähligen Familienangehörigen, die Notablen Al-Ashraf. Sie verdanken ihre Existenz ausschließlich der britischen Unterstützung: So bekam der Sultan bis 1967 sein jährliches Gehalt aus London überwiesen, und eine britische Monopolgesellschaft - Candle Company - war sein offizieller Außenminister. Es existiert darüberhinaus eine parasitäre Handelsbourgeoisie,

die eng mit den ausländischen Monopolgesellschaften zusammenarbeitet. Mit den Imperialisten verbindet diese ihre Vermittlungstätigkeit für sie und mit den Feudalisten das gemeinsame Interesse gegen jegliche industrielle Entwicklung.

Die Zahl der Großbauern beträgt etwa 4 %. Neben der Ausbeutung der Arbeitskraft der Landbevölkerung werden sie selbst von den Feudalisten ausgebeutet. Sie sind aber prinzipiell Besitzer ihres Bodens, daneben sind manche noch Eigentümer von Handelsdschunken. Die Zahl der mittleren Bauern beträgt 20 %, der armen Bauern 60 %, der Landarbeiter 15%. Das städtische Kleinbürgertum setzt sich primär aus Kleinhändlern und Krämerladenbesitzern, hauptsächlich im Staatsdienst tätigen Kleinangestellten und Handwerkern (Weber, Tischler und Schmiede) zusammen. Die Arbeiterklasse befindet sich im embryonalen Zustand. Da eine Industrie nicht vorhanden ist, kann man hierzu die Hafen-, Bau- und Landarbeiter zählen. Gewerkschaften sind nicht vorhanden. Sklaverei ist amtlich erlaubt (27).

Die Entstehung und schnelle Entwicklung des bewaffneten revolutionären Kampfes im Jahre 1965 - seit 1968 unter Führung der marxistisch-leninistischen VOLKSFRONT FÜR DIE BEFREIUNG DES BESETZTEN ARABISCHEN GOLFES (P.F.L.O.A.G.) - in der südlichen Provinz Dhofar bedeutete eine qualitative Wende, nicht nur auf lokaler, sonder auch auf gesamt-regionaler Ebene. Die Ermöglichung eines kapitalistischen Entwicklungsansatzes war zur Verhinderung dieser Entwicklung schon unter der Labour-Regierung beschlossen, aber erst das Übergreifen des bewaffneten Kampfes nach Zentral-Oman (Shell-Ölanlagen) unter Führung der National-Demokratischen Front für die Befreiung des arabischen Golfes (N.D.F.L.A.G.) im Juli 1970 machte das sofortige Inkrafttreten dieses Plans notwendig. So wurde Sultan Said Ben Taimur beseitigt und sein "fortschrittlicher" Sohn Quabus, Absolvent des Sandhurst, an seiner Stelle eingesetzt. Seither zeichnet sich eine neue Phase von internationalem Kapitalexport in diese Region ab. So bekam eine westdeutsche Gesellschaft die Konzession zum Bau eines neuen Hafens und neuer Hafennetze. Nach den Worten der Beiruter Bourgeois-Zeitung "La Commerce de Liban": "Die Horizonte sind offen für ausländische Investoren in Oman".(28)
Seitdem die Labour-Regierung 1968 beschlossen hatte, sich militärisch bis Ende 1971 aus der Region zurückzuziehen, hatte sie den Plan zur Gründung einer "Föderation arabischer Emirate" gelegt, die imstande sein könnte, kleinere revolutionäre Ansätze im Keim zu ersticken. Seit Ende 1970 befand sich Sir William Luce, ehemaliger politischer Resident in Bahrein und bekannt für die Zerschlagung mehrerer nationaler Aufstände (Quatar 1963, Bahrain 1967), Mitglied der Vorstände der "Eastern Bank", der Telburry Overseas Contractors" und "Gray MacKensis" zu diesbezüglichen Verhandlungen in den Emiraten (30).

Schon am 13.4.71, also noch lange vor der Entstehung der eigentlichen Föderation, berichtete die FAZ vom hauptsächlichen Zweck der Föderation, nämlich dem Aufbau einer arabischen Föderation-Armée, unter Leitung des "Beraters der Emire", General Willoughby. Ihren ersten Auftrag erfüllte sie vor zwei Wochen, als sie die entbrannten Protestaktionen gegen die Besetzung dreier Golf Inseln durch Persien sowie einen Putschversuch in Schaja nieder schlug (31). Der Zusammenschluß der Emirate wurde im Dezember 1971 offiziell bekanntgegeben. Katar und Bahrain beteiligen sich aus machtpolitischen Gründen nicht daran.

Zur Rolle der persischen und saudi-arabischen Reaktion

Nach dem 2. Weltkrieg drang der US-Imperialismus hier wie überall sonst in das Vakuum, das das durch den Krieg geschwächte Entland hinterlassen hatte. Schon das anglo-amerikanische Abkommen von 1944 zeichnete das Interesse der USA ab, England stark genug zur Wahrung ihrer Interessen zu machen (70% des Golf-Öls (32)) und schwach genug zu halten, um unter ihrem Einfluß zu bleiben. (33) Seit demvom CIA durchgeführten Putsch von 1953 in Persien und die Beseitigung der nationalen Regierung Mossadegh gewannen die USA in Persien die Vormachtstellung. Persien sollte zu einem jener Bollwerke aufgebaut werden, die durch ihre ständige militärische Präsenz die Rolle des Front-Gendarmen übernehmen können. So durfte es unbehelligt seine Machtansprüche auf drei strategisch wichtige Inseln am Eingang des Golfs (Großtumb, Kleintumb und Abu-Musa) durch deren militärische Besetzung verwirklichen. Dies war um so notwendiger geworden, nachdem der Mitte Juni 1971 stattgefundene Anschlag der F.P.L.P. auf einen Öltanker am Eingang zum Roten Meer, die Verletzbarkeit der für die Imperialisten lebenswichtigen Nachschubwege verdeutlicht hatte.
Neben Persien stellt Saudi-Arabien ein zweites Bollwerk des Imperialismus in der Region dar. Schon 1962 waren jordanische und saudi-arabische Truppen in dem gerade zur Republik ausgerufenen Jemen eingedrungen, um den Royalisten aktive Hilfe zu leisten. Seit dem Sieg der N.L.F. in Südarabien 1967 und der Ausrufung der Volksrepublik Südjemen steht die saudi-arabische Reaktion offen hinter verschiedenen Infiltrationsversuchen, um die Volksdemokratie zu zerschlagen. So z.B. im März 1971 und zuletzt in größerem Maßstab im November 1971. (34)
Die saudi-arabische Reaktion wird darüber hinaus für einen anderen Zweck vom US-Imperialismus benutzt.

Die Ölkrise von 1971 hatte nämlich einen gewissen Solidaritätsgrad, unter den O.P.E.C.-Ländern aufgezeigt, die sich in Krisenzeiten als eine Bedrohung der Produktion der Industriestaaten erweisen konnte. So suchten sich die USA das schwächste Glied der Kette aus, nämlich Saudi-Arabien (hier herrscht die Arabian-American-Oil-Company ARAMCO noch mit 100 % US-Kapital-Anteil), um diese Kette zu sprengen. Nach einem Besuch Feisals in Washington im Mai 1971 wurde ein neues Abkommen zwischen der ARAMCO und Saudi-Arabien geschlossen, durch den die Ölextraktion bis 1974 auf das 3-fache gesteigert werden soll. Die Erhöhung der Einnahmen der saudi-arabischen Herrscher um das 5-fache bis 1974. Damit brach Saudi-Arabien faktisch die Einheit der O.P.E.C.- Länder und garantierte die Sicherheit der Produktion in den USA, die bis xxxxx zu 40% von auswärtigen Quellen abhängt. Der Über-Schuß an Öl wird vom Imperialismus für Reservezwecke verwendet. (35) Aber neben der unmittelbaren Interessenverflechtung der saudi-arabischen Reaktion mit den Interessen der anderen regionalen reaktionären Regimes und dem US-Imperialismus, ergibt sich noch ein weiterer Zusammenhang durch seine gemeinsamen Interessen mit dem Zionismus. In einer Studie deckte die linke Zeitschrift "Al Hadaf" im August 1970 die Beteiligung Saudi-Arabiens an dem Transport seines Öls durch Israel. auf. Anfang Juli 1970 hatte die israeli auf. Anfang Juli 1970 hatte die israelische Ölgesellschaft die Aufstellung einer neuen Pumpstation für die 260 Kilometer lange Ölleitung Eilat-Askalon bekanntgegeben, und damit die Erhöhung der Tagesförderquote auf 1,2 Millionen Barrels täglich. Die Quote hatte im Februar bei Fertigstellung der Leitung mit 400 Tsd. Barrels begonnen, hatte sich dann plötzlich im Mai nach der durch eine Panne in Syrien entstandenen Unterbrechung des Ölzuflusses der Tape-Line auf 800Tsd. Barrels erhöht. Die Frage, die auftauchte, war, ob die offiziellen Benutzer der Leitung, nämlich die in Persien bohrenden Gesellschaften (MIOC, IRICON-Gruppe, SIRIP, ENI, IPAC, LAPCO) allein imstande sein konnten, diese Tageskapazität zu übernehmen. Die Studie stellte fest, daß die tägliche Zufuhr dieser Gesellschaften einschließlich der täglichen Produktionsquote der besetzten ägyptischen Quellen auf Sinai höchstens 600Tsd. Barrels betragen könnte. Die übrigen 200Tsd. Barrels und die Differenz auf die zu erhöhende 1,2Mio Barrels übernehmen nach Vermutung der Studie die in dem persischen Konsortium vereinigten westlichen Ölkonzerne. Diese sind BP mit 40%, Shell 14%, Gulf Oil, Standard Oil, Sukino Mobil, Standard Oil of California und Texaco je 7%, Die französische Petroleumgesellschaft 6% und die IRICON-Gruppe mit den restlichen 5%. Nach dem FOB-System dürfen die Öl-Konzerne einen Teil ihrer Produktion an dritte Partner - bisher Ölraffinerien leitenden Gesellschaften - verkaufen, die das Recht auf eigenen Transport des Öls bekommen. Nach dem Konsortium-Abkommen beträgt dies 20% Anteile der Großen, d.i. 6000000 bis 800 000 täglich. Das ist der fehlende Betrag zur Abrundung der Tageskapazität der Eillat-Askalon-Leitung von 1,2 Mio. Barrels (36). Dieser Überschuß kann also nur von den arabischen Quellen am Golf stammen. Die spektakuläre Aktion der FPLP gegen einen für Israel bestimmten Tanker im Juni 1971 sollte die Aufmerksamkeit auf diese Tatsache lenken.

Saudi-Arabien spielt seit der Niederlage der arabischen Regimes im 6-Tage Krieg eine immer wichtiger Rolle in diesem Gebiet. (37) Seit der Konferenz von Karthum hat es sich durch seine finanziellen Donationen eine dominierende Stellung verschafft. Nachdem Ägypten im August 1971 den Rogers-Plan angenommen hatte, spielte sie eine vermittelnde Rolle zwischen Kairo und Washington. Und seit dem Rechtsputsch des Generals Assad vom Oktober 1970 haben sich ihre Beziehungen auch zu Syrien verbessert. Nach dem Besuch des saudi-arabischen Staatsministers Sakkaf in Damaskus im Juni 1971 wurde ein Transit-Abkommen zur Sicherung der TRansportwege nach Saudi-Arabien abgeschlossen. Darüber hinaus spielte sie die gleiche Vermittlerrolle wie in Ägypten zur Neueröffnung des syrischen Marktes für die imperialistischen Interessen im Gebiet. (38) Diese dominierende Rolle führt die progressiveren arabischen Länder zu immer größeren Rückzügen von ihrer nationalen Politik und weiter in die Arme des Imperialismus.

Die bürgerliche Presse berichtet immer häufiger in der letzten Zeit von der verstärkten Aufrüstung der Armeen in Saudi-Arabien und Persien. (39) Auch der BRD-Imperilismus beteiligt sich fleißig daran. So erhielt z.B. Persien im Januar 1971 von der BRD neben Kraftfahrzeugen und Generatoren, Handfeuerwaffen und Patronen im Werte von 40 Miollionen DM. (40) Chapman Pincher, Militärkorrespondent des "Daily-Express", berichtet Anfang Januar 1971 von einer 170 Miollionen-DM Lieferung modernster britischer Panzer nach Persien und kommentiert das mit der Notwendigkeit "zur Stabilisierung der Lage am persichen Golf, wenn London den Großteil seiner Truppen dort abzieht: das US-Außenministerium", schreibt er weiter, "begrüßte die Panzerliferung, weil sie dem Schutz amerikanischer Ölinteressen in diesem Gebiet dient." (41)

Dieser formierten Macht der Reaktion und des Imperialismus im Nahen Osten stellt sich die Macht der unterdrückt gehaltenen und vom Imperialismus ausgebeuteten Völker, ihre große Solidarität im gemeinsamen Kampf entgegen. Die Alternative zu dieser Konterrevolution kann nur bedeuten: Kampf gegen die Einheitsfront von Imperialismus, Zionismus und arabischer Reaktion.

FUßNOTEN:-

1. Hierzu: Pierre Jalee, "Die Ausbeutung der dritten Welt", Frankfurt 1968, Verlag Neue Kritik.
2. "Die arabischen Länder", Autorenkollektiv VEB H. Haack, Geographisch-Kartographische Anstalt, Gotha/Leipzig 1970, S. 15ff.
3. entfällt.
4. s. dazu: B. Kalkum, E. Ferreira, "Der 'Dialog' oder Südafrika als Nebenmetropole", in NRF 4/71.
5. G. Büchner, Frank Deppe, K.H. Tjaden, "Zur Theorie der sozioökonomischen Emanzipation" von Entwicklungsgesellschaften", in Argument Nr.34, S. 45.
6. entfällt.
7. R. Chimelli, "Wo Jesuiten wegen Mohammad ausrufen dürfen", in SZ 12.3.1971, vergl. auch die Sitzverteilungen im libanesischen Parlament a.a. Ort in diesem Referat.
8. Kamal S.Salibi, "The Modern History of Lebanon", London 1965, zitiert nach Kischli "Kapitalismus und Linke ...", S.9.
9. "Kapitalismus und Linke im Libanon", Europäische Verlagsgesellschaft, Frankfurt 1970, S.100.
10. Muhammad Kischli, "Kapitalismus und Linke ..."
11. Eduard Thomas, "Ein brutaler Kapitalismus, Libanons Erbübel", in FR 29.12.1970.
12. s. dazu die FR von 11.11.1970.
13. Bassam Tibi, "Einleitende Anmerkung zum libanesischen Kapitalismus und zu seinem konfessionellen Staat", in "Kapitalismus und Linke ...", S.9.
14. "Kapitalismus und Linke ...", S. 24
15. "Kapitalismus und Linke ...", S. 22-23.
16. "Kapitalismus und Linke ...", S. 24.
17. "Kapitalismus und Linke ...", S. 25.
18. "Kapitalismus und Linke ...". S. 27.
19. "Kapitalismus und Linke ...", S. 33.
20. entfällt.
21. Zitat N. Henle, "Der Neue Nahe Osten", Hamburg 1966, S.69.
22. "Der Neue Nahe Osten", S. 87ff.
23. B. Tibi, "Zur gegenwärtigen Situation im Libanon", in "Kapitalismus und Linke ...", S. 112ff.
24. "Die Arabischen Länder", S. 254ff.
25./26. "Öl, Gold und Perlen", in "Die Zeit", 7.1.1972.
27. "Tatawwur Harakat at-Taharrur al-Watani ad-Dimoqrati fi al-Chalig al-Arabi", in "Al-Hadaf", Nr.106, 26.6.1971.
28. Fred Halliday, "as-Siyasa al-Britaniya wa Mahawiriha al-Thalath", in "Al-Hurriya", Nr.571, 14.6.1971.
29. entfällt.
30. "as-Siyasa al-Baritaniya ...", a.a.O.
31. "Der Spiegel", 31.1.1972.
32. "as-Siyasa al-Baritaniya ...", a.a.O.
33. Dazu: Nicoline Koxhorn, "Limits of Oil Imperialism", in der Reihe "Study Tests on Questions of Society and Progress", Hamburg, S. 6.
34. vergl. dazu SZ, 5.3.1971, und "Al-Hadaf" Nr. 126.
35. vergl. dazu den Artikel "Tahkik "al-Opec" - Qiyam as-Su'udiya bi Dawr Schurtat al-Chalig", in "Al-Hurriya" Nr. 573, 28.6.1971.
36. Dazu den Artikel "Ithbatat Ihsaiyah wa raqmiah ala al-Chiana al-Uzmia li an-Nizam as-Su'udi", in "Al-Hadaf" Nr. 55, 15.8.1970.
37. s. SZ, 18.9.1971.
38. s. dazu "al-Infitah as-Suri ala as-Su'udiya", in "Al-Hurriya" Nr.572, 21.6.1971.
39. Hierzu vergl. SZ, 13.7.1971, 10.12.1971, 5.1.1972.
40. Dazu FR, 8.1.1971.
41. Dazu SZ, 5.1.1971.

SPENDENKONTO

kto. 5012

Sozialistisches Palästina-Komittee

VOLKSBANK HEIDELBERG

BEZAHLUNG DER "FRONT" NUR NOCH ÜBER POSTSCHECKKONTO DES VERLAGS NEUES ROTES FORUM

PSCHKTO, Karlsruhe, U. Hohl, Nr.

Der Befreiungskampf des kurdischen Volkes im Irak

Vorbemerkung:

Die nationale Frage des kurdischen Volkes ist zweifellos eines der entscheidenden Probleme der antiimperialistischen Befreiungsbewegung in der Türkei, in Syrien, dem Irak und dem Iran. In AL-DJABHA Nr. 13 erschien ein umfangreicher Artikel zur Lage der Kurden in der Türkei. Der hier folgende Artikel setzt ihn in gewisser Weise fort. Der Artikel ist von kurdischen Genossen geschrieben und beruht auf einer Position, die der Demokratischen Partei Kurdistans in vielem nahesteht.

Die Redaktion

Allgemeines: Kurdistan ist eine ethnische, geographische, historische, aber keine staatspolitische Einheit. Es liegt im Nahen Osten und umfaßt ein weites Bergland von ca. 4.000.000 qkm und eine Bevölkerungszahl von 10.150.000. Die Verhältnisse lassen sich wie folgt darstellen(1):

	Fläche Kurdistan qkm	Kurd./Gesamtfläche	Bevölkerung Kurd./ in Millionen	Bevölkerungsanteil	Bevölkerungsdichte in :
Türkisch-Kurdistan	194.400	ca. 25 %	4.9	19 %	26/qkm
Iranisch-Kurdistan	124.950	ca. 7,5 %	3.3	17 %	28/qkm
Irakisch-Kurdistan	42.000	ca. 16 %	1.55	23 %	22/qkm
Syrisch-Kurdistan	18.300	ca. 10%	0.4	10 %	21/qkm

Dabei ist zu beachten, daß die Zahlen aus offiziellen Regierungsquellen entnommen sind; die tatsächlichen Absolut-Zahlen liegen sicherlich höher. Nach inoffiziellen Statistiken beläuft sich die Zahl der Kurden auf 12 Mio.

Die Kurden leben hauptsächlich von der Landwirtschaft. Sie stellt mit 64 % des Nationaleinkommens und 80 % der in ihr tätigen Bevölkerung den Hauptzweig der Wirtschaft Kurdistans dar; dabei kommt der Viehzucht eine bedeutende Rolle zu; diese herrscht in den Gebirgshöhen vor (Schafswolle und Felle als Industrierohstoffe); in den fruchtbaren Ebenen der großen Flüsse wie Tigris, Euphrat werden alle Arten von Nahrungspflanzen (Weizen, Mais, Reis, Sesam, Sonnenblumen, Gemüse, Obst) und Industriepflanzen (Baumwolle, Flachs, Hanf) angebaut.

Die Struktur der ländlichen Gesellschaft läßt sich am besten am Eigentum der Produktionsmittel verdeutlichen. Danach kann man folgende Gruppen unterscheiden:

1. Die Großgrundbesitzer: Sie stellen 0,3 % der gesamten ländlichen Bevölkerung dar und besitzen 64 % des bebaubaren Bodens. Jeder von ihnen verfügt über 300 Hektar Boden. Viele von diesen Großgrundbesitzern investieren einen Teil ihrer Profite aus der Landwirtschaft in den gewinnsicheren Wirtschaftszeigen der Großstädte, so z.B. im Bauwesen, Hotels oder Restaurants; andere von ihnen sind Wucherer.
2. Die mittleren Großgrundbesitzer: sie stellen 0,6 % der gesamten Landbevölkerung dar und besitzen 14 % des Landes. Sie wohnen, im Gegensatz zu den in den Städten wohnenden Großgrundbesitzern, auf dem Land, nehmen allerdings an dem aktiven Produktionsprozeß keinen Anteil. Die Arbeit auf ihrem Land wird ausschließlich von Bauern oder Landarbeitern verrichtet.
3. Die reichen Bauern: Sie besitzen 6% der ländlichen Produktionsfläche und bilden 1,6 % der Bevölkerung. Ihr Besitz beträgt 5 - 20 Hektar, der von anderen Bauern oder Landarbeitern bestellt wird.
4. Die mittleren Bauern: Diese Bauern sind noch selbstständig, die nicht für den Großgrundbesitzer arbeiten, sondern ein eigenes Stück Land besitzen, auf dem sie arbeiten und das für den Unterhalt ihrer Familie gerade ausreicht.

Sie bilden 3 % der Landbevölkerung und besitzen ca. 2 % des Bodens.

5. Die landlosen Bauern: Sie sind mit 60 - 70 % zahlenmäßig die stärkste Gruppe der Landbevölkerung, besitzen aber kein eigenes Land. Ungefähr 40 % von ihnen besitzen Arbeitstiere, sowie Geräte und können 1 - 3 Hektar Boden bestellen. 30 % haben weder Arbeitstiere noch Geräte. Zur Bodenbestellung benutzen sie die Arbeitstiere und Geräte des Grundbesitzers; demzufolge ist der Gewinn geringer als der der ersten Gruppe.

6. Die Landarbeiter: Sie bilden 10 % der Landbevölkerung und besitzen weder Land noch Vieh. Sie sind entweder Tages- oder Jahreslöhner, die für Grundbesitzer oder reiche und mittlere Bauern arbeiten.

7. Andere Bevölkerungsgruppen auf dem Land: Das sind in erster Linie Lehrer, kleine Handwerker (diedie einfachen Arbeitsgeräte herstellen oder reparieren, z.B. Sattler, Schmied u.a.) und Landklerus. Der Anteil dieser Gruppe an der Landbevölkerung beträgt 2,5 %. Man muß zwischen Stadtklerus, der stets reaktionär ist, und dem Landklerus, der manchmal revolutionäre Ideen predigt, unterscheiden. Ein Beispiel zur letzten Gruppe sind die Mullah, die 1968 in Iranisch-Kurdistan nach dem revolutionären Kampf der kurdischen Bauern hingerichtet wurden. Oder Najm Aldin Mullah, der als Lehrer des Volkes bekannt ist. Er hatte seit 1926 6 500 armen Bauern Lesen und Schreiben beigebracht und sie über ihre nationale und soziale Lage aufgeklärt. Seine Schule wurde Arche Noah genannt.

Nach der Landwirtschaft steht die Industrie mit 26 % des Nationaleinkommens an zweiter Stelle, wobei zu beachten ist, daß die Einnahmen aus der Erdölausbeutung 20 % ausmachen, d.h. also, daß die vom nationalen Kapital getragene Industrie nur noch 6 % des gesamten Nationaleinkommens darstellt.

Die Industrialisierung Kurdistans ist jedoch sehr viel niedriger als in den anderen Gebieten des jeweiligen Landes: So liegt sie in Iranisch-Kurdistan z.B. bei 3 %, obwohl die Kurden dort etwa 17 % der Bevölkerung ausmachen. In Türkisch-Kurdistan beträgt sie 3 - 5 % bei einem Bevölkerungsanteil von 19 % und in Irakisch-Kurdistan etwa bei 50 %. Diese stärkere industrielle Produktion in Irakisch-Kurdistan ist auf die Erdölindustrie zurückzuführen. In Syrisch-Kurdistan liegt die Industrialisierung um 2 % bei einem Bevölkerungsanteil von 10 %. Nach der Landwirtschaft stellt das Erdöl also die Haupteinnahmequelle in Kurdistan dar. Die Ölfelder liegen in Irakisch-Kurdistan hauptsächlich bei Kirkuk und Chaneqin (weswegen die irakische Regierung nach dem Märzabkommen den kurdischen Charakter von Kirkuk nicht anerkennt, bzw. die Feili-Kurden aus Chanequi in den Iran abgeschoben hat). In Türkisch-Kurdistan, in Batman und Umgebung; in Iranisch-Kurdistan in Kermandschah und in Syrisch-Kurdistan in Karatschuk an der türkisch-irakischen Grenze. Die Ausbeutung dieser Felder erfolgt (mit Ausnahme der syrischen und einem gerin-

Sozialstruktur der kurdischen Landbevölkerung nach Eigentumsverhältnissen (2):

	Anteil an der Landbevölkerung	Besitzverhältnisse	Besitzfläche
Großgrundbesitzer	0,3 %	64 %	um 300 ha
mittl. Grundbesitzer	0,6 %	14 %	30 - 50 ha
Reiche Bauern	1,5 %	6 %	5 - 20 ha
Mittlere Bauern	3 %	2 %	1 -3 ha
Landlose Bauern	60 - 70 %	-	-
Landarbeiter	10 %	-	-

Wie man aus der Tabelle ersieht, besitzen 1 % der Landbevölkerung 78 % des gesamten Bodens, während 80 % besitzlos sind.

Außer diesen Gruppen leben noch 10 % der Bevölkerung von der Viehzucht. Ihre Einkommensverhältnisse sehen wie folgt aus:

	Anteil an d. Landbev.	Eigentum/ Prozent	Zahl d. Viehs
Besitzer großer Herden	0,6	60%	mehr als 150
Besitzer mittlerer Herden	4%	18%	75-150
Hirten (Schäfer)	5%	2%	5-10

gen Teil der irakischen bis zur Verstaatlichung am 1. Juni, die von nationalen Gesellschaften gefördert werden), ausschließlich durch die imperialistischen Monopolgesellschaften, wie IPC und MPC im Irak, Shell, BP, Mobil und Esso in der Türkei.

Die übrigen 6 % des Nationaleinkommens ausmachende Industrie umfaßt vor allem Konsumgüter, Textil- und Nahrungsindustrie. Der größte Teil dieser Industrie liegt entweder in der Hand einiger Feudalherren und Großgrundbesitzer oder wird von der Handels-Import-und-Export-Bourgeoisie beherrscht (ausschließlich in den Haupt- und Großstädten). Da sich eine echte industrielle Bourgeoisie, wegen der Expansion des internationalen Marktes und der besseren Qualität der europäischen Produkte, nicht entwickeln konnte,

beschränkte sich die Investitionstätigkeit der Nationalbourgeoisie fast ausschließlich auf das Handels- und Bauwesen. Diese gestörte Entwicklung hat der nationalen Bourgeoisie ihre folgenden Charakterzüge verliehen:

1. Sie ist organisch mit dem Feudalismus und Großgrundbesitz verflochten und zeigt kein Interesse an einer radikalen Landreform.
2. Sie ist organisch mit dem ausländischen Kapital verbunden (etwa durch die Import- und-Export-Kapitalisten).
3. Sie erstrebt die Verwirklichung kurzfristiger Profite, indem sie ausschließlich im Bauwesen und der Konsumgüterindustrie investiert.

DER KAMPF UM DIE NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT

Mit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges fing auch in der kurdischen Geschichte eine neue Epoche an. Nach dem Waffenstillstand von Mudros 1918 begannen kurdische Delegierte in Paris ihr Recht auf Unabhängigkeit zu fordern. Diese Forderung der Kurden auf Bildung eines souveränen kurdischen Staats wurde von den Alliierten Siegermächten akzeptiert und im Vertrag von Sèvres am 10.8.1920 in den Artikeln 62-64 der Sektion III verankert. Nach der Machtübernahme durch Atatürk wurde dieser Vertrag jedoch für hinfällig erklärt und durch den Vertrag von Lausanne ersetzt, der die Kurdenfrage im großen und ganzen stillschweigend überging. Die imperialistischen Mächte, vor allem Großbritannien und Frankreich, die nach dem 1917 zwischen ihnen unterzeichneten "Sykes-Picot"-Abkommen die Aufteilung der kurdischen als auch der arabischen Gebiete vorgesehen hatten, arrangierten sich nun mit der türkischen Nationalbourgeoisie unter Atatürk und ließen die Kurdenfrage fallen. Irakisch-Kurdistan, Mossul-Villayte des ottomanischen Reichs, wurde nach dem obenerwähnten "Sykes-Picot"-Vertrag von der englischen Kolonialmacht dem Irak einverleibt, um die entdeckten Ölfelder von Kirkuk zu sichern. Syrisch-Kurdistan wurde in den Einflußbereich der französischen Kolonialmacht einbezogen. Die Hintergründe dieser Aufteilung Kurdistans waren einmal, wie erwähnt, die Erdölentdeckung in Kurdistan und zweitens der imperialistische Plan, durch diesen zwangsweisen Zusammenschluß einen künstlichen Widerspruch zwischen der kurdischen Befreiungsbewegung und den Befreiungsbewegungen dieser Länder zu schaffen und somit die Abhängigkeit dieser in sich zerstrittenen Länder vom Imperialismus zu verewigen.

Das kurdische Volk widersetzte sich dieser Aufteilung und organisierte mehrere Erhebungen gegen seine nationale Unterdrückung in der Hoffnung, einen eigenen nationalen Staat bilden zu können, z.B. 1925 unter Scheich Said, 1930 in Ararat und 1937 in Dersim in Türkisch-Kurdistan. In Irakisch-Kurdistan sind die Aufstände von 1922 unter Scheich Mahmud, 1931 unter Ahmed Barzani und 1943-45 unter Mustafa Barzani zu verzeichnen. (5) Diese Aufstände konnten jedoch nicht zum Erfolg geführt werden, weil sie einen tribalistischen Charakter hatten, keinen sozialen Inhalt besaßen und von keiner revolutionären Partei geführt wurden.

Der größte Sieg der kurdischen Freiheitsbewegung war die Proklamierung der "Kurdischen Demokratischen Republik" von 1946 in Mahadad in Iranisch-Kurdistan. Dort wurden nach dem Einmarsch der roten Sowjetarmee in Nordiran sowohl in Azerbeidschan als auch in Kurdistan demokratische Republiken mit Hilfe der Sowjets gegründet. An der Gründung dieser, nur ein Jahr dauernden Republik waren Kurden aus allen Teilen Kurdistans beteiligt. Die bis dahin unter dem Namen "Kemala" (Vereinigung) illegal existierende Partei wurde zur "Demokratischen Partei Kurdistans" umgebildet. Kurz darauf trat ein Parlament zusammen. Die Regierung wurde vom obersten Richter der Stadt Gazi, Mohamed, der persönliche Beziehungen zum Präsidenten der Sowjetischen Republik Azerbeidschans, Jafar Bagerow, (6) pflegte, angeführt.

Das Ziel dieser Republik war die Selbstverwaltung des kurdischen Gebietes innerhalb des iranischen Reiches. Auf sozialem und kulturellem Gebiet erbrachte die junge Republik beachtliche Leistungen: "es wurden Schulen errichtet, Zeitungen herausgegeben, revolutionäre Theaterstücke aufgeführt und literarische sowie politische Bücher gedruckt, um die Kurden allmählich in ein demokratisches Leben einzuführen". (7)

Die Zusammensetzung der Regierung dieser Republik fast ausschließlich aus religiösen Führern und Grundbesitzern und die Unterstellung dieser autonomen Regierung unter die zentrale kaiserliche Regierung in Teheran wurden ihr zum Verhängnis. So wurde diese Republik 1947 von den iranischen Truppen mit Hilfe des US-Imperialismus überfallen, sämtliche Partei-, und Regierungsfunktionäre wurden hingerichtet. Diese Maßnahmen hätte man vorhersehen können, denn es ist unvorstellbar, daß eine kaiserliche, vom Imperialismus abhängige Regierung demokratische autonome Republiken innerhalb ihrer Grenzen tolerieren würde.

DIE ROLLE DER KLASSEN IM NATIONALEN BEFREIUNGSKAMPF IM IRAK

Während der Besetzung Kurdistans durch die englische Kolonialmacht beschränkte sich die Führung der kurdischen nationalen Bewegung im Irak, beim Fehlen einer starken organisierten Arbeiterklasse und der schwachen Entwicklung der kurdischen Bourgeoisie auf die Großgrundbesitzer und die liberalen Stammeshäuptlinge, die durch die Bildung eines nationalen Staates ihre in der spät-ottomanischen Herrschaftszeit verlorene politische Macht wiederherzustellen hofften. Die Bestrebung zur Zentralisierung der Macht durch die englische Kolonial-

macht und die irakische Regierung war ein weiterer Grund für den Widerstand dieser Gruppe gegen die fremde Herrschaft. So sprach sich die eindeutige Mehrheit dieser Großgrundbesitzer bei einer Befragung des vom Völkerbund zur Lösung des anglo-türkischen Streites eingesetzten Ausschusses für einen unabhängigen kurdischen Staat aus. Der englische Kolonialismus, der die kurdischen Gebiete wegen der Ölvorkommen um keinen Preis aufgeben wollte, konnte diese Gruppe dann durch gewisse Konzessionen neutralisieren und später in eine kollaborierende reaktionäre Bewegung umwandeln, die nur noch ein Hemmschuh der kurdischen Befreiungsbewegung darstellte. Die Bauern stellten in den Anfängen die treibende Kraft der kurdischen nationalen Bewegung. Ihre Teilnahme war damals jedoch nicht aus einer Überzeugung und Bewußtwerdung ihrer Lage hervorgegangen, sondern vielmehr weil sie verpflichtet waren, an der Seite ihres Stammeshäuptlings oder Grundbesitzers, der ihnen, subjektiv gesehen, Arbeit gab, zu kämpfen. Diese Bauern, die unter dem Verhältnis der imperialistischen, nationalen und feudalen Unterdrückung lebten, waren nicht organisiert und zu 100% Analphabeten, so daß sie unter der imperialistischen und nationalen Unterdrückung sich an der Seite ihres Ausbeuters in einem gemeinsamen Kampf fühlten. Der bestehende Klassenwiderspruch zwischen ihnen konnte sich noch nicht in einen offenen umwandeln. In der gegenwärtigen kurdischen Revolution stellen sie nun die tatsächliche treibende Kraft und sind ihrer Klassensituation wohl bewußt; dies ist auf die Massenarbeit der revolutionären Parteien in Kurdistan, der Kommunistischen Partei Iraks (KPI) und der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK), zurückzuführen, die endlich die Bauernmassen organisieren und ihnen ihre wirkliche Rolle zuweisen konnten.

Ebenso schwach und unorganisiert war die kurdische Arbeiterklasse in den Anfängen des revolutionären Befreiungskampfes. Das größte Hindernis zur Ausbildung des Klassenbewußtseins bei diesen Arbeitern war die Tatsache, daß die meisten von ihnen aus bäuerlichen Verhältnissen stammten und nur für kurze Zeit arbeiteten. Sie hatten also ihre Beziehungen zur landwirtschaftlichen Produktion nicht verloren, sondern ihre Arbeit nur als eine Möglichkeit zur Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und somit als einen möglichen Ausweg aus der durch die brutale feudalistische Ausbeutung bedingten Verelendung aufgefaßt. Die Verhältnisse sahen bei den Erdölarbeitern anders aus, die intensiver an ihre Arbeitsstätten gebunden waren. Dort wurden die älteren, aktiveren von ihnen allerdings von den imperialistischen Erdölgesellschaften entlassen und durch neue ersetzt. Trotzdem konnte sich politisches Bewußtsein bei den kurdischen Arbeitern in den 20er Jahren ausbreiten, was sich in der Teilnahme an den politischen Aktionen in den Städten und den Aufständen der liberalen Grundbesitzer zeigte.

Die nationale Bourgeoisie (ausschließlich in den Großstädten ansässig) bestand hauptsächlich aus der Handelsbourgeoisie, da sich eine industrielle Fraktion, wegen der imperialistischen und nationalen Ausbeutung, nicht hatte entwickeln können. Sie nahm unterschiedliche und widersprüchliche Positionen ein, die ihren Interessen als privilegierte Klasse entsprachen. So waren die mittleren und vor allem kleinen Händler direkt ans Land gebunden, dem Zentrum des nationalen Kampfes, und sympathisierten dementsprechend mit der Befreiungsbewegung ihres Volkes, während die große Handelsbourgeoisie, die an den Markt in den großen Städten, hauptsächlich der Hauptstadt Bagdad, gebunden waren und dadurch Anschluß an den internationalen kapitalistischen Markt hatte, eine ambivalente Rolle spielte. Sie sympathisierte manchmal mit der kurdischen Befreiungsbewegung oder unterstützte sie sogar materiell. Andererseits befürwortete sie eine "friedliche Lösung" des Problems im Rahmen des jeweiligen Staatsgebildes, was sich aus ihrem Wunsch zur Übernahme der Rolle der nichtkurdischen Borugeoisie in Kurdistan und ihrem Wunsch der Beibehaltung des Anschlusses an den lokalen und internationalen kapitalistischen Markt erklären läßt.

Eine hervorragende Rolle bei den ersten nationalen Kämpfen übernahmen die kurdischen Intellektuellen, die mehrheitlich aus bürgerlichen oder feudalistischen Verhältnissen stammten und ihre Ausbildung entweder in den Schulen Istanbuls oder in der Militärakademie in Bagdad hatten. Außer diesen gab es eine in den Religionsschulen ausgebildete Schicht von Intellektuellen, die eine größere Rolle bei der Aufklärung der ländlichen Bevölkerung spielte, einmal weil sie selbst den unterdrückten Klassen angehörte und zweitens weil sie dauernd mit diesen Schichten in Kontakt standen und ihre Probleme kannten. Zu diesen gehörten die erwähnte Schule "Arche Noah" und viele kurdische Dichter.

Später wurde die Rolle dieser Gruppe von einer aufkeimenden, immer mehr an Gewicht gewinnenden und dynamischen Kleinbourgeoisie übernommen, die von den mittleren und kleinen Offizieren, den Studenten und der neuen Schicht der Intellektuellen in den Großstädten repräsentiert wurde; dazu kamen Besitzer kleinerer Geschäfte und gutgestellte Handwerker. Diese Kleinbourgeoisie vermochte dann auch bald die ersten Massenorganisationen zu gründen und sowohl in den demokratisch-kurdischen als auch in den kommunistischen Parteien die Führung zu übernehmen und die Politik zu bestimmen.

DIE HERAUSBILDUNG ANTIIMPERIALISTISCHER PARTEIEN IN KURDISTAN:

"Neue Tendenzen entstanden in der kurdischen Nationalbewegung 1935/36, als die arabische Nationalbewegung zu neuen Erfolgen bei der antiimperialistischen Befreiung kam. Seit dieser Zeit verlagerte sich der Schwerpunkt der kurdischen Bewegung mehr und mehr nach dem Irak. Ihren Hintergrund bildeten die Entstehung der AHALI-Bewegung und der ersten kommunistischen Organisationen." "Unter dem Eindruck der politischen Auseinandersetzung und dem geistigen Einfluß der AHALI-Bewegung bildete sich unter den kurdischen Studenten des juristischen Colleges in Bagdad ein nationalbewußter Kreis um Ibrahim Ahmed, der eine linke Richtung der kurdischen Nationalbewegung repräsentierte

sentierte. Es wurde erstmals im Organ dieser Bewegung "Dijara hawan" (Geschenk der Jugend) die Idee von der Gemeinsamkeit der antiimperialistischen Interessen von Kurden und Arabern vertreten." (8)

Im Jahre 1939 kam eine neue politische Organisation hinzu, die "Hiwa" (Hoffnung). Sie vertrat eine anti-faschistische Richtung und nahm aktiv an den Kämpfen von 1943 bis 1945 teil. In ihr waren Kurden aus allen Teilen Kurdistans organisiert, die jedoch fast alle aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten stammten. Nach dem Einmarsch der roten Sowjetarmee in Iranisch-Kurdistan und Azerbeidschan, während des 2. Weltkrieges, erkannte Hiwa die günstigen Gegebenheiten für die Befreiung Kurdistans und entsandte darum 1942 zwei führende Mitglieder nach Iranisch-Kurdistan, um mit den dortigen Kurden gemeinsam und mit Hilfe der Sowjetarmee eine kurdische Republik zu gründen. Ihnen gelang auch die Gründung einer kurdischen Partei in Iranisch-Kurdistan mit dem Namen "Jiani Kurd", die später in "Demokratische Partei Iranisch-Kurdistans" umgenannt wurde.
1943 begann sich die latente Auseinandersetzung innerhalb Hiwas in Form eines rechten und eines linken Flügels bemerkbar zu machen. Die unterschiedliche Auffassung über die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und dem sozialistischen Lager einerseits und mit den Engländern und dem westlichen Lager andererseits sowie die Auseinandersetzungen über die offene oder bedingte Unterstützung des "Barzanaufstandes" führten 1944 endlich zu ihrer Spaltung in einen rechten und einen linken Flügel (9).

Der rechte Flügel löste sich nach einiger Zeit endgültig auf. Der linke Flügel spaltete sich ebenfalls in mehrere Gruppen und schloß sich dann den beiden Flügeln der Kommunistischen Parteien an. Nachdem die Organisation "Vereinigter Kampf" unter Aziz Sharif (10), die ein Flügel der KP Iraks darstellte, 1944 nach Verhandlungen mit der Organisation "Die Basis", die den anderen Flügel der KP Iraks darstellte, beschlossen hatte, sich aufzulösen und der "Basis" beizutreten, machte sich die kurdische Sektion des "Vereinigten Kampfes" selbständig und gab sich den Namen "Kommunistische Partei Irakisch-Kurdistans". Bekannter wurde sie unter dem Namen ihrer Zeitung "Sores" (Revolution).

Nach dem Vorbild der antifaschistischen Volksfront in Frankreich, Griechenland und Jugoslawien bildete Sores mit einigen unabhängigen kurdischen Demokraten und Patrioten eine neue Partei "Rizgari Kurd" (die Befreiung). Ihr schlossen sich später auch die meisten Anhänger Hiwas an. Rizgari hatte ein antiimperialistisches, sich an den Lehren des Marxismus-Leninismus orientierendes Programm und wurde von Sores gelenkt. Sie setzte sich mit anderen demokratischen und kommunistischen Organisationen in Verbindung und führte mit ihnen einen gemeinsamen Kampf, sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene.

1946 schlossen sich die kurdischen Organisationen (außer dem Kreis um "Geschenk der Jugend" und einem Teil von Sores, der sich der KP Iraks anschloß) zusammen unter dem Vorsitz Barzanis und gaben sich den Namen "Kurdische Demokratische Partei". Die Hauptziele dieser Partei waren:

1. Befreiung des Iraks vom Imperialismus
2. Auflösung der mit England abgeschlossenen Verträge
3. Erzwingung eines demokratischen Regimes im Irak
4. Einrichtung einer "autonomen Republik Kurdistans" im irakischen Staatsverband, mit dem Recht einer Auslandsvertretung, vor allem in der Demokratischen Republik Mahabad
5. Enge Zusammenarbeit mit dem antifaschistischen Lager in der Welt.

Das wirtschaftliche Programm der Partei nannte folgende Hauptziele:

1. Nationalisierung der Bodenschätze
2. Aufbau einer staatlichen Schwerindustrie
3. Förderung der nationalen Bourgeoisie im Bereich der Leichtindustrie
4. Aufteilung der Staatsländereien unter den Bauern

Auf innenpolitischen Gebieten forderte die Partei:

1. Aufbau eines kurdischen Schulwesens einschließlich einer kurdischen Universität
2. allgemeine Schulpflicht
3. Zulassung freier Gewerkschaften
4. staatlich festgesetzte Mindestlöhne, menschliche Arbeitsbindungen und eine allgemeine staatliche Altersversorgung für die Arbeiter
5. Verbot jeder Monopolbildung

"Die Grundkonzeption der Partei war also die Vorstellung einer demokratischen, antiimperialistischen Einheitspartei für die nationale Bewegung der Kurden im Irak."(11)

Nach dem Zusammenbruch der Republik Mahabad schloß sich auch die irakische Sektion der "Demokratischen Partei Irakisch-Kurdistans" unter Ibrahim Ahmed dieser Organisation an. Die Beschlüsse des zweiten Parteikongresses, der 1951 stattfand, bestimmte die weitere Entwicklung der Partei und konkretisierte ihre Vorstellungen. Von besonderer Bedeutung ist der vom Kongreß beschlossene Programmentwurf. Die Hauptpunkte waren:

1. Umbenennung der Partei in "Demokratische Partei Kurdistans" des Irak, um zum Ausdruck zu bringen, daß die Partei auch die anderen Bevölkerungsgruppen Südkurdistans vertreten wollte.
2. Fernziel:
   Bildung einer kurdischen Volksrepublik durch den revolutionären Kampf aller Teile Kurdistans.
3. Nahziele:
   a. Demokratische Republik Irak
   b. Abzug der britischen Truppen
   c. Lösung aller aufgezwungenen Pakte
   d. Sturz der Monarchie

4. Außenpolitik:
   Zusammenarbeit der irakischen Regierung mit dem sozialistischen Lager und allen befreiten Ländern.
5. Innenpolitik:
   Neues demokratisches Regime, Aktionseinheit aller antiimperialistischen Kräfte; eine demokratische Regierung Kurdistans als autonome Regierung im Rahmen einer föderativen Republik.
6. Allgemeine Bodenreform; Nationalisierung des Erdöls und aller Bodenschätze; staatliche Industrialisierung; landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaften; obligatorische gleiche und allgemeine Erziehung.(12)

Die Partei bekräftigte ihre Absicht, den Kampf gemeinsam mit anderen Parteien im arabischen Teil des Irak zu führen, da eine Lostrennung unter den herrschenden Bedingungen die gesamtirakische Bewegung gespalten hätte; sie gab in der Folgezeit illegal drei Zeitungen heraus: "Rizgari" (Befreiung), "Rey Nuwe" (Der neue Weg), "Nirkey Djutar" (Das Ächzen des armen Bauern) und die an die arabische Bevölkerung gerichtete "Nida Kurdistan" (Der Ruf Kurdistan). Gemäß den Beschlüssen des 3. Kongresses legte die Partei in der Folgezeit besonderes Gewicht auf die Massenarbeit. Es wurden die "Union der Studenten Kurdistans", die "Union der demokratischen Frauen Kudistans" und die "Union der demokratischen Jugend Kurdistans" gebildet. Eine besondere Rolle spielten die geheimen Bauerngesellschaften, zu deren Unterstützung eine Rechtsanwaltliga gegründet wurde. 1951 war im Irak ein Gesetz erlassen worden, das gesonderte Gerichtshöfe einsetzte, vor denen jeder, der Anspruch auf Bodenbesitz erhob, diese Ansprüche zu beweisen hatte. Es zielte auf die Verdrängung der Bauern vom Land und auf die Herausbildung eines Großgrundbesitzes auch in diesem Teil Kurdistans ab, dessen Bauern zwar traditionell als Teile der Dorfgemeinschaft Besitzer ihres Bodens waren, aber nur selten schriftliche Dokumente besaßen, die sie als Privateigentümer auswiesen. Die von der Demokratischen Partei organisierten Bauernbünde erreichten im Verein mit der Liga, daß das Gesetz 1954 aufgehoben wurde.(13)

Dieses Eingehen der Partei auf die Grundprobleme der Bauernschaft verschaffte ihr eine solide Basis in den Dörfern, in denen die Ortsorganisationen teilweise zum aktiven Kampf gegen die Großgrundbesitzer vorgehen konnten. So konnten die Großgrundbesitzerfamilien durch passiven Widerstand, d.h., durch totalen Boykott seitens der Bauern in die Flucht geschlagen werden. Man erreichte durch diese Kampfmethode die Flucht vieler Feudaler in die Städte. Besonders erfolgreich war dies im Gebiet von Hewler (Arbil), Merga, Dasch'ti Koy, Khaschnan und Machmur.

DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER DPK UND DEN ÜBRIGEN IRAKISCHEN PARTEIEN.

Am Anfang lehnten die arabischen antiimperialistischen Parteien, sowohl nationale als auch kommunistische (ausser der Schaab unter Aziz Sharif und Alwatan unter Abdul Fattah Ibrahim) die Zusammenarbeit mit der Demokratischen Partei Kurdistans ab, weil sie die Autonomieforderungen der Kurden als eine Gefahr für die nationale Einheit des Irak ansahen. Die politische Einstellung der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien zur kurdischen Nationalfrage war nationalchauvinistisch motiviert. So schreibt Michel Aflak, Chefideologe und einer der Gründer der "Sozialistischen Partei der arabischen Wiedergeburt"(kurz: Bath-Partei) über die Minderheitenpolitik der Bath-Ideologie: " Die kurdischen Bürger (!) was wollen sie ? und wonach streben sie, als ein glückliches und würdiges Leben zu führen, und dieselben Pflichten und Rechte zu haben." (14) oder: "Es gibt keine unterdrückten Minderheiten, es gibt nur eine unterdrückte Mehrheit des Volkes und das ist das arabische Volk."(15) Und an dritter Stelle: "Niemand verbietet den Kurden, ihre Sprache zu lernen, mit der Bedingung, daß sie die Staatsgesetze akzeptieren und keine Gefahr für den Staat bilden."(16)

Aflak vermeidet es peinlich, die Kurden als Volk oder gar Nation anzusehen; für ihn sind sie lediglich Individuen des Volkes oder Bürger. Von einem Internationalismus hält Aflak ebensowenig, denn: "Der Internationalismus der Marxisten ist ein künstliches Werk, das den Charakter jedes Volkes verwischt und die Beziehungen der Völker auf reine Klassenbindungen herabsetzt. Dies stellt genauso wie die Religionsbindungen einen mißlungenen Versuch dar. ... Der wahre Humanismus ist der wahre Nationalismus." (17) Die Unterstützung der Forderungen der Kurden seitens der kommunistischen Parteien nannten die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien einen "Minderheitenkomplex". Die Kommunisten selbst, als auch die Kurden wurden als Schúubiten bezeichnet.(18)

Die Auseinandersetzungen zwischen der DPK und der KP Iraks waren anderer Natur, und konzentrierten sich auf folgende Hauptpunkte:

I. Die Kommunisten leugneten die Existenz einer kurdischen Nation ab, die das Recht auf nationale Selbstbestimmung einschließlich der Lostrennung hätte. Im Programm der Partei war unter Artikel 10 folgendes aufgeführt: "Wir kämpfen für die Schaffung einer wirklichen Gleichheit der kurdischen Nationalminderheiten, mit Berücksichtigung der Rechte der kleineren nationalen Gruppen wie Turkmenen, Armenier und Jezidis."(19)

a) Die Kurden werden als eine nationale Minderheit betrachtet, während sie ein Teil einer vom Imperialismus geteilten Nation sind.

b) Anstatt das Selbstbestimmungsrecht, als die Lösung des Marxismus-Leninismus für die nationale Frage zu propagieren, wird nur noch vom Kampf für die Gleichheit geredet

c) Die Jedizi werden als eine eigene nationale Gruppe betrachtet, während sie in Wirklichkeit Kurden sind.

Der Sekretär der KPI hat zwar persönlich das Selbstbestim-

mungsrecht des kurdischen Volkes anerkannt, die Meinungsunterschiede blieben jedoch bis 1956 bestehen.

II. Die KPI, hat trotz einem Aufruf ihres Sekretärs FAHAD zur Bildung einer kurdischen progressiven Massenpartei, eine solche Notwendigkeit abgelehnt. Sie lehnte ebenso die Bildung selbständiger kurdischer demokratischer Organisationen wie Jugend, Frauen und Studentenverbände ab. Die kurdischen Marxisten gingen von der Tatsache aus, daß Kurdistan nationale Besonderheiten aufweist, und daß die Tatsache der Aufteilung Kurdistans die Sehnsucht des kurdischen Volkes nach nationaler Befreiung und Einheit nicht unterdrücken darf.

III. Die KPI betrachtete die kurdische Befreiungsbewegung als eine nationalbürgerliche Bewegung, während die DPK sie als eine objektive revolutionäre Bewegung mit progressivem Inhalt und revolutionärer Perspektive verstand.
Die KPI änderte ihre Einstellung zur Kurdenfrage 1956 weitgehend durch die Anerkennung der Position der DPK.(19a)

Der alle Gruppen gemeinsam treffende Terror führte dann weitgehend zur Beseitigung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten. Die Schaab-Partei, die linke Fraktion der national-demokratischen Partei unter Kamil KASANDJI und die kommunistische Partei FAHADs schlossen Aktionsabkommen und begannen mit der kurdischen Partei zusammenzuarbeiten. Den ersten Höhepunkt des gemeinsamen Kampfes von Kurden und Arabern bildete die gemeinsame Abwehr des Versuches, Anfang 1948 den irakisch-englischen Vertrag von 1930 zu verlängern. Am 6. Januar 1948 kam es zur ersten gemeinsamen Demonstration aller antiimperialistischen Kräfte des Iraks.

Vom juristischen College ausgelöst, begannen allgemeine Straßendemonstrationen, die das ganze Land ergriffen und bis zum 27. Januar anhielten. Neben der kurdischen Demokratischen Partei waren von den Kommunisten zur Istiqbal alle politischen Parteien und Gruppierungen Iraks vertreten. Der Einsatz des Militärs war vergeblich. Am 27.1. trat die Regierung zurück. Ihre Nachfolgerin gab offiziell die Zusicherung, jenen Kolonialvertrag nicht nochmals zu verlängern.

Das Verhältnis zu den fortschrittlichen arabischen Parteien trübte sich wieder, als 1957 eine Reihe kommunistischer Kurden zur Demokratischen Partei Kurdistans übertraten. Die DPK wurde isoliert und nicht in die 1957 gegründete nationale Volksfront der arabischen Parteien aufgenommen (20)
Erst nach der Volksrevolution vom 14. Juli 1958 wurde sie von der allerdings bald zerfallenden Volksfront akzeptiert.

Die Revolutionsregierung unter KASSEM sicherte den Kurden die Gewährung der nationalen Rechte zu. In der "provisorischen" Verfassung von 1959 wurden Kurden und Araber als gleichberechtigte Partner bezeichnet (Art. 3).

So konnte auch die DPK erstmals in ihrer Geschichte einen legalen Kongreß im Jahre 1960 abhalten. Der Kongreß beschloß ein modifiziertes Parteistatut. Der 2. Artikel dieses Statuts lautete: " Unsere Partei ist eine revolutionäre demokratische Partei und repräsentiert die Interessen der Arbeiter, Bauern, Angestellten, der Handwerker und der revolutionären Intelligenz des irakischen Kurdistan."
Im Artikel 3 des Statutes heißt es: " In ihrem politischen Kampf und den sozialen Analysen folgt unsere Partei der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus-Leninismus."(21)
Um eine offizielle Zulassung der DPK vom Innenministerium zu erreichen, wurde dieser Artikel dann wie folgt umformuliert: " In ihrem politischen Kampf und in den sozialen Analysen folgt unsere Partei der progressiven wissenschaftlichen Lehre, die mit der Lage unseres Volkes vereinbar sind."(22)

Die Volksfront der irakischen Parteien ging aber nach der Machtübernahme auseinander, was durch ihre Zusammensetzung aus Parteien mit verschiedenen Programmen und Ideologien bedingt war. KASSEM nutzte diese Widersprüche und Meinungsunterschiede zwischen den einzelnen Parteien geschickt aus und konnte darauf seine Diktatur 3 Jahre lang aufrechterhalten. Es waren zwei Hauptprobleme für die Auflösung der Volksfront maßgeblich:

1. die kuridische Nationalfrage: Einige nationalarabische bürgerliche und kleinbürgerliche (so einige Teile der Istiqbal, Nasseristen, Bath-Partei) Elemente leugneten die Existenz der kuridischen Nation und sprachen vielmehr von einer sprachlichen Minderheit, die ihre Rechte vollkommen genieße (sic !). Das Recht der Kurden auf Autonomie, das auf Antrag der DPK in der provisorischen Verfassung festgelegt werden sollte, wurde sowohl von KASSEM als auch von der Volksfront abgelehnt.(23)

Diese Forderung der Kurden wurde von diesen Parteien mit der Bestrebung zur Bildung eines zweiten Israels verglichen, was eine völlige Verkennung des Charakters der kurdischen Befreiungsbewegung darstellt, und den bürgerlichen Chauvinismus dieser Parteien entlarvt. Unterstützung der Forderung der Kurden seitens der Kommunistischen Partei nannten sie einen "Minderheitenkomplex".

2. die Machtfrage: Es entstanden zwischen den (wenigstens dem Verständnis nach) marxistisch-leninistischen Parteien so der KPI und der DPK, und den oben genannten Parteien Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Beziehungen zur Vereinigten Arabischen Republik. Die nationalistischen Parteien wollten eine sofortige und bedingungslose Vereinigung nach dem syrisch-ägyptischen Modell erreichen. Die KPI und die DPK vertraten die Ansicht, daß man sich mit einer Föderation begnügen sollte, da sonst die Chancen der sich abzeichnenden sozialistischen Revolution im Irak verringert würden, wenn eine sofortige Vereinigung mit der durchaus antiimperialistischen,

aber kleinbürgerlichen VAR zustandekäme. Die KPI kämpfte einerseits um ihre Existenz, indem sie die Vereinigung mit der VAR unter den damaligen Zuständen ablehnte (sie hätte sich wie die KP Syrien und - Ägyptens auflösen müssen), war aber andererseits nicht bereit, selbst die Macht zu übernehmen. Sie kritisierte Kassem und unterstützte ihn andererseits gegen die anderen Parteien. Die KPI isolierte sich dann völlig, als sie Kassem auch während seines Kampfes gegen die kurdische Bevölkerung unterstützte, obwohl sie theoretisch gegen diesen Kampf war.

Der Ausbruch der kurdischen Revolution von 1961

Die Revolution von 1958 und die Periode KASSEMS öffneten die Tore für die Expansion der irakischen Kleinbourgeoisie. So hat sich die Zahl der Beamten und Angestellten als auch der Schüler und Studenten (als spätere Beamte) innerhalb von zwei Jahren verdoppelt. Der Einfluß der traditionellen Bourgeoisie wurde eingedämmt, und somit die Expansion der Nationalbourgeoisie und die Bildung von neuen privilegierten Schichten im Bereich des Handels, der Industrie und des Maklertums ermöglicht. Die zweite an Bedeutung gewinnende Gruppe war das Militär.

Parallel dazu wurde die Konsumgüterwirtschaft auf Kosten von Produktionsprojekten, vor allem durch den Import ausgeweitet, um somit die Konsumbedürfnisse der relativ wohlhabenden Bevölkerung der Städte zu befriedigen. Durch diese auf Konsum ausgerichtete Politik wurde eine größere Kapitalakkumulation verhindert. Diese Expansion der Kleinbourgeoisie mußte durch die begrenzte Aufnahmekapazität des Regierungsapparates gestoppt werden, da die Staatskasse ein größeres Wachstum nicht mehr vertragen konnte (die Zahl der Beamten erreichte 1/4 Million). Dieser Stop bedeutete allerdings eine Barriere für den Aufstieg in die Mittelklassen und führte zu einer Polarisierung zwischen den höheren, dem Staatsapparat am nächsten stehenden Gruppen und den niederen Gruppe dieser Klasse. Da diese Klasse keine wirtschaftliche Basis besaß und als eine unabhängige Gruppe nicht existenzfähig war, benutzte sie das Militär zur Aufrechterhaltung ihrer Macht. Die relativen Reformen der Ära Kassems sind auch aus der Sicht der Interessen dieser Gruppe zu verstehen. Kassem, der ein Vertreter dieser Klasse war, wurde die Popularität und Stärke der KPI, DPK und anderer demokratischer Parteien ungeheuer. Er taktierte und nutzte die Widersprüche zwischen diesen Parteien aus, um seine Diktatur aufrechtzuerhalten. Die DPK kritisierte die Haltung Kassems, sowohl zur kurdischen Nationalfrage als auch zur Demokratiefrage, unterstützte aber gleichzeitig den antiimperialistischen Teil seiner Politik.

Im März 1961 wurden dann die kurdischen Zeitungen verboten, kurdische Parteimitglieder verhaftet, und die mit der Partei sympathisierenden Dörfer von Polizei und reaktionären Feudalen angegriffen. Am 11. September wurde schließlich auch die Luftwaffe zur Bombardierung kurdischer Dörfer eingesetzt. Die DPK organisierte den Kampf der Widerstandsgruppen und übernahm die Führung der Revolution. Außer dem Angriff der Kassem-Diktatur mußte die Revolution noch anderen Schwierigkeiten entgegentreten, die organisatorisch und strukturell bedingt waren. Die organisatorischen Schwächen wurden allmählich dadurch beseitigt, daß viele kurdische Offiziere und Beamte zu den kurdischen Partisanen übergingen.
Die strukturellen Schwierigkeiten waren durch die Teilnahme patriotischer Stammesführer an der Revolution bedingt. Diesen Stammesführern wurden die im Verlauf des Kampfes immer stärker ausgeprägten sozialen Forderungen der kurdischen Bauern unangenehmer. Sie wollten es nicht annehmen, alte Vorrechte und feudale Konzeptionen aufzugeben. Die Forderung der kurdischen Revolution schlug sich bald in der Parole "Autonomie für Kurdistan und Demokratie für den Irak" nieder.

Nach dem Putsch der Baath-Partei 1963 und den nachfolgenden Massenmorden an Kommunisten schlossen sich auch die Kommunisten den revoltierenden Kurden an und kämpften seitdem gemeinsam gegen die reaktionären Regimes im Irak. Die Bath-Regierung von 1963 war nach einem mit Hilfe der "Irak Petroleum Companie IPC", der iranischen und türkischen Regierungen, den amerikanischen und britischen Geheimdiensten durchgeführte Putsch an die Macht gekommen. Die CENTO-Länder Türkei und Iran bereiteten eine direkte Intervention gegen die kurdische Revolution im Irak vor, um den bathistischen Machthabern zu Hilfe zu eilen. Dieser Beschluß wurde auf einer Sitzung der CENTO in Izmir, in der Türkei, im Juli 1963 (unter dem Code "Tigeroperation") gefaßt. Er wurde dann durch ein sowjetisches Ultimatum vereitelt.(24) Syrien, das ebenfalls von der Bath-Partei regiert war, hatte sich schon direkt an den Kämpfen gegen die Kurden beteiligt.

1964 wurde in den befreiten kurdischen Gebieten ein "Kommandierender Rat der Revolution" geschaffen, der sich aus folgenden Gruppen zusammensetzt:

1. DPK-Vertreter
2. Pes-mergah-Vertreter (Partisanen)
3. Volksvertreter

Aus diesem Rat werden die Mitglieder des "Exekutivbüros" der Revolution gewählt, das die Aufgaben einer lokalen Regierung wahrnimmt.(25)

In diesem Revolutionsrat sind auch arabische Partisanengruppen vertreten, die am bewaffneten Kampf beteiligt waren. Anfänglich waren auch einige patriotische Stammesführer in dem Rat vertreten, die manche Entscheidungen dieses Rates erschwerten. Die meisten dieser konservativen Vertreter wurden höflich in einem langsamen Prozeß hinausgedrängt, indem man ihnen keine Arbeit mehr gab. Viele von ihnen gaben nach und nach ihre Arbeit freiwillig auf, nachdem ihnen keine praktische Macht mehr zustand. Dieser Prozeß ist zum größten Teil beendet worden, wenn auch nicht ganz. Er wird langsam durchgeführt, um die Bildung einer konservativen inneren Front zu vermeiden.

Der "Kommandierende Rat" hat (bis zum Friedenschluß vom 11. März 1970) nur noch 52 Mitglieder statt wie früher 69, wobei die Reduzierung eben auf die Ausscheidung solcher Stammesführer zurückzuführen ist. Signifikanter ist die Umstrukturierung des "Exekutivbüros", das jetzt ausschließlich aus DPK-Mitglieder besteht. (Nach dem Abschluß des März-Abkommens werden die Aufgaben dieses Rates wieder von den zuständigen staatlichen Stellen wahrgenommen.)

Die Leistungen der Revolution auf dem sozialen Sektor.

Die sozialen Dienstleistungen stellten eine dauernde Schwierigkeit für die Führung der Revolution dar.
Einerseits konnten die landwirtschaftlichen Produkte der befreiten kurdischen Gebiete infolge der wirtschaftlichen Blockade nicht exportiert werden, andererseits war das kurdische Gebiet von den Versorgungsmärkten der Großstädte abgeschnitten. Die Hilfsgüter der internationalen humanitären Organisationen - wie Medikamente und essentielle medizinische Instrumente - konnten nicht überreicht werden, da die irakische und Nachbarregierungen ihnen die Erlaubnis verweigerten. Diese Dienstleistungen beschränkten sich daher und wegen des Mangels an technischen Hilfskräften auf ein Minimum.

a.) Schulwesen

Seit dem Waffenstillstand von 1966 sind in den befreiten Gebieten Kurdistans 2oo Grundschulen, 1 Oberschule sowie etwa 75 Notschulen errichtet worden. Von den Mitgliedern der DPK wird seit 1967 eine Alphabetisierungskampagne geführt. Es wurden Kurse besucht, die nach 6 Monaten abgeschlossen werden konnten; außerdem wurden Lehrer in einer Notakademie ausgebildet.

b.) Gesundheitswesen

Auf die 1,2 Millionen Menschen, die in den befreiten Gebieten leben, kommen nur 2 Vollmediziner. Ferner gibt es ein knappes Dutzend von primitiv ausgerüsteten "Krankenhäusern" in Höhlen und Hütten, die von Kurden mit früheren praktischen Erfahrungen geleitet werden. Auf dem Land gibt es etwa 8o Sanitäter, die mit den geringen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, die Bevölkerung betreuen müssen. In einigen Gebieten gibt es keinerlei medizinische Betreuung. Von den Vollmedizinern werden trotz der Überbelastung medizinisches Personal und Sanitäter ausgebildet.

c.) Landreform

In den befreiten Gebieten wurde die Politik verfolgt, das Land aller auf Seiten der Regierung stehender Besitzer ihren Pächtern zur freien Nutzung zu überlassen (teils geschah dies im Rahmen der Assimilierung von Tausenden von Flüchtlingen aus den von der Regierung kontrollierten Gebieten) und es ihnen dann mit vollem Recht als Besitz zu übertragen.

Der Vertrag vom 11. März 1970

Nach langen Verhandlungen wurde am 11. März 1970 ein Vertrag zwischen der Führung der kurdischen Revolution und der irakischen Regierung unterzeichnet, demzufolge die Rechte der irakischen Kurden auf Autonomie anerkannt wurden. (26) Eine Analyse der Begleitumstände, die beim Zustandekommen dieses Vertrages mitgewirkt hatten, lassen deutlich erkennen, daß die irakische Regierung (jedenfalls nicht alle ihre Mitglieder) nicht aus Überzeugung dieser Vereinbarung zugestimmt hatte. Vielmehr führten folgende Gründe dazu:

1.) die organisatorische und militärische Stärke der kurdischen Revolution, d.h. ihre Unbesiegbarkeit trotz des Einsatzes von Napalm, Schwefelsäure und reaktionärer kurdischer Feudale.
2.) Isolierung Iraks, sowohl auf arabischer als auch internationaler Ebene, nach den öffentlichen Terrormaßnahmen und die Verfolgung aller demokratischen Kräfte im Irak.
3.) der Druck der Sowjetunion und der arabischen Länder auf den Irak, seine Truppen an der israelischen Front einzusetzen, damit Ägypten entlastet werden konnte und die Sowjets sich nicht so stark engagieren brauchten. (Der Einfluß der Sowjetunion begann sich 1968 nach dem Bath-Putsch deutlicher abzuzeichnen.)
4.) der Druck Großbritaniens und der Ölgesellschaften, bedingt durch die Angst um ihre Interessen, nachdem die kurdischen Widerstandskämpfer die Ölanlagen durch genau dosierte Präventivanschläge geschädigt hatten.

Für die kurdische Revolution waren folgende Gründe maßgeblich:

1.) Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der befreiten Gebiete, da die großen Städte unter der Kontrolle der irakischen Armee standen.
Somit wurde das Land von seinem Absatzmarkt und der Versorgungsquelle zugleich abgeschnitten.
2.) Der Druck der Sowjetunion und der KPI auf die kurdische Revolution, sich mit der neuen "nationalen Regierung" auszugleichen und eine nationale Front zu bilden. Diese neue Einschätzung der Rolle der Bath-Partei läßt sich aus dem "Kommunist Nr. 16/1969" entnehmen.
So schreibt V. Rumjancev über den Irak: "Wichtige Veränderungen vollzogen sich im Irak, als dort im Juli 1968 die Bath-Partei die Macht ergriff; diese Partei durchläuft eine schwerwiegende ideologische Evolution. 1963 sei ihre Regierung noch von Repressionen gegen die Kommunisten begleitet gewesen, jetzt habe die Partei begonnen, die Kommunisten aus den Gefängnissen zu entlassen und ihnen die Möglichkeit zur Mitarbeit einzuräumen. Die Bath-Partei habe in der Absicht einen Dialog mit der KPI eröffnet, im Lande eine "fortschrittliche nationale Front" zu schaffen." (27) Die vermittelnde Rolle der KPI hatte einen wesentlichen Anteil am Zustandebringen dieses Vertrages gehabt.
3.) Die Widersprüche innerhalb der Bath-Partei selbst, vor allem die Auseinandersetzungen zwischen dem militärisch-chauvinistischen Flügel unter AMMASCH HARDAN TAKRII und dem zivilen Flügel unter AL-SAMMERAI, der

die Tendenz zu gewisser Demokratisierung und Bildung einer nationalen Front erhoffen ließ. Nach dem Märzabkommen wurden dann die Führer des militärischen Flügels ihren führenden Positionen enthoben und z.T. als Botschafter ins Ausland geschickt. Der gemäßigte Flügel um Saminirai ging als Sieger aus diesem Machtkampf innerhalb der Bath-Partei hervor.

Der Vertrag stellte einen positiven Ansatz zu einer möglichen Demokratisierung Iraks dar. Die vereinbarte progressive Nationalfront hätte die Möglichkeit gehabt, die Transformation des jetzigen Regierungsapparates in ein demokratisches Instrument zu vollziehen. Außerdem konnte die Beendigung der inneren Probleme der Regierung mehr Macht verschaffen, um den Intrigen und der Ausbeutung der Ölgesellschaften effektiv entgegenzutreten.

In der Anfangszeit konnte AL-TAACHI, das Organ der DPK, der irakischen, arabischen und internationalen Öffentlichkeit den progressiven Charakter der kurdischen Revolution aufzeigen, sie entwickelte sich zum Forum aller Demokraten im Irak. Ihre konsequente kritische Linie hat die irakische Regierung und ihre Presseorgane mehrmals zu empfindlichen Reaktionen veranlaßt. So drohte das Informationsministerium AL-TAACHI, als sie zum Anlaß der Ermordung des irakischen Demokraten "Mohsim HASSAN AL NAHOR" durch die "Nationale Sicherheit", eine Abteilung der Polizei, einen Artikel veröffentlichte, zu schließen, falls sich das wiederholen sollte.

AL-TAACHI veröffentlichte daraufhin dieses Ultimatum mit einer Gegenerklärung. Inzwischen ist es wieder klar geworden, daß die Bath-Regierung die vereinbarten Punkte des Vertrages nicht zu verwirklichen gewillt ist. Die Provokationen dauern in Kurdistan immer noch an, die Bildung der kurdischen demokratischen Organisationen wird verhindert, ihre Mitglieder liquidiert und die Bildung der vereinbarten progressiven nationalen Front ist ausgeblieben.
Diese nationale Front wäre die einzige Garantie für die Verwirklichung dieses Vertrages. Stattdessen bewaffnet die Regierung die reaktionären Feudalen und versucht die die Führung der kurdischen Revolution auf diese Weise in die Knie zu zwingen.

Eine chronologische Darstellung der Maßnahmen der Bath-Regierung seit dem Märzabkommen zeigt deutlich, was sich die Bath-Partei vom Frieden versprach, nämlich die Liquidierung der Kader der DPK in aller Stille.
a.) So versuchten die irakischen Truppen im Sommer 1971 mit Hilfe einiger Feudalen einen strategisch wichtigen Berg zu besetzen.
b.) Der Mordanschlag auf den Sohn Barzanis und ein anderes Mitglied der DPK, wobei der letztere schwer verletzt wurde.
c.) Der Anschlag auf den Präsidenten der DPK und Führer der kurdischen Revolution Barzani.
d.) Die Terrorangriffe der Mitglieder der "Nationalen Sicherheit" in Chaneqin, wobei mehrere kurdische Studentenführer und Parteimitglieder ums Leben kamen.
e.) Die Ausweisung von Zehntausenden von Faili-Kurden aus dem Irak.

Parallel zu diesen Maßnahmen gingen und geht die Verfolgung und Liquidierung der anderen demokratischen Kräfte im Irak vor sich; vor allem sind davon die Mitglieder der zentralen Führung der Kommunistischen Partei (ZF-KPI) betroffen, aber auch Mitglieder der KPI-ZK bis zu ihrer Beteiligung an der Regierung, der arabischen sozialistischen Bewegung und der linken Bath-Partei. Mit der Gründung der "irakisch-patriotischen Gruppierung" aus der KPI-ZF, der linken Bath-Partei und anderen nationalen Parteien sind noch schärfere Maßnahmen, sowohl gegen die kurdische Revolution, als auch gegen diese Parteien zu erwarten. Die Wiederbewaffnung von kurdischen Feudalen zum Zeitpunkt der Bildung der Kampffront dieser Parteien konnte u.a. auch als eine Warnung an die kurdische Revolution verstanden werden, weil sie sich mit dieser Gruppierung verbinden.

DIE ENTWICKLUNG NACH DER PROKLAMATION DES ENTWURFES DER CHARTA DER NATIONALEN AKTION:

Am 15. November 1971 verkündete der irakische Staatspräsident HASSAN AL-BAKR den Entwurf der Charta der Nationalen Aktion.
Dieser Entwurf wurde allein von der Baath-Partei ausgearbeitet, obwohl früher bei mehreren Anlässen vereinbart wurde, daß der Entwurf erst dann dem Volk verkündet würde, wenn alle Parteien und Kräfte, die an der nationalen Einheitsfront teilnehmen würden, darüber diskutiert haben. Stattdessen bekamen die anderen Parteien lediglich zwei Tage vor der Verkündung Exemplare von dem fertig verfaßten Entwurf.

a.) Dem Entwurf zufolge werden die Legislative und die Executive während der ganzen "Übergangsperiode von den in der provisorischen Verfassung erwähnten allgemeinen Institutionen wahrgenommen". (28)
Diese allgemeinen Institutionen sind der "Revolutionsrat", der sich ausschließlich aus Mitgliedern der Bath-Partei zusammensetzt und das Kabinett, an dem neben Bath-Ministern 5 kurdische Minister beteiligt sind. Diese kurdischen Minister haben aber nur Verwaltungsaufgaben inne, da die wichtigen Entscheidungen vom "Revolutionsrat" getroffen werden. Die Beschränkung aller wichtigen Entscheidungen auf den "Revolutionsrat" steht im Widerspruch zum Geist der nationalen Einheitsfront und bedeutet faktisch, den Zweifel an der Ehrlichkeit und Entscheidungsfähigkeit der anderen Parteien. Außerdem ist die Dauer der "Übergangsperiode" nicht festgelegt. Eine dem Geist der nationalen Einheitsfront entsprechende Lösung wäre vielmehr durch die Bildung einer Koalitionsregierung gegeben, die sich aus allen demokratischen, dem Entwurf zustimmenden, Kräften

zusammensetzt, entsprechend ihrer tatsächlichen Größe, mit Berücksichtigung der Führungsrolle der Bath-Partei in einem objektiven, den Zielen der Einheitsfront nicht widersprechenden Rahmen. Die Volksversammlung müßte sich nach demselben Prinzip zusammensetzen, und die "Übergangsperiode" allmählich beenden, bis die neue Volksversammlung durch allgemeine Wahlen zustandekommt und die neue Verfassung ausarbeitet.

b.) Im Entwurf steht weiter, daß "die Einheit der Armee und aller nationaler bewaffneter Kräfte, ihre Einsetzung für die Revolution, für ihre Prinzipien und Führung, und die Verpflichtung dieser Armee, die Errungenschaften des Volkes vor jeder Art von Angriffen, Verschwörungen oder Sabotage, prinzipielle Dinge sind, die nicht vernachlässigt werden können. Nur die Führung der Revolution kann die Verantwortung der Erfüllung dieser Bedingungen übernehmen."(29)

Das bedeutet, wie auch von mehreren Verantwortlichen der Baath-Partei konkretisiert wurde, daß nur die Baath-Partei für sich das Recht in Anspruch nehmen kann, innerhalb der Armee politisch zu agitieren. Die Armee setzt sich aber aus allen ethnischen Gruppen zusammen, vor allem aber aus dem arabischen und kurdischem Volk; zudem stammen die Soldaten und Offiziere aus allen Klassen der Gesellschaft. Es ist also selbstverständlich, daß die Armee mit ihrer Struktur und Zusammensetzung die Struktur und Zusammensetzung der irakischen Gesellschaft wiederspiegelt. Sie setzt sich aus allen Völkern und politischen Kräften des Iraks zusammen, deshalb müßte es auch jeder Partei erlaubt sein, in der Armee politisch zu agitieren. Es ist ein Widerspruch in sich, wenn die Zusammenarbeit mit anderen Kräften in der Verwaltung und der Regierung erwünscht ist, die Tätigkeit dieser Kräfte in der Armee aber als Verschwörung und Sabotage denunziert wird.

c.) Im Entwurf wird weiterhin ausgeführt, "daß die Ausübung der Nationalrechte der kurdischen Volksmassen einschließlich der Autonomie, ... aufgrund der Zustimmung und Anerkennung dessen geschieht, daß der Irak ein untrennbarer Teil der arabischen Nation sei." Dies ist ein überflüssiges Junktim; denn es ist eine Selbstverständlichkeit, daß das arabische Volk im Irak ein Teil der arabischen Nation ist. Es sei denn, es wird damit zum Ausdruck gebracht, daß Kurdistan ebenfalls ein untrennbarer Teil der arabischen Nation ist, was den geographisch-historischen Tatsachen widerspricht und das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes in Frage stellt. Das kurdische Volk hat freiwillig das brüderliche Zusammenleben mit dem arabischen Volk im Irak gewählt, die Ausübung seiner Nationalrechte von der Zustimmung abhängig zu machen, daß Kurdistan ein untrennbarer Teil der arabischen Nation sei, zeigt mindestens einen Hauch von Chauvinismus, wenn es nicht eine praktische Annullierung des März-Vertrages bedeutet.

Die Reaktion, der demokratischen Kräfte auf diesen Entwurf hin war unterschiedlich. Während die Vertreter der DPK Bedenken wegen der oben aufgeführten Punkte äußerten und ihre tatsächliche formelle Teilnahme an der Regierung wie es jetzt der Fall ist, von der Berücksichtigung dieser Punkte abhängig machte, war sich die Kommunistische Partei -Zentralkomitee nicht einig. Neben dem kurdischen Zweig waren die europäische Organisation der KPI und auch einige Zellen gegen eine Beteiligung an der Regierung, falls keine befriedigende Einigung vor allem über die Punkte a.) und b.) zustandekommen würde. Einige Mitglieder des ZK waren dagegen für eine solche Teilnahme, weil sie trotz allem in dem Entwurf eine akzeptable Arbeitsbasis fanden.

Nach dem Besuch des sowjetischen Premiers Kossygin und dem anschließenden Abschluß des Freundschaftsvertrages zwischen dem Irak und der UdSSR haben sich die Befürworter einer Beteiligung an der Regierung anscheinend durchgesetzt. In einer Erklärung zu der von ihr gegebenen Zustimmung, 2 Ministerposten in der Regierung zu besetzen, sagte die KP "sie habe die Zustimmung zu diesem Vorschlag der regierenden Bath-Partei unter Berücksichtigung der positiven Schritte gegeben, die von dieser Partei unternommen wurden: Die Veröffentlichung des Entwurfes der Charta der Nationalen Aktion, die die Schaffung einer Einheitsfront der fortschrittlichen Parteien und Kräfte im Irak zum Ziel hat, der Abschluß des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und dem Irak, die Aufnahme der Erdölförderung durch die nationalen Kräfte des Landes mit Hilfe der Sowjetunion und Ungarn. (Es bezieht sich auf die Ausbeutung des Erdöls der Felder von Nord-Rumeilah und nicht von Kirkuk, die erst später verstaatlicht wirden.)" (30) Der Vertrag war am 9. April beim Besuch Kossygins in Bagdad unterzeichnet worden, um die Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und militärischem Gebiet zu fördern und wird automatisch alle 5 Jahre verlängert, falls ihn nicht eine Seite aufkündigt.

Der Vertrag diente vor allem zur Festigung der Position der Bath-Partei anderen Parteien gegenüber. Es wundert denn auch nicht, daß die KPI nun meint, es seien durch diesen Vertrag neue Verhältnisse entstanden und größere Möglichkeiten gegeben, um "die Interessen der Werktätigen des Iraks" in der Regierung zu vertreten. Sicherlich kann dieser Vertrag dem Irak auf dem Wege seiner polischen und wirtschaftlichen Befreiung vom Imperialismus nützlich sein, aber ob die KPI bei den in dem Entwurf

der Charta der Nationalen Aktion enthaltenen Tatsachen auch wirklich die "Interessen der Werktätigen des Iraks" konsequent vertreten kann, ist zweifelhaft. Denn die beiden kommunistischen Minister werden, wie ihre kurdischen Amtskollegen nur Verwaltungsarbeiten verrichten dürfen, da die tatsächlichen Entscheidungen in dem nur aus Bath-Mitgliedern bestehenden "Revolutionsrat" getroffen werden. Die kurdischen Minister können wenigstens behaupten, daß sie nur auf der Grundlage des März-Vertrages im Amt seien und für die tatsächlichen Entscheidungen keine Verantwortung trügen; den kommunistischen Ministern wird sich ein ähnliches Alibi wohl kaum bieten.

DIE VERSTAATLICHUNG DER IPC

Am 1. Juni verstaatlichte der Irak die Irac Petroleum Companie (IPC). Stunden danach verstaatlichte auch Syrien die Leitung, die das Öl von den nördlichen Feldern des Iraks nach Banias (Syrien) und Tripolis (Libanon) ans Mittelmeer befördert. Der offiziell angegebene und in der bürgerlichen Presse wiedergegebene Grund der Verstaatlichung war die drastische Drosselung der Erdölproduktion durch die IPC. Die Reduzierung der Produktion bedeutete eine große Gefährdung der wirtschaftlichen Entwicklung des Iraks, dessen Etat immer noch aus der Erdölproduktion seine wichtigen Einnahmen bezieht.

Trotz der Drohung der irakischen Regierung, sie werde die Anlagen der IPC verstaatlichen, wenn die Gesellschaft die Produktion nicht steigere, blieb die IPC bei der gedrosselten Produktion. Eine Verstaatlichung war nun unumgänglich geworden, da die IPC offenkundig die Konfrontation suchte. Die IPC wollte einerseits mit der Begründung, es gebe Absatzschwierigkeiten, die Produktion nicht erhöhen, andererseits lehnte sie jedoch ab, dem Irak Erdöl zur Verfügung zu stellen, um es an die sozialistischen Länder zu verkaufen. (31)

So betrug die Produktionswachstumsrate von 1961-1969 lediglich 5,2%, während der internationale Erdölverbrauch jährlich durchschnittlich um 7,5% stieg. In derselben Zeitspanne betrug die internationale Produktionswachstumsrate aber 10%. Die konsequente Benachteiligung des Iraks durch die Monopolgesellschaften läßt sich aus der folgenden Tabelle ersehen, die die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Erdölproduktion im Nahen Osten zeigt:
(in Millionen Tonnen) Tabelle siehe unten

Die Produktionskapazität ist ebenfalls seit 1967 zurückgegangen, obwohl ihre Ausschöpfung bei den gleichbleibenden Produktionskosten und vor allem bei gleichbleibendem variablen Kapital, dem konstanten Kapital der Gesellschaften zugutegekommen wäre. Die Produktionskapazität der Jahre 1968/69 betrugen nur noch 45% bzw. 45,6% gegenüber 63% im Jahre 1963 und 55% im Jahre 1967 (32).

Andere Streitfragen der langen Verhandlungen zwischen der irakischen Regierung und den Erdölgesellschaften, die der Verstaatlichung vorausgingen, waren z.B. das Problem der Beteiligung des Iraks am Kapital der Gesellschaften, die Frage der Investitionen der Gesellschaften im Irak und die Zahlung von Steuerrückständen an den Irak. Obwohl es dem Irak nach dem Vertrag von San Remo zusteht, sich bis zu 2o% am Kapital der Gesellschaften zu beteiligen und von den neuen Aktien, wiederum 2o% in Anspruch zu nehmen, wurde seine Beteiligung von den Gesellschaften abgelehnt. Prinzipiell konnten die Gesellschaften den Vertrag von San Remo nicht in Frage stellen, praktisch aber lehnten sie die Forderung des Irak mit der Begründung ab, es würden keine neuen Aktien angeboten, und der Irak könne sich daher am Kapital der Gesellschaften nicht beteiligen.

	Irak	Iran	Kuwait	S.-Arabien	Abu Dhabi	Katar	Gesamt Nahost
1960	47,5	52,6	81,9	62,1	-	8,2	261,8
1969	74,9	168,1	129,5	148,6	28,9	17,o	614,3
jährl. Wachstumsrate	5,2%	13,8%	5,3%	1o,3%	2o,1%	8,4%	10,0%

Die Tabelle ist der Broschüre "Zu den Verhandlungen mit den ausländischen Gesellschaften" entnommen worden.

Dieses Verhalten und die vollständige Ausführung der Profite aus der irakischen Erdölausbeutung und die Investition dieser Profite in anderen Ländern, zeigen, daß die imperialistischen Monopolgesellschaften eine bewußte und konsequente Schwächung der irakischen Wirtschaft betrieben. Spätestens mit der Lösung des Kurden-Problems und der anschließenden politischen Stabilisierung des Irak, sahen die Monopolgesellschaften den Schatten der Verstaatlichung über sich schweben, so daß sie trotz wiederholten Drohungen seitens der irakischen Regierung und gegen eigene Interessen die Produktion nicht erhöhten. So weiß die SZ vom 3. Juni zu berichten, daß die Gesellschaft in Erwartung des kommenden Schrittes nicht einmal mehr die Masten ihrer Telegraphenleitung mit Rostfarbe habe streichen lassen.

Nachdem die Verhandlungen zwischen der irakischen Regierung - zu denen zum erstenmal auch ein Vertreter der DPK hinzugezogen wurde - und den Ölgesellschaften erfolglos verlaufen waren, hatte die Regierung nur noch die Möglichkeit, eine Verstaatlichung genauer zu untersuchen und eine Lösung für die damit verbundenen Schwierigkeiten zu finden. Die eine Form der Verstaatlichung wäre die Enteignung der Anteile aller von den Konzessionen profitierenden Gesellschaften, also auch der französischen Gesellschaft gewesen. Diese Form hätte, trotz ihrer Vorzüge, eine große Solidarität seitens der anderen ölproduzierenden arabischen Staaten erfordert, indem diese Staaten ihr Ölangebot reduziert hätten, damit das irakische Öl Absatzmöglichkeiten erhält, da ja zu erwarten war, daß die Monopolgesellschaften eine internationale Boykott-Kampagne durchführen werden. In Anbetracht der Tatsache, daß die reaktionären, ölproduzierenden arabischen Länder gerade das Gegenteil tun werden und daß die Monopolgesellschaften über 90% der internationalen Ölproduktionsmittel verfügen (die USA und die sozialistischen Länder ausgenommen), war diese Form der Enteignung in der jetzigen Phase noch nicht praktikabel. Außerdem müßte das irakische Volk enorme wirtschaftliche Opfer bringen, bis die ersten Phasen der Verstaatlichung beendet und der Widerstand der internationalen Erdölmonopolisten gebrochen wäre. (33)

Die zweite Möglichkeit bot sich in der Ausnutzung der Widersprüche innerhalb der imperialistischen Staaten, und dies hat die irakische Regierung aufgegriffen, indem sie die Aktien aller Gesellschaften bis auf die der Compagnie Francaises des Petroles (CFP) verstaatlichte. Die Vorzüge dieses Schrittes sind, daß man weniger auf die Solidarität der ölproduzierenden arabischen Länder angewiesen ist und die staatlichen Sparmaßnahmen im Rahmen des Zumutbaren bleiben.

Die Absatzschwierigkeiten des enteigneten, von den Monopolgesellschaften boykottierten, Erdöls können einmal dadurch beseitigt werden, daß man es an Frankreich verkauft, dafür aber die Importe aus diesem Land erhöht, falls die Verhandlungen mit Frankreich erfolgreich verlaufen. Weitere Mengen können nach demselben Prinzip der gegenseitigen Export-Import-Erhöhung an asiatische Länder wie Pakistan, Ceylon und Indien verkauft werden. Eine dritte Absatzmöglichkeit bestünde in dem Umtausch größerer Mengen Erdöls gegen Waren und Maschinen aus der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern. Der Freundschaftsvertrag und der Vertrag über die gemeinsame Ausbeutung der Felder von Nord-Dumeilah spielte eine entscheidende Rolle bei der Verstaatlichung des Erdöls. Sie können bei der Beschaffung von Absatzmöglichkeiten und dem Durchbrechen des Widerstandes der internationalen Erdölmonopole eine ebenso entscheidende Rolle spielen.

Zusammenfassung:

Die Entwicklung der kurdischen Befreiungsbewegung zum bewaffneten Kampf ist ein historisch-objektiver Ausdruck der Verschärfung der nationalen Unterdrückung des kurdischen Volkes und der zunehmenden Verelendung der Massen des kurdischen Volkes durch die Allianz der lokalen Bougeoisie, mit dem Imperialismus. Sie ist gleichzeitig der Ausdruck der Unfähigkeit der herrschenden kleinbürgerlichen Regierung, die Nationalfrage wissenschaftlich zu lösen. Sie war auch deshalb eine logische Entwicklung, weil alle friedlichen Versuche zur Lösung des Problems gescheitert waren; diese Versuche wurden nur zur Stärkung und dem Ausbau der eigenen militärischen Position ausgenutzt.

In ihrem Wesen und ihrer Zusammensetzung nach ist die kurdische Bewegung, die der Millionen Bauern, Arbeiter und revolutionären Kleinbourgeoisie, die eine zweifache Unterdrückung erdulden, national und sozial. Als eine Bewegung, die die nationalen und demokratischen Forderungen des kurdischen Volkes artikuliert, mußte die gegenwärtige Revolution (Bewegung) eine Koalition mit einigen liberalen Besitzenden und nationalbürgerlichen Kräften schließen, um die jetzige Etappe der Revolution zum Erfolg bringen zu können. Denn der erste scheinbare, wenn auch nicht tatsächliche, Widerspruch in Kurdistan, ist der zwischen einer unterdrückenden Regierung und des unterdrückten kurdischen Volkes. Es ist die Aufgabe der demokratischen Parteien in Kurdistan, namentlich der DPK und KPI, die Volksmassen über die tatsächlichen primären Widersrpüche aufzuklären und ihnen den Leninschen Satz zu erklären "Die Politik der nationalen Unterdrückung, ein Erbstück der Selbstherrschaft und der Monarchie, wird von den Gutsbesitzern, den Kapitalisten und dem Kleinbürgertum aufrechterhalten, um ihre Klassenprivilegien zu wahren und die Arbeiter der verschiedenen Völkerschaften zu entzweien". (34)

Somit ist die kurdische Befreiungsbewegung ein integrierter Teil der demokratischen Frage im Irak. Sie ist organisch mit dem Befreiungskampf des arabischen Volkes gebunden. Ihre Stärke und Schwäche ist direkt abhängig von der Stärke des Lagers der werktätigen Massen, die kein Interesse an der nationalen Ausbeutung haben. Die jetzige kurdische Revolution stellte bislang einen der

wichtigsten militärischen und politischen Faktoren im Irak dar, (die Zahl der DPK-Mitglieder beläuft sich auf 80.000) der Einfluß auf die irakische Politik nehmen konnte, sie kann aber von sich allein den Sturz der Regierung in Bagdad und die Errichtung eines demokratischen Staates nicht vollziehen. Die Befreiung des Irak und die Errichtung eines demokratischen populären Staates kann nur durch die gesamtirakische Revolution erreicht werden. Solange die anderen demokratischen und vor allem die kommunistischen Parteien keinen bewaffneten Kampf im südlichen Irak organisieren können, kann die Macht im Irak nicht von den Volksmassen übernommen werden. Die Kritik gilt vor allem der KPI, die in der Kassem-Ära die Macht nicht übernehmen wollte. Die Unfähigkeit der kurdischen Revolution im Irak, eine größere Rolle zu spielen, ist also zum Teil Ausdruck der Unfähigkeit der kommunistischen Organisation.

Es ist die Aufgabe der Marxisten-Leninisten im Irak, die kurdische Revolution trotz mancher Schwächen und Lücken, die nicht zuletzt durch die geographische Lage Kurdistans und ihre Umzingelung durch reaktionäre feindliche Regierungen bedingt ist, entschieden und tatkräftig zu unterstützen.

Diese internationalistische Unterstützung würde die kurdischen Marxisten-Leninisten innerhalb dieser Bewegung verstärken. Die Aufhebung des von Imperialismus und der lokalen Reaktion aufrechterhaltenen nationalen Widerspruchs wird die Klassenantagonismen auch in Kurdistan schärfer hervortreten lassen.

Es ist die weitere Aufgabe der Marxisten-Leninisten „die revolutionären Potentiale der kurdischen Revolution zu nutzen, und durch eine gesamtirakische Bewegung die Diktatur der werktätigen Massen zu errichten.'

Scharif Azad

(1) Alle diese Daten sind aus "Kurdistan und die Kurden" von R. Ghassemlon entnommen; arabische Angaben.
(2) ebd.
3) Aus "Soresa Kurd" Nr.1,1 71; Organ der Vereinigung kurdischer Studenten in Europa, Zweigstelle BRD, Heidelberg, S. 30
(4) Al Hurriya, Nr 537 vom 19.10 71
(5) Einzelheiten über die Aufstände, siehe in Chronologie in "Soresa Kurd" 1/71 S. 1
(6) Jafar Baqeron war Mitglied des ZK der KPdSU und Präsident der Sowjetischen Republik Azerbeidscham. Er wurde 1954, zusammen mit Lafrenti Birya hingerichtet. Jalal Talabani, Kurdistan und die kurdische Nationalbewegung, S. 127; Verlag Dar Al-Taliaa, Beirut
(7) aus: Erlendur Haraldsson: Land im Aufstand, Matari-Verlag, Hamburg 1966
(8) aus: Burchard Brentjes, "Wissenschaftliche Zeitschrift" der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Gesellschaftskundliche und sprachwissenschaftliche Reihe, XIII, Jahrgang 1964, Heft 9/10, S. 685
(9) Ali Abdullah, Mijoi Parti Demokrati Kurdistan, S.13-14
(10) Aziz Scharif ist jetzt Mitglied des irakischen Kabinetts
(11) Brentjes, aaO, S. 687
(12) Brentjes, aaO, S. 690
(13) Brentjes, aaO, S.690
(14) Michel Aflak, "Fisabil Al-Baath", ara.Ausgabe, Verlag Dar Al-Taliaa, Beirut, S. 174
(15) ebenda, S. 175
(16) ebenda, S. 175
(17) ebenda, S. 176
(18) "Als Schúubiten bezeichnen die Araber alle Moslems, die nicht arabischer Abstammung sind. Dieser abfällige rassistische Begriff entstand in der Ommajjaden-Zeit (661-756), als die Araber sich rassisch von den von ihnen eroberten Völker abgrenzten. Heute wird dieser rassistische Begriff wiederaufgenommen und im Dienste des Antikommunismus modernisiert. Aflak nennt beispielsweise die arabischen Marxisten Schúubiten; auch nichtarabische Minderheiten wie Kurden, Berber und andere werden von den arabischen Nationalisten als Schúubiten diskriminiert." Bassam Tibi, "Die arabische Linke", S.29
(19) aus: Fahad, "unsere Nationalfrage", Bagdad 1959. Fahad war der Gründer der KP-Irak und ihr Generalsekretär bis 1949. Er wurde am 13.Februar 1949 von der Regierung Nuri-Al Saids hingerichtet
(19a) Jalah Talabani, aaO, S. 153-155
(20) vgl, Brentjes
(21) Joyce, "Le Problème Kurde", S. 68-69
(22) Mahmud Al Darra, "Das kurdische Problem", Beirut, S. 289
(23) Talabani, aaO.,S.173
(24) A.R. Glassemlon, "Kurdistan and the Kurdes"
(25) Chabat, Organ des ZK der DPK, Nr. 511, 514, 515, 1969. Die Herauagabe von Chabat wurde nach dem Märzabkommen 1970 eingestellt. Jetzt ist die Tageszeitung Al-Taachi das Organ der DPK.
(26) Näheres in "Soresa Kurd" Nr. 1/71, S.41
(27) Vierteljahresbericht, Probleme der Entwicklungsländer, Nr. 39, März 1970
(28) Entwurf der Charta der National Aktion, Hrg. Irakisches Informationsministerium
(29) ebd.
(30) Neues Deutschland vom 18. 5. 72
(31) Aus: "Broschüre zu den Verhandlungen mit den ausländischen Ölgesellschaften", Verlag Al-Thaura, Bagdad
(32) Die Tabelle ist der o.a. Broschüre entnommen
(33) Dr. M. Salman, "Auf dem Wege zur Verstaatlichung des irakischen Erdöls", Verlag Al-Taliaa, Beirut
(34) Lenin, AW, Bd. III, S. 197

Pressemeldungen über NAHOST

Umsturzversuch gegen König Hussein von Jordanischen Armeeoffizieren

König Hussein bestätigt die Gerüchte eines "gegen seine Herrschaft und sein Leben gerichteten Umsturzversuchs" vom 5. November.

Kolonel Kaddafi von Libyen und Yassir Arafat werden beschuldigt, Bestechungsgelder in der Höhe von etwa 2 Mio Dollar an Said Dajani (ehem. Kabinettsminister und Staatsbankspräsident) übergeben zu haben. Das Attentat auf den König und seinen Bruder Hassan (Kronprinz) sollte von Offizieren der Luftwaffe und der Panzertruppen ausgeführt werden. Der Plan wurde jedoch aufgedeckt und vereitelt. Es war der 8. Attentatsversuch seit Husseins Thronbesteigung. (National-Zeitung, Basel, 7.11.72)

Bei seinem Besuch in Saudi-Arabien erwähnte König Hussein König Faisal gegenüber den Betrag von 700.000 Dollar, den Arafat für den Umsturzversuch ausgegeben habe, und bat ihn, die saudi-arabische Finanzhilfe an al-Fatah einzustellen. Als einziges arabisches Land wird Saudi-Arabien indessen Jordanien weiterhin Finanzhilfe gewähren, diesmal in der Höhe von 24 Mio Dollar. (SZ, nach einem Bericht der libanesischen Tageszeitung AL-MUHARRER, 15.12.72)

Gewaltaktionen des jordanischen Geheimdienstes über den jordanischen Militärattaché in Beirut

Am 19. November wurde der Assistent des jordanischen Militärattachés in Beirut bei der Übergabe einer Sprengstoffladung verhaftet und daraufhin nach Amman abgeschoben. Nach Angaben der palästinensischen Nachrichtenagentur WAFA soll er im Auftrag des jordanischen Geheimdienstes für die Sprengstoffattentate der letzten Monate in Beirut verantwortlich gewesen sein. Er war kürzlich zum Sekretär der Vereinigung der im Libanon akkreditierten Militärattachés ernannt worden. Er soll auch den Auftrag gehabt haben, zwei prominente Palästinenser zu ermorden. (SZ, 23.11.72)

Tagsdarauf wurde der jordanische Militärattaché, Emile Gimeaan, ebenfalls abgeschoben.

Israelische Aggressionen

In den letzten Monaten hat Israel in zunehmendem Masse Syrien und Libanon militärisch angegriffen. Allein seit dem 17. November 1972 bis heute sind in der hiesigen Presse acht größere Angriffe auf Syrien, einer davon auf libanesische Stützpunkte, gemeldet worden. Diese wandten sich gezielt ebenso gegen zivile, wirtschaftlich relevante sowie militärische Einrichtungen.

"Israel hatte in letzter Zeit wiederholt gewarnt, daß es bei der Bekämpfung des arabischen Terrorismus eine 'Vorwärtsverteidigung' anwenden werde. Vorbeugen ist besser als heilen', sagte Außenminister Eban am Dienstag (21. Nov., die Red.) im Zusammenhang mit den Zwischenfällen auf den Golanhöhen." (NZ, 22.11.72)

Am 21.11. hatten tief im Landesinnern Syriens und auf den besetzten Golanhöhen heftige Luftkämpfe und Bodenkämpfe stattgefunden, bei denen eine Anzahl von Zivilpersonen getötet wurden. "Westliche diplomatische Kreise in der libanesischen Hauptstadt reagieren mit offener Ablehnung auf das israelische Vorgehen vom Dienstag. Ein CIA-Vertreter wies Journalisten daraufhin, daß die Guerillatätigkeit auf dem Golan verhältnismäßig belanglos sei..." (NZ, 23.11.72)

Nach einer Reihe wiederholter Ausbrüche erreichte die israelische Offensive am 9.1.73 einen neuen Höhepunkt. Es begann mit israelischen Luftangriffen bis hin zu den Hafenstädten Tartous und Latakia, wo durch Bombardierungen einer Tabakfabrik in einem Wohnviertel erhebliche Verluste entstanden.

"Aus syrischen Regierungskreisen war am Mittwoch verlautet, die israelischen Flugzeuge hätten den Ort Dail nahe der Grenze zu Jordanien völlig zerstört. Alle 500 Einwohner seien getötet worden. In Nawa sei eine Volksschule getroffen worden und zahlreiche Schüler ums Leben gekommen..." (FR, 12.1.73)

"In Dail gebe es weder eine Garnison noch irgendwelche andere militärischen Ziele oder Palästina-Flüchtlinge, sondern nur Bauern und Landarbeiter." (FR, 13.1.73)

Dazu das Kommentar eines israelischen Militärsprechers: "Die Syrer haben zwei Tage gebraucht, um diese lächerliche, zynische Behauptung zusammenzudichten." Die israelischen Flugzeuge hätten ein "syrisches Militärlager bei Nawa und einen Terroristenstützpunkt beim Dorf Dail angegriffen." (SZ, 12.1.73)

Eine andere Meldung aus der FR, 13.1.73):

"Bei den israelischen Luftangriffen am Montag ... sind nach den bisherigen Feststellungen in dem Ort Dail 70 Einwohner, meist Frauen, Kinder und alte Menschen, getötet und 15 verwundet worden. Fünf Personen sind noch verschüttet. Das versicherten ... Behördenvertreter einer Gruppe von Journalisten, die den Schauplatz des Bombardements besichtigte. Syrische Soldaten waren während des Besuchs am Donnerstag noch dabei, die toten Dorfbewohner zu bestatten. Ein Bagger grub vor den Augen der Pressevertreter gerade aus den Trümmern zerstörter Häuser zwei Leichen ohne Köpfe aus. Ein Fünftel aller Wohnhäuser des Ortes ist zerstört..."

Syrien reichte eine Protestnote an UNO-Generalsekretär Waldheim ein und appellierte erneut und wiederholt an die arabischen Regierungen um Unterstützung, insbesondere seine Föderationspartner Ägypten und Libyen, von

denen bisher wie üblich nicht mehr als verbale Solidarität ertönt war.
Zugleich wurde der palästinensische Widerstand stärkeren Repressionen unterworfen: die Organisationen seien "am 9. Januar in einer Note von Damaskus angewiesen worden, ihre Stützpunkte von fünf auf 15 km hinter die Waffenstillstandslinie zurückzunehmen und sämtliche Ortschaften in diesem Gebiet zu verlassen. Sämtliche Aktionen der Fedajin gegen Israel müssen ... künftig vom syrischen Generalstab genehmigt werden." Trotzdem sollen die meisten Kämpfer inzwischen wieder zu ihren früheren Stützpunkten zurückgekehrt sein. (FR, 24.1.73)
"Die israelische Luftwaffe hat seit dem Attentat palästinensischer Freischärler auf die israelische Olympiamannschaft in München 32 Fedajin-Stellungen in Syrien und im Libanon bombardiert..." (SZ, 29.12.72)

Tagung des "volkskongresses zur Unterstützung der palästinensischen Revolution

Am Wochenende vom 25/26. November fand der Kongress statt, an dem Vertreter von mehr als 50 politischen Parteien und Bewegungen arabischer Länder teilnahmen, sowie rund 100 nicht-arabische Beobachter. (SZ, 30.11. 72)
Das Ziel des "Kongresses der progressistischen arabischen Parteien" war es, eine "gemeinsame Front aller progressiven Kräfte der Palästinenser" zu schaffen. Wegen ideologischer Differenzen haben Libyen und Sudan die Teilnahme abgelehnt.
In einem gemeinsamen Appell sprachen sich die Teilnehmer gegen "jede liquidatorische Lösung" des Nahost-Konflikts sowie "jegliche Anerkennung des israelischen Staatsgebildes". Die arabischen Regierungen wurden zur stärkeren Unterstützung aufgefordert, denn "es sei ungerecht, die Palästinenser allein kämpfen zu lassen und das Problem der Rechte des palästinensischen Volkes zu einer reinen Flüchtlingsfrage herabzumindern", und es sollten "politische und militärische Vertretungen der Palästina-Bewegung" in allen arabischen Staaten aufgenommen werden. Eine weitere Resolution forderte zum Kampf gegen die Monarchie in Jordanien und "alle araber- und palästinenserfeindlichen Regimes am Persischen Golf" auf.
(SZ, 28./30.11.72)

Konferenz der arabischen Außen- und Verteidigungsminister in Kuwait

Im Gegensatz zum "Volkskongress zur Unterstützung der palästinensischen Revolution" kam es bei der Konferenz der arabischen Außen- und Verteidigungsminister aus 18 Ländern in Kuwait, an der auch eine Delegation der PLO teilnahm, zu keiner Einigung, weder in bezug auf einen gemeinsamen Aktionsplan zur Koordinierung des politischen und militärischen Kampfes gegen Israel, noch konnte der Beschluß über die von Mahmoud Riad (Generalsekretär der Arabischen Liga) vorgeschlagene Gipfelkonferenz der arabischen Staaten für Anfang 1973 gefaßt werden.

BRD-Unterstützung

"'Wertvolle Hilfe' leisten die Bundesrepublik Deutschland und mehrere arabische Staaten der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen), betonte Ministerpräsident Muhsin El-Aini. Wie die ägyptische Nachrichtenagentur MENA berichtete, wies der Regierungschef besonders auf den von der Bundesrepublik geförderten Bau des Flugplatzes von Sanaa und die Modernisierung der Straße zwischen Taiz und Sanaa hin." (SZ, 16.11.72)

In Jordanien wird eine 116 km lange Eisenbahnlinie zwischen Hattiyah und Aqaba gebaut, mit einem langfristigen Kredit von der BRD in der Höhe von 46,5 Mio Dollar Den Auftrag erhielt eine deutsche Firma. (SZ, 16.11.72)

Am 12.12.72 sind algerisch-deutsche Regierungsverhandlungen über die zukünftige Zusammenarbeit beider Länder eröffnet worden: Wirtschaft, Handel, Bürgschaften, Kapital- und technische Hilfe. Außerdem wird ein Vertrag über die Belieferung Süddeutschlands mit algerischem Erdgas erwartet. (SZ, 13.12.72)

(BRD-Unterstützung)
"Das Auswärtige Amt bereitet sich nach dem Abschluß eines Kapitalhilfeabkommens mit Algerien auch Verhandlungen über eine ähnlich Vereinbarung mit Ägypten vor, die Ende Januar in Kairo beginnen soll. In Vorgesprächen mit der ägyptischen Regierung soll zunächst geklärt werden, ob Gespräche auch über das Problem der Schuldenregelung erfolversprechend sind..." (SZ, 22.12.72)

Jemen, Oman

Am 29.12.72 geht aus einem gemeinsamen Communiqué der beiden Staatspräsidenten Nord- und Südjemens in Tripolis hervor, daß sie den Zusammenschluß der beiden jemenitischen Staaten zur "Republik Jemen" beschlossen hätten.
Sanaa, die bisherige Hauptstadt Nordjemens, soll die Hauptstadt des neuen Staates werden. (NZ, 30.11.72)
Eine gemischte Kommission beider Länder wurde mit den technischen Vorbereitungen der Vereinigung beauftragt. (SZ, 30.11.72)
Der öffentliche Flugverkehr zwischen beiden Ländern ist am 30. November aufgenommen worden.

Am 28.12.72 trat Ministerpräsident Muhsin al-Aini zurück. In seiner Erklärung beschuldigte er sein Parlament, das Abkommen über den Zusammenschluß mit der DVR Jemen sabotieren zu wollen. Er machte die Auflösung des Parlaments und des Armeekommandos zur Bedingung für die Wiederaufnahme seines Amtes.

"Von Seiten der Stammesführer war Ministerpräsident Aini zuvor beschuldigt worden, das Abkommen ... verwirklichen zu wollen, ehe es vom Parlament gutgeheißen wurde ... Mehrere Staatsführer haben sich öffentlich auf die Seite der Südjemenitischen Flüchtlinge in Nordjemen gestellt, die den Sturz der Regierung der "Nationalen Front" in Aden herbeiführen möchten." (SZ,1.1.73)

Am 30.12.72 ist bereits eine neue Regierung gebildet worden, bestehend aus 18 Ministern unter dem Premier Abdullah al-Hadjari und dessen Stellvertreter und Außenminister Muhammad Ahmad Noman. (SZ, 2.1.73)

Die Hetzkampagne gegen das revolutionäre Regime in der DVR Jemen geht weiter:

"Zum 'Sturz des kommunistischen Regimes in Südarabien' hat der frühere Chefminister Südarabiens und der jetzige Vorsitzende der 'Vereinigten Nationalen Front' Makkawi, aufgerufen. Seit fünf Jahren herrsche in Südjemen ... eine totalitäre Clique, die tausende Männer und Frauen liquidiert habe, dreißigtausend in Konzentrationslagern halte und dreihunderttausend andere nach Nordjemen vertrieben habe. Makkawi richtet diesen Appell, wie aus der saudischen Regierungsstadt Dschiddah bekannt wurde, über einen neuen Geheimsender 'Radio Freies Jemen'. (SZ, 16.1.73)

Oman:
"Muskat, 14. Januar (Reuter). Ein umfangreiches Waffendepot, das Granatwerfer, Machinengewehre, Landminen und Granaten, meist chinesischer Herkunft erhielt, wurde bei einer Razzia im nördlichen Teil des Sultanats Oman am indischen Ozean von Regierungstruppen entdeckt. Rund 50 Personen wurden verhaftet." (FR, 15.1.73)

Israel
Ökonomie:
Staatssekretär Adin Talbar hat in München betont, wie schnell sich die israelische Industrie und der israelische Außenhandel in letzter Zeit entwickeln. Durch die hohe Einwanderungsrate würde die Anzahl an qualifizierten Arbeitkräften ständig wachsen (1972 z.B. 50.000 Einwanderer). Daher nehme der Anteil der Industrieprodukte am Export stark zu (Elektronik, chemische Industrie).
Die BRD ist der zweitgrößte Handelspartner Israels nach den USA. (SZ, 27.12.72)
Zugleich gehen immer häufiger Meldungen über eine Streikwelle in Israel ein:
Mit der Arbeitsniederlegung des Bodenpersonals der Flughäfen soll sie einen Höhepunkt erreicht haben, so daß trotz dringender Appelle von höchster Instanz der inländische und ausländische Flugverkehr mit wenigen Ausnahmen stillgelegt worden ist. Weiterhin streiken 5000 Techniker und Ingenieure des Postministeriums, die Hafenarbeiter (Gefahr für die Zitrusexporte), 650 Arbeiter einer Chemiefabrik in Haifa, Ärzte und Krankenhauspersonal und die Beamten der Einkommenssteuerbehörde. (SZ, 1.12./5.12.72)
"Die in einem Bummelstreik getretenen Hafenarbeiter fordern 45 prozentige Lohnerhöhung und Angleichung an die Tarife der Bauarbeiter. Bisher haben Regierung und der Gewerkschaftsbund 'Histadruth' einer 40 prozentigen Erhöhung zugestimmt." (SZ, 8.1.73)
"Nach einer Sondersitzung des Kabinetts und einem Angebot von Lohnerhöhungen von insgesamt 40,2 Prozent für die Jahre 73 und 74 nahmen die Beschäftigten in den israelischen Häfen die Arbeit wieder auf ..." (SZ,10.1.73)
Etat für das Wirtschaftsjahr 1973/74: ..."Das Rekordbudget ... übersteigt den gegenwärtigen Staatshaushalt um 11,3 Prozent ... Die Inflation (im Jahre 1973 allein 15 Prozent) werde allerdings anhalten. Restriktionsmaßnahmen seien darum ebenso unvermeidlich wie die Begrenzung der Lohnerhöhungen und der Gewinnraten ..."
In Hinblick auf die Wahlen werden Steuersenkungen und verstärkte soziale Dienstleistungen versprochen. (SZ,10.1.73)

Die Inflation wie die Streiks sind Folge "einer in Israels Geschichte einmaligen Prosperität": dank der stark zugenommenen Immigration der letzten Jahre, der steigenden Rüstung (knapp 20 Milliarden DM für Militärausgaben seit 1967) und "Kapitaltransfers, darunter knapp eine Milliarde deutsche Wiedergutmachungszahlungen ...
Der Boom bescherte Israel außerdem die Vollbeschäftigung. Und obwohl schon jetzt etwa 55.000 Araber aus den besetzten Gebieten in Israel tätig sind, fehlen 30.000 Arbeitskräfte. 120.000 Israelis, etwa zehn Prozent der Beschäftigten, haben mindestens zwei Jobs.
Israels Arbeitnehmer nutzen die günstige Marktlage für Gehaltsforderungen, die weit über die Lohnpolitik der Regierung und der Gewerkschaft hinausgehen ...
Gerade im Wahljahr aber scheut die regierende sozialdemokratische Arbeiterpartei unpopuläre Maßnahmen. So versuchte sie etwa, die überhitzte Konjunktur durch Kreditbeschränkungen abzukühlen (was wenig half, weil daraufhin der kontrollfreie Zinssatz von 11 auf mindestens 18 Prozent stieg). Sie unternahm aber nichts gegen die um sich greifenden Ausstände..." (Der Spiegel, 15.1.73)

Israel-Afrika-Beziehungen:
Tschad
Tschad hat seine Beziehungen zu Israel abgebrochen, als zweiter afrikanischer Staat nach Uganda. (SZ, 1.12.72)

Niger
"Israel will seine Botschaft in der Hauptstadt des afrikanischen Staates Niger, Niamey, schließen. In einem vom nigerischen Außenministerium veröffentlichten Communiqué hieß es, die Regierung in Jerusalem habe diesen Schritt mit Finanz- und Verwaltungsschwierigkeiten begründet." (SZ, 1.1.73)

Kongo
"Die Volksrepublik Kongo hat die diplomatischen Bezie-

hungen mit Israel abgebrochen. Sie ist das dritte afrikanische Land nach Uganda und Tschad, das in diesem Jahr mit Israel gebrochen hat. In einer in Brazzaville veröffentlichten Erklärung heißt es, der Schritt sei eine Antwort auf die 'imperialistische und expansionistische Politik dieses Landes'." (SZ, 2.1.73)

Mali
"Als sechster afrikanischer Staat hat Mali den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel angekündigt." (Guinea tat dies schon 1967). "Israel hat zu 28 afrikanischen Ländern normale Beziehungen und ist dort mit 21 Botschaftern vertreten." (SZ, 8.1.73)

Ministerpräsidentin Golda Meir traf am 16.1.73 in Genf ein, um den privat dort verweilenden Präsidenten der Elfenbeinküste, Felix Houphouet-Boigny zu treffen.
"Das offenbar auf israelischen Wunsch arrangierte Treffen ... steht nach Meinung von Beobachtern in Verbindung mit den Rückschlägen, die die israelische Außenpolitik in letzter Zeit erlitten hat."
Houphouet-Boigny wird als "der einflußreiche und strikt westlich ausgerichtete Präsident der Elfenbeinküste, der als verläßlichster Freund Israels in Afrika gilt..." beschrieben. (FR,17.1.73)

Die Aufdeckung eines kommunistischen "Spionagerings": Am 9./10.12.72 gehen hier die ersten Meldungen über die Aufdeckung des berüchtigten "Spionagerings" in Israel ein, dem erstmals jüdische "linksextremisten und Maoisten" angehören, darunter Wehrdienstabsolventen und Sohn eines Knesseth-Abgeordneten. (z.B. SZ, 9./10.12.72)

"Anführer eines Sabotage- und Spionagerings in syrischem Auftrag (vergl. Erklärung der FDPLP in dieser Nummer, die Redaktion) sollen sechs israelische Staatsangehörige gewesen sein, gegen die vor einem Bezirksgericht in Haifa Anklage erhoben wurde. Die vier Araber und zwei Juden sollen mit der Organisation auch den Sturz der israelischen Regierung und der Gesellschaftsordnung geplant haben. Bei der Aufdeckung des Spionagerings Mitte Dezember waren rund 100 Israelis festgenommen worden, von denen die meisten wieder frei sind." (SZ, 26.1.73)

Einzelmeldungen:
"In israelischen Gefängnissen sollen sich Angaben des palästinensischen Roten Halbmondes zufolge gegenwärtig rund 13.000 Araber befinden. Wie die Organisation in Damaskus bekanntgab, wurden nur 3000 Araber auf Grund von Gerichtsurteilen inhaftiert." (SZ, 12.12.72)

"Die israelischen Streitkräfte haben in der Wüste Sinai ihre bisher größten Manöver beendet, wie das Oberkommando in Tel Aviv am Freitag mitteilte. An den Manövern nahmen unter anderem Fallschirmjäger, Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge und Hubschrauber teil." (NZ, 24.11.72)
Zwei Tage darauf kommt die Erklärung von M. Dayan: "Israel ist nicht bereit, nach einem möglichen Abkommen mit Ägypten die von ihm besetzten Gebiete zu räumen. Das bekräftigte Verteidigungsminister Dayan vor den Delegierten des Weltsynagogenrats. Die 'absolute Sicherheit' für den jüdischen Staat sei bei diesen Überlegungen vorrangig. Sein Land sei lediglich bereit, Truppen von der Suezkanalküste und von der Bar-Lev-Linie abzuziehen. Die Golanhöhen, Westjordanien, der Gazastreifen und weitere Gebiete der Sinaihalbinsel müßte jedoch unter israelischer Verwaltung bleiben, betonte Dayan. (SZ, 25./26.11.72)

"Die israelische Regierung hoffe, in den nächsten zehn Jahren eine Million jüdischer Emigranten aus der Sowjetunion in Israel aufnehmen zu können, erklärte Allon bei einem Besuch in Toronto.
Er forderte die Weltöffentlichkeit gegen die sowjetische Auswanderungspolitik gegenüber den Juden zu mobilisieren. (SZ, 14.12.72)

Verstärkte Reaktion in Libanon und Syrien
Am 1.12.72 hat Syrien seine Grenzübergänge zu Jordanien wieder geöffnet mit der Begründung von seiten der syrischen Regierung, die aus der Grenzschließung resultierenden Schwierigkeiten des jordanischen Volkes sollten beseitigt und die Armee gestärkt werden für den Kampf gegen Israel. Dagegen wurde von palästinensischer Seite protestiert. (Die Grenzen waren im letzten Juli geschloßen worden als Maßnahme gegen Jordaniens Vorgehen gegen den palästinensischen Widerstand. Der Luftraum war gesperrt und die Beziehungen von seiten Kairos und Tripolis waren ebenfalls abgebrochen worden). (SZ, 2./3.12.72)

Am 9./10.12.72 meldete die SZ, daß in Syrien ein Umsturzversuch für den 12. November geplant gewesen sein soll, angeblich angeführt von General Jadids Anhängern. (Jadid war Oberbefehlshaber der syrischen Armee unter der linkstendierenden Regierung Präsident Atassis gewesen, welche 1970 von Assad gestürzt wurde).
Assad sollte beschuldigt werden, "Wirtschaftskreisen zu große Macht eingeräumt und mit Saudiarabien sowie anderen konservativen Regimes kollaboriert zu haben." (SZ, 9./10.12.72, nach einem Bericht von AL-HAWADITH, Beirut)

In Libanon wurden während der letzten drei Monate politische und ökonomische Streiks auf brutalste weise niedergeknüppelt:
Am 11. November streikten die Arbeiter der Süßigkeitenfabrik Ghandour, eines der größten Unternehmen im Libanon (ca 1500 Arbeiter). Bei der Kundgebung wurden zwei Arbeiter von Ordnungshütern erschossen. Diese Zwi-

schenfälle zogen, trotz vorsorglichen Demonstrationsverbots, einen Generalstreik sämtlicher Gewerkschaften nach sich. Auch die Studenten der arabischen und der amerikanischen Universität blieben dem Unterricht fern. (NZ, 13.11.72)

"In der Stadt Nabatija in Südlibanon eröffnete die Polizei am Mittwoch das Feuer auf demonstrierende Tabakpflanzer , die von der sta tlichen Tabakregie höhere Preise für ihre Erzeugnisse forderten. Zwei Landwirte kamen dabei ums Leben." (FR, 26.1.73)

"Wegen der Teilnahme an einem Streik sind 266 libanesische Lehrer aus dem Schuldienst entlassen worden, geht aus einem Erlaß der Regierung hervor, der in Beirut veröffentlicht wurde. Am Dienstag war ein Teil der Lehrerschaft in den Streik getreten, um einer Forderung nach 40 prozentiger Gehaltserhöhung, Einstufung des Lehrpersonals nach der Qualifikation und Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß Nachdruck zu verleihen." (SZ, 29.1.73)

Mit der Begründung, daß einige Kommandoeinheiten des palästinensischen Widerstands sich nicht an das Restriktionsabkommen zwischen der libanesischen Regierung und Yassir Arafat gehalten hätten, griffe die libanesische Armee am 8.12. die Guerillas im Arqoubgebiet an, welches der Meldung nach unter die Kontrolle der Armee gekommen sei. (FR, 9./10.12.72)

Nach "völliger Übereinstimmung" zwischen Arafat und Premier Salam in der Beurteilung der vorausgegangenen Zusammenstöße zwischen Armee und palästinensischen Kommandos ist Waffenruhe eingetreten. Neun Personen sollen dabei gefallen sein. Zugleich werden neue Auseinandersetzungen im Beqaatal gemeldet. (SZ, 12.12.72)

UNO-Resolutionen

1. "Der politische Sonderausschuß der UNO hat in einer Resolution die Maßnahmen der israelischen Regierung in bezug auf palästinensische Flüchtlinge im Gaza-Streifen 'scharf mißbilligt' und Israel aufgefordert, solche Schritte zu unterlassen. Israel solle die unverzügliche Räumung der Lager und die Rückführung der Flüchtlinge in ihre ursprünglichen Lager veranlassen. Den Flüchtlingen sollen ausreichende Heimstätten zur Verfügung gestellt werden, forderte der Ausschuß." (SZ, 22.11.72)

2. Die UNO-Resolution, welche die Anerkennung der 1967 von Israel besetzten Gebiete untersagt, wurde mit großer Mehrheit angenommen.
Gegen die Resolution stimmten Israel, Bolivien, Kolumbien, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Nicaragua und Uruguay.
China und Albanien enthielten sich der Stimme. Die beiden Staaten lehnen jede Lösung über die Köpfe des palästinensischen Volkes ab und unterstützen seinen bewaffneten Befreiungskampf.
Die USA enthielten sich, da die Resolution zum Teil ihrer Politik "direkt zuwiderlaufe und die Haltung der amerikanischen Regierung nicht beeinflussen könne." (FR, 9./10.12.72)

(UNO)
"Die dritte Resolution...erkennt den Palästinensern das Selbstbestimmungsrecht zu und gibt der tiefen Besorgnis der Vollversammlung darüber Ausdruck, Daß sie dieses Recht bisher nich ausüben durften." (SZ , 15.12.72)

Operationen des palästinensischen Widerstands in Jordanien und Saudi-Arabien:

Ein Sprengstoffanschlag wurde auf Eilat von Jordanien aus ausgeübt. (SZ, 19.12.72)

Eine 1600 km lange Pipeline der amerikanischen Ölgesellschaft ARAMCO, von Saudi-Arabien durch Jordanien und Svrien zu der Raffinerie in Zahrani im Libanon verlaufend, ist auf saudiarabischem Gebiet gesprengt worden Nach der Vertreibung der palästinensischen Kommandos aus Jordanien 1971 war es bis dahin zu keinen solchen Anschlägen mehr gekommen. (FR, NZ, SZ, 23.1.73)

Der 11. Palästinensische Nationalkongress

Am 6.1.73 begann der 11. Palästinensische Nationalkongress in Kairo:

1. Die auf dem letzten Kongress (April 72) beschlossene Vereinigung aller bestehenden Organisationen in einer Nationalen Einheitsfront nach dem allgemein angenommenen Programm ist bis heute nicht verwirklicht worden, bis auf eine gemeinsame Informationsarbeit. (SZ, 8.1.73)
Fatahmitglied Muhammad Yusif Nagar warf der PLA (palästinensische Befreiungsarmee) vor, daß sie sich wie eine unabhängige Organisation verhalte, und daß ihre restlichen 800 Mann in Jordanien keine Funktion mehr erfüllten. (FR, 11.1.73)
2. Aus dem Palästinensischen Nationalfonds geht hervor, daß die arabischen Staaten mit 22 Mio Pfund Sterling ihre Zahlungen an die PLO eingestellt haben. Dagegen werden einzelne Organisationen von einigen arabischen Staaten direkt materiell und finanziell unterstützt, z.B. Fatah von Libyen. (FR, 9.1.73)
3. Aktionen im Ausland wie die des "Schwarzen Septembers" wurden scharf kritisiert, da sie der gemeinsamen Sache schaden würden. Der Kampf müsse an der "Heimatfront" geführt werden.
4. Bei der umstrittenen Wahl des neuen Exekutivkomitees der PLO wurde Yassir Arafat wieder zum Vorsitzenden gewählt, da er angeblich "im Moment" die geeignete Führungsperson sei. In dem neunköpfigen Exekutivkomitee sind Funktionäre der führenden Widerstandsorganisationen vertreten. (NZ, 13.1.73)

Schrittweise Verselbständigung der arabischen ölexportierenden Länder:

"Die sieben Mitgliedsländer der Organisation der Arabischen Ölexportländer (OAPEC) - Libyen, Saudi-Arabien, Kuwait, Algerien, Iraq, Bahrain und Katar - bauen und betreiben künftig eine eigene Öltankerflotte. Die Vertreter dieser Länder im gemeinsamen Gründungsausausschuß haben einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Die neue panarabische Tankerreederei mit einem Anfangskapital von 500 Mio Dollar hat ihren Sitz in Kuwait. Mit zunehmender Enteignung der internationalen Ölkonzessionen in Nahost wollen die arabischen Ölstaaten auch beim Transport ihres nationalisierten sowie des in eigener Regie erschlossenen Erdöls zu den Weltmärkten unabhängiger werden." (SZ, 11.1.73)

Studenten Unruhen in Ägypten:

(vrgl. zu diesen Nachrichten den Aufruf des Flugblattes der ägyptischen Studenten in dieser Nummer)

Zunächst wird andeutungsweise von der Weiterführung der "politischen Diskussion, die Zukunft des eigenen Landes und Kritik an der Regierung betreffend ,der ägyptischen Universitäten berichtet.

" Im Vordergrund der studentischen Agitation steht eine neue islamische Gruppe, die nach dem Vorbild des lybischen Staatschef Ghaddafi die volle Anwendung islamischer Gesellschaftsprinzipien und den Volkskrieg gegen Israel fordert. "(SZ, 8.12.72)

Ministerpräsident Sidki wird in derselben Zeit auch vom Parlament wegen seiner unaufhörlichen leeren Versprechungen in Bezug auf den Kampf gegen Israel heftig kritisiert. (SZ 13.2.72)

Anfang des neuen Jahres spitzte sich die Lage an den Universitäten, diesmal angeführt von den demokratischen Kräften, dermaßen zu, daß es zu schweren Straßenkämpfen zwischen den zahlreichen Demonstranten und der Polizei kam, die mit brutalen Mitteln vorging. Es gab viele Verletzte und Verhaftete. Auch ausländische(Amerikaner, Engländer) Pressevertreter wurden von der Polizei mit grober Gewalt am Fotografieren und Beobachten der Auseinandersetzungen abgehalten. Durch einen längeren Sitzstreik auf dem Kairoer Universitätsgelände forderten hunderte von Studenten die Freilassung der angeblich nur 43 inhaftierten Kommilitonen , und mehr Rede-und Meinungsfreiheit für alle Bürger. (SZ, 3. /4. 1. 73)

Die Universitäten wurden darauf von der Regierung geschlossen, damit die Studenten daran gehindert würden, ihre Rebellion weiter zu organisieren.

Eindeutig geht es bei dieser Rebellion um die Forderung nach dringend notwendigen demokratischen Rechten für das Volk: Es "scheint festzustehen, daß es sich bei den Rädelsführern der Umtriebe um Kadermitglieder der KP Ägyptens handelte. Die Vernehmungen ergaben offenbar, daß diese nicht nur in der Studentenschaft, sondern auch in den Staatsgewerkschaften, der Einheitspartei" Arabische Sozialistische Union" und im Offzierskorps der Streitkräfte Zellen bilden konnten. Auch in der Industriearbeiterschaft gärt es seid längerem, und es kam bereits mehrfach zu wilden Streiks in den Stahlwerken von Heluan.....und in den Textilkombinaten von Shibin-El-Kom."

"Die eigentliche Gefahr für Präsident Sadat besteht...darin, daß die Unruhe unter den jungen Intellektuellen auf Arbeiterschaft und Offizierskorps übergreift."(NZ, 5.1.73)

SOEBEN ERSCHIENEN:

Broschüre: Solidarität mit der Jordanisch-Palästinensischen Einheitsfront

enthält u. a.: BRD-Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten

zu erhalten über: Verlag Rote Presse
2 Hamburg 13
Grindelallee 33